

Zu Staat und Politik
Beiträge von:
BOB JESSOP
JOACHIM HIRSCH
FRIEDER OTTO WOLF

ROLF GÖSSNER:
„Aufräumen, verbieten,
wegsperrn ...“

LISELOTTE HINZ:
Ladenschluß:
Deregulierung
statt notwendiger
Strukturpolitik

SPOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

STAATS-POLITIK



KURZUM

von Uwe Kremer

Die konfuse Konflikte zwischen Schröder und Scharping, Schmidt und Schmid, Stahmer und Momper und die Erosion des Führungspersonals sind nur ein Ausdruck des allgemeinen Auflösungsprozesses, der immer weitere Teile der Partei ergriffen hat. Man kann sich überhaupt nicht mit der Feststellung trösten, daß unsere Situation weiterhin nur einen Ausschnitt des *internationalen Zerfallsprozesses der Sozialdemokratie* darstellt - angefangen von der Umwandlung der japanischen Murayama-Sozialisten zu einer "demokratisch-liberalen" Partei über das munter fortschreitende Desaster der spanischen PSOE bis hin zum Untergang der bislang in der Demokratischen Partei der USA enthaltenen Sozialdemokratie (siehe z.B. die jüngste Zustimmung zur Streichung des Rechtsanspruches auf Sozialhilfe). Daß der generelle Trend aber auch ansonsten weiterhin in zunehmendem Maße in Richtung einer aufgeklärt-bürgerlich-liberalen Partei geht, zeigen auch die Entwicklungen in der schwedischen Arbeiterpartei und der ex-kommunistischen PDS in Italien. Vor allem auf Tony Blair's liberale "Revolution" in der Labour Party richten sich nun die Blicke aller Modernisierer - so auch bei uns.

In Japan, Spanien und den USA dürfte es zu *tiefergreifenden Umstrukturierungen im Parteiensystem* kommen und auch in Italien und sogar in Schweden ist Bewegung zu verzeichnen. Auch bei uns sollten die laufenden Prozesse als Beginn eines neuerlichen Schubes (nach der Durchsetzung der Grünen in den 80er Jahren) verstanden werden, der möglicherweise auch zum *Ende der Sozialdemokratie in der bisher bekannten Form* führen könnte. Es ist in diesem Zusammenhang Unsinn, Fischer schwarz-grüne Ambitionen vorzuwerfen. Er will auch nicht hauptsächlich die FDP er-, sondern in allererster Linie große Teile des bisherigen sozialdemokratischen Raumes besetzen. SPD und Grüne wachsen schon heute faktisch zu einer Partei zusammen und Fischer tut nichts anderes, als den Anspruch auf He-

gemonie in diesem Raum zu erheben. Die Hauptakteure auf der Bühne, die sich am Ende den Raum untereinander aufteilen könnten, heißen Schröder und Fischer (nicht Scharping).

Es mag paradox klingen, aber die deutsche Parteilinke ist tatsächlich ein lähmender Faktor im Veränderungsprozeß der SPD - sie ist noch stark genug, einen radikalen Kurswechsel wie bei den japanischen Sozialisten oder den US-amerikanischen Demokraten und auch a la Blair in Großbritannien zu verhindern. Sie vermag die Zerstrittenheit des Führungspersonals zu nutzen, indem sie sich immer wieder als Stütze - jetzt von Scharping - anbietet. Aber die Parteilinke ist v.a. personell und "fraktionell" (bzw. in ihrer innerparteilichen Profilierung) zu schwach, um eine *eigene machtpolitische Option* innerhalb der Partei hervorbringen geschweige denn sie durchsetzen zu können. Und diese Situation dürfte noch auf Jahre hin anhalten - bis es vielleicht für eine Erneuerung der Sozialdemokratie in der bisherigen Gestalt zu spät sein wird.

Neue Operationen und auch Konstellationen unterhalb der Personal- und wohl auch Bundestageebene sind erforderlich. Dazu gehören die schon mehrfach erwähnten Kontakte zu den linken Grünen, um einen radikalreformerschen Zusammenhang im rot-grünen Raum zu schaffen. Dazu gehören die Bemühungen in den Räumen unterhalb von Parlament und Parteiorganisation. Aber auch innerparteilich käme es etwa darauf an, *neue Verknüpfungen, Plattformen und Bündnisse* zu suchen, die vom sozialpolitischen Zentrum in NRW bis zu linkssozialistischen Reformern im Frankfurter Kreis reichen könnten, die zu einer Loslösung der Bezirke von irgendwelchen übergeordneten Personen- und Regierungsloyalitäten und stärkeren bilateralen Beziehungen (warum nicht zwischen Westlichem Westfalen und Hannover?) führen müßten, die vor allem aber den Raum für eine Artikulation bzw. einen "Aufstand der Basis" öffnen sollten. Der Mannheimer Parteitag könnte - wenn er nicht erneut alles zerkleinstert wie auf dem Parteitag in Halle - vielleicht ein Ausgangspunkt werden.

Das letzte *kurzum* hat doch einige kritische Reaktionen hervorgerufen, wie man insbesondere an Diether Dehms Replik auf meine "Die deutschen Banken sind besser als ihr Ruf"-Bemerkungen sieht. Wir werden im kommenden

Jahr im Rahmen eines Schwerpunktheftes auf die Problematik zurückkommen. Auch der Vergleich der heutigen Friedensregelungen in Palästina mit der früheren südafrikanischen Homelandpolitik ist teilweise mit Unverständnis aufgenommen worden - und zwar immer mit der Frage verbunden, was denn die Alternative sei. Dazu eine Bemerkung, die in der heutigen Weltlage durchaus grundsätzlich gemeint ist, und zwar: Es mag sein, daß es zu dem, was sich heute als Friedensprozeß im Nahen Osten aus gibt, keine Alternative gibt und man sich darauf auch als Linker realistischere einlassen muß; aber dies darf nicht dazu führen, sich diesen Vorgang auch noch selbst schönzureden und damit aus der Not eine Tugend zu machen. *Kurzum*: Es geht wohl nicht anders, aber es ist trotzdem zum Kotzen.

Von Monat zu Monat nimmt die Zahl der rot-grünen Befürworter von Militäreinsätzen im ehemaligen Jugoslawien zu. Man muß allerdings sagen, daß dies auch mit der zumeist schwachen Argumentation ihrer mehr oder weniger pazifistisch argumentierenden Gegner zu tun hat. Denn der Verweis auf unsere frühere Bereitschaft, den bewaffneten Kampf antiimperialistischer und antifaschistischer Befreiungsbewegungen und unterdrückter Völker zu unterstützen, ist ja nicht völlig aus der Luft gegriffen. Man müßte also v.a. die politische Argumentation der Interventionsbefürworter angreifen, nämlich das Märchen von den "bösen" (faschistischen) Serben und den "guten" Kroaten und Moslems, die Legende von der Lebensfähigkeit einer staatlichen Einheit namens Bosnien-Herzegowina, der Glaube an den uneigennützig-humanitären Auftrag der NATO und den Irrtum, es gäbe irgendwie eine "gerechte" Lösung, die sich an sounsoviel Prozent des bosnischen Territoriums für die eine oder die andere Seite festmacht (im übrigen war der serbische Teilungsplan, der zusammenhängende Siedlungsgebiete verbunden hätte, nicht schlechter als die anderen Vorschläge). Man müßte also klar machen, daß es im Unterschied zu anderen historisch-politischen Situationen eben keinen (antifaschistischen) Grund für die Linke gibt, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen. Wenn man schon die großen historischen Vergleiche wählt, ist für die Linke - *kurzum* - nicht Weltkrieg II, sondern Weltkrieg I der richtige Bezugspunkt.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Hans Albert (Barmen)
Eberhard Baumann (Hannover)
Karl Benz (Oeverlage, Frankfurt/M.)
Dieter Dehm (Frankfurt/M.)
Karin Forns (Wien)
Christel Harnischkel (Halle/S.)
Dieter von Lärcher (Weyher)
Sus. Modbeck (Bremen)
Kurt Neumann (Barmen)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigi Skappalis-Sperk (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Sonthofen)

Redaktion:

Gisela Becker
Ulrike Hensel
Hans Kückertbeck
Uwe Kremer
Christoph Meyer
Silvia Rosenzahn
Raimund Runkel
Friede Saß
Ralf Schmitz
Stefan Schustek
Joachim Schuster
Norbert Sprafke
Claudia Walther

Redaktionssekretär:

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

SPW-Verlag/Redaktion GmbH
Friesenstr. 26, 11287 Dortmund
Telefon 02 31 49 24 16 (Verlag)
Telefon 02 31 49 14 11 (Redaktion)
Telefax 02 31 49 24 16
E-Mail: SPW-VERLAG
FLNK00@net.ruhr.com

Geschäftsführung:

Andreas Bach
Ulli Saß
Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto-Nr. 2413348, BLZ 44610346

Das *kurzum* erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
ein 3tes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 49,-
Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in
Maschienschrift und mit einem aus-
reichenden Rand versehen sein.
Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck gabelt
werden (MS-DOS-Textbearbeitungs-
system 5.1.4 oder 3.1.2-Zoll).

ISSN 0170-2413

SPW-Verlag/Redaktion GmbH 1995
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist
vorbereitet.

Titelfoto:

Stefan Hippel, Köln

Satz und Gestaltung:

Ulrike Hensel, Köln

Druck:

Druckerei, Köln
1. Aufl. 1995, 1. Aufl. 1995

Uwe Kremer

kurzum 2

MAGAZIN

Rolf Gössner

„Aufräumen, verbieten, wegsperren ...“ 4

Kajo Wasserhövel

Troika 6

Dieter Dehm

Herbsttreffen des Frankfurter Kreises 8

Christoph Meyer

Pilatus in Godesberg 9

Rolf Koerber

Die Generation der Zukunft? 11

Uwe Jakomeit

Anschaulicher Marxismus
Zum Tode Leo Koflers 12

Diether Dehm

Gegen die Macht der Banken! 15

spw-intern 16

ÖKO-UMBAU

Ralf Krämer

Anforderungen an eine ökologische Steuerreform 17

DEUTSCHE GESCHICHTEN

Dieter Rudolf Knoell

Ein neuer Kulturkampf? 20

Horst Peter, Norbert Sprafke

Geschichtspolitik im Gedenkjahr 1995 24

Angelika Barbe

Am Scheideweg: Zivilcourage oder Konformismus? 26

STAATS-POLITIK

Bob Jessop

Der Staat im marxistischen Denken der Nachkriegszeit 29

Joachim Hirsch

Der „nationale Wettbewerbsstaat“ 37

Frieder Otto Wolf

Jenseits der Volksparteien
Das deutsche Parteiensystem und die Bündnisgrünen 42

..... 42

SOZIALSTAAT

Liselotte Hinz

Ladenschluß: Deregulierung statt notwendiger Strukturpolitik ... 47

Josef Didier

„Die Alterslüge“ 51

AUSSENPOLITIK

Peter Glotz

Herrn Tudjman's Verbrechen 54

Horst Peter, Joachim Schuster

Militärintervention als Ausdruck strategischer Hilflosigkeit 56

Wilhelm Wolfgang Schütz

Irrungen und Verwirrungen deutscher Außenpolitik 58

„Aufräumen, verbieten, wegsperren ...“

„Chaos-Tage“ in Hannover 1995 - Die fatalen Folgen eines August-Wochenendes

von Rolf Gössner*

Die „Chaos-Tage“ 1995 dürften in die Polizeigeschichte der Bundesrepublik eingehen. Das schaurige Bild, das von den meisten Medien gezeichnet wurde, war so eindeutig wie einseitig: Punks, jugendliche Chaoten und Gewalttäter aus dem ganzen Bundesgebiet und aus dem Ausland kommen nach Hannover, um Randalen zu machen und sich Straßenschlachten mit der Polizei zu liefern. Und diese Polizei, die seit rot-grünen Zeiten gründlich reformiert wird, ist den Gewalttätern nicht gewachsen, bietet ein Bild des Jammers, weicht der Gewalt. Die Angst der Bevölkerung vor Chaos und Anarchie schien jedenfalls nie so berechtigt, wie an diesem heißen Wochenende im August 1995. Und unisono tönt das Echo: aufräumen mit den Chaoten, alle wegsperren, kurzer Prozeß.

Kampagne gegen liberale Polizeireform

Tatsächlich gab es an jenem Wochenende eine Welle der Gewalt und eine hohe Anzahl verletzter PolizeibeamtInnen und Punks. Tatsächlich versagte die Polizei in weiten Teilen - aber aus anderen Gründen, als uns die innenpolitischen Scharfmacher aus CDU und Polizeigewerkschaften weismachen wollen. Sie versuchen nach Kräften, die bundesweite Debatte um die „Chaos-Tage“, die Empörung über die gewalttätigen Auseinandersetzungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren: Reflexartig rufen sie nach Verschärfung des niedersächsischen Polizeigesetzes, das in der rot-grünen Regierungsjahre zu einem der liberalsten Polizeigesetze entwickelt wurde, denunzieren die eben-

falls unter Rot-Grün begonnene Polizeireform und die verbliebenen Polizeireformer gleich mit, fordern das Ende des Deeskalationskonzepts und die weitere Aufrüstung der Polizei. Kein Wort über die möglichen Ursachen von Jugendgewalt, die es zu allen Zeiten gab und die sich für einen unbefangenen Beobachter auch als Ergebnis der von der Kohl-Regierung bereits vor einem Jahrzehnt verkündeten „geistig-moralischen Wende“ darstellen könnte, jedenfalls als Resultat einer verfehlten Wirtschafts-, Sozial- und Jugendpolitik nach der deutschen Vereinigung.

Im Kern geht es den konservativen Sicherheitspolitikern also um das Zurückschrauben der rot-grünen Reformpolitik im Bereich der „Inneren Sicherheit“ der Jahre 1990 bis 1994 - und die SPD, die seit letztem Jahr die Alleinregierung stellt, ist mal wieder am Umfallen: Jedenfalls signalisierte sie bereits Zustimmung zu gewissen Zumutungen der CDU-Opposition, die mittlerweile die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der „Chaos-Tage“ durchgesetzt hat. Nachdem kürzlich schon das liberale rot-grüne „Verfassungsschutz“-Gesetz von 1992 eine Novelle rückwärts erlebte, soll nun auch noch das Polizeigesetz dem bundesweiten Trend in Richtung „starker Staat“ angepaßt werden. Darüber hinaus stehen ausgewiesene Polizeireformer unter massivem Beschuß: Der Hannoveraner Polizeipräsident Sander hat bereits das Handtuch geworfen, der „Chaos“-Gesamt-Einsatzleiter Wiedemann befindet sich auf einem Schleudersitz, auch andere Reformstühle wackeln bedenklich. Cui bono? Den Hardlinern im Polizeiapparat und in den Parteien.

Offensivkonzept statt Deeskalation

Das vielfach kolportierte Bild einer vor der Gewalt zurückweichenden Polizei ist so nicht aufrechtzuerhalten. Zwar hat die Polizeiführung im Vorfeld der „Cha-

os-Tage“ der Öffentlichkeit ein polizeiliches Deeskalationskonzept angekündigt. Doch von Anfang an - und dies ist in den Einsatzbefehlen nachzulesen - war die Einsatzkonzeption offensiv angelegt. Von Anfang an sollte selbst auf Ordnungsverstöße mit massenhaften Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen reagiert werden. Polizeischlagstock und Handfessel regierten. Die Einsatzplanung stand also in krassem Gegensatz zur angekündigten Deeskalationsstrategie.

Dieses inkonsequente Verhalten der Polizeiführung führte dann auch zu manchen Irritationen, zu widersprüchlichen Einsatzbefehlen und Einsatzverhalten der Polizei. Ein differenzierendes Vorgehen hat es kaum gegeben: Zwischen der überwiegenden Anzahl friedlicher Jugendlicher, die allenfalls geringfügige Ordnungsverstöße begingen, und gewaltbereiten Jugendlichen, die sich auch an der Begehung schwerer Straftaten beteiligten, wurde praktisch nicht unterschieden. Die Einsatztaktik, massiv Polizeipräsenz zu zeigen, im gesamten Stadtgebiet gegen alle Punks einen Platzverweis durchzusetzen, Punks wahllos allein wegen ihres typischen Aussehens in Vorbeugehaft zu nehmen oder gezielt in die Nordstadt zu schicken, trug mit dazu bei, daß sich die Situation zugespitzt hat und die Nordstadt zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung geworden ist, wo es dann auch zu Barrikadenbau, Steinwürfen und Plünderungen gekommen ist.

Nachdem die Polizei mit einem Steinhagel bedacht worden war, zögerte diese nicht, Steine in die weitgehend ungeschützte Menschenmenge zurückzuschleudern; die Plünderung eines Lebensmittelgeschäfts ließ sie über Stunden einfach geschehen, ohne auch nur den Versuch zu starten, etwas dagegen zu unternehmen. Auch ansonsten „brave“ BürgerInnen des Stadtviertels nutzten die Gelegenheit zur kostenlosen Selbstbedienung. Die Polizei hat in der Tat durch ihr widersprüchliches Verhalten viel dazu beigetragen, daß nun von einem Desaster gesprochen werden

kann und selbsternannte „Polizei-Strategen“ an den Stamm- und Kabinettschischen der Nation aus der Ferne ihr diktatorisches Haudrauf- und Wegsperr-Konzept als Heilmittel preisen können. Stattdessen dürfte aber gelten: Hätte die Polizei konsequent auf Deeskalation gesetzt, wäre manches wohl anders gelaufen, hätte vieles verhindert werden können.

Polizei in Aktion

Und so drückt sich das Offensivkonzept der Polizei in Zahlen aus: Es hat insgesamt etwa 2.000 Platzverweise bzw. Aufenthaltsverbote gegeben. Von den etwa 2.000 Besuchern der „Chaos-Tage“ sind insgesamt knapp 1.000 Personen in polizeilichen Gewahrsam („Unterbindungsgewahrsam“ oder Vorbeugehaft) genommen worden, also etwa die Hälfte. Von wegen „lasche“ Polizei. Nach dem niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz (= Polizeigesetz) dürfen Personen nur dann in Gewahrsam genommen werden, wenn dies „unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Gefahr für die Allgemeinheit zu verhindern, oder unerlässlich ist, um eine Platzverweisung durchzusetzen“. Doch an einer Überprüfung dieser Voraussetzungen hat es gehapert.

Obwohl genügend Richter in Bereitschaft standen, wurde von der Polizei lediglich in 13 Fällen die richterliche Entscheidung herbeigeführt, die schon nach der Verfassung (Art. 104 Abs. 2 GG) unverzüglich herbeizuführen ist. In allen 13 Fällen lehnten die zuständigen Richter jedoch eine Fortdauer des Gewahrsams mangels hinreichender Anhaltspunkte ab - das Punker-Outfit und die boße Anwesenheit während der „Chaos-Tage“ reichte ihnen zurecht nicht aus. Weitere Anhaltspunkte sind von der Polizei nicht präsentiert worden. Diese 13 Personen mußten deshalb wieder entlassen werden. Nach diesen Erfahrungen mit richterlichen Entscheidungen unterließ es die Polizei in der Folgezeit, weitere richterliche Entscheidungen über Zulässigkeit und Fortdauer der Gewahrsamnahme der anderen Personen herbeizuführen. Hunderte mußten ohne richterliche Überprüfung stundenlang in Gewahrsam ausharren:

- bis zu 8 Stunden: 55 Erwachsene, 111 Jugendliche (166 Personen)
- 9 bis 26 Stunden: 429 Erwachsene, 120 Jugendliche (549 Personen)

- 27 bis 36 Stunden: 157 Erwachsene, 17 Jugendliche (174 Personen)

Neben weiteren ca. 250 Personen, die unter dem Verdacht des Landfriedensbruchs, der Körperverletzung u.a. Delikte (nach der Strafprozeßordnung) in Untersuchungshaft genommen wurden, sind also insgesamt 889 Personen (nach Polizeirecht) in Vorbeugegewahrsam gewandert - ohne daß gegen sie der Verdacht einer Straftat vorlag. Über 700 Betroffene wurden bis zu 26 bzw. 36 Stunden u.a. in Militärbaracken festgehalten, ohne daß eine richterliche Entscheidung herbeigeführt worden ist. Mit dieser Unterlassung verhielt sich die Polizei in Hunderten von Fällen grob gesetz- und verfassungswidrig - ein Verfassungsverstoß, der in der Öffentlichkeit bislang kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Über 700 Betroffene wurden von der Polizei z.T. bis zu 36 Stunden festgehalten, ohne daß eine richterliche Entscheidung herbeigeführt worden ist - ein grober Gesetzes- und Verfassungsverstoß.

Debatte um die Vorbeugehaft

Die Freiheitsentziehung ist eine der einschneidendsten polizeilichen Maßnahmen, der intensivste polizeiliche Eingriff in die Freiheit der Person. Dabei ist zu bedenken, daß vom Unterbindungsgewahrsam bzw. von der Präventivhaft prinzipiell Unschuldige betroffen sind, gegen die in der Regel (noch) kein Straftatverdacht besteht, sondern von denen die Polizei lediglich annimmt, sie könnten künftig Straftaten oder bestimmte Ordnungswidrigkeiten begehen - eine Prognoseentscheidung, die kaum verifizierbar ist. Insofern ist es besonders verwunderlich, wie leichtfertig in der Bevölkerung und ganz besonders bei Politikern mit dieser Problematik umgegangen wird. So fordern nach den „Chaos-Tagen“ u.a. die niedersächsische CDU-Opposition und die Polizeige-

werkschaften die gesetzliche Möglichkeit, den „Unterbindungsgewahrsam“ auch länger als die in Niedersachsen (und den meisten anderen Bundesländern) geltende Maximaldauer von 48 Stunden verhängen zu können. Im Gespräch sind 4, 10 oder gar 14 Tage, wie dies nach dem Bundesgrenzschutzgesetz (4 Tage) und den Polizeigesetzen in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen (14 Tage) möglich ist.

Doch in der rechtswissenschaftlichen Literatur wird die polizeiliche Präventivhaft als „kurzfristige und vorläufige Maßnahme“ charakterisiert, als ultima-ratio-Regelung, die nur zur Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr bzw. Straftat zulässig ist. Diese Voraussetzung muß zu jedem Zeitpunkt des Gewahrsams gegeben sein und von einem Richter überprüft werden; liegt sie nicht (mehr) vor, muß der Betroffene unverzüglich entlassen werden. Und gerade hier liegt das eigentliche Problem für die Polizei, insbesondere im Falle von Massenfestnahmen: nämlich die notwendigen personenbezogenen Anhaltspunkte zu sichern, um die unverzüglich herbeizuführende richterliche Überprüfung zu bestehen. Dieses politische Problem verschärft sich mit einer Verlängerung der Höchstdauer noch erheblich. Im übrigen würde dann die Vorbeugehaft rasch den Charakter einer vorweggenommenen Straftat annehmen.

Die „Chaos-Tage“ werden also zum Anlaß genommen, wieder altbekannte Rezepte aus der Mottenkiste des Obrigkeitsstaates zu zaubern. Angesichts dieser Eskalationspolitik ist geradezu wohlthuend, was die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Silke Stokar, im niedersächsischen Landtag anmerkte: „Chaos-Tage und Punks lassen sich weder verbieten, noch sind die damit verbundenen Probleme mit polizeilichen Mitteln lösbar. Das Schrauben an der Gewaltspirale wird noch mehr Gewalt produzieren und zur Gewalteskalation führen. Mangelnde bzw. verfehlte Jugend- und Sozialpolitik kann nicht durch Polizeiknüppel und Wegsperrern ersetzt oder kompensiert werden. Statt Ausgrenzung und Drohgebärden sind konsequent angewandte Deeskalationskonzepte sowie eine differenzierte Betrachtung gefragt, die nur unter Einbeziehung der Ursachen von Jugendgewalt und Gewalteskalation sowie im Dialog mit den beteiligten Szenen möglich ist.“

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist in Bremen, rechtspolitischer Berater der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ im niedersächsischen Landtag; ist auch juristischer Berater im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufarbeitung der „Chaos-Tage“ 1995. Autor zahlreicher Buchpublikationen zu Themen der „Inneren Sicherheit“. Soeben erschienen: „Mythos. Situationsbild. Der hilflose Schrei nach dem Starken.“ (Verlag Cuvillier, Bielefeld 1995).

Troika

Ein Drehbuch

von Kajo Wasserhövel*

I. Szene

Gaststätte in Bonn, Hinterzimmer. Es ist warm, die Luft drückt. Rudolf tritt ein. Er schaut sich mißtrauisch um, überlegt einen Moment und schreitet auf den letzten Tisch zu. Er setzt sich in die Ecke, steht dann aber wieder auf und nimmt am Kopf des Tisches Platz.

Einige Minuten vergehen. Plötzlich wird die Tür aufgestoßen und Oskar tritt auf.

Er schickt ein joviales, gewinnendes Lächeln in die letzten, unbesetzten Winkel der verstaubten Kneipe, erkennt Rudolf, ruft laut „Rudolf!“ und geht auf ihn zu.

Am Tisch angelangt, wischt er sich mit einem Taschentuch den Schweiß aus der Stirn und setzt sich. Hierbei muß erwähnt werden, daß Oskar auch mit dem Platz am Kopf des Tisches liebäugelt, aber nach einem kurzem Moment nur die Schultern zuckt.

Minuten vergehen, ohne daß einer etwas sagt.

Dann räuspert sich Rudolf, richtet sich auf, wendet den gesamten Oberkörper Oskar zu und spricht:

„Oskar, ich grüße Dich. Zu allererst möchte ich Dir sagen, daß ich zu schätzen weiß, daß Du gekommen bist. Du weißt sicherlich, daß ich nicht ohne Grund zu einem solchen Treffen einlade, und ich möchte Dir versichern, daß es für uns beide be-
kömmlich ist, wenn wir ...“ undsoweiterundsofort.

Es ist in diesem Zusammenhang recht unerheblich, was Rudolf sagt. Oskar hat schon nach einem kurzen Augenblick innerlich abgeschaltet.

Er rutscht unruhig auf seinem Platz hin und her und denkt:

„Ich ertrag' das nicht. Jetzt geht dies schon wieder los. Ich möchte mal wissen, was der jetzt schon wieder hat. Was soll's, ich hab ihn gelassen und jetzt häng' ich mit drin ...“

Rudolf: „... also habe ich mit Günther drüber gesprochen und er meint wir kommen nicht drumrum. Was meinst Du denn?“

Oskar schreckt hoch: „Na ja, wenn Günther das schon meint, ist sicherlich was dran.“

Rudolf erstaunt: „Und Du hast keine Einwände?“

Oskar zögert, will sich aber nicht die Blöße geben: „Nein, warum denn? Es ist eine gute Idee“, meint er vage und grinst wissend.

Rudolf freut sich, da alles so glatt gegangen ist, und schlägt in einem Anfall von Exaltiertheit Oskar auf die Schulter:

„Darauf trinken wir einen Schoppen!“

Oskar grinst, doch innerlich ist er verunsichert und denkt:

„Ich muß morgen unbedingt rauskriegen, was der wollte, wie mach ich das bloß?“

II. Szene

Rudolf und Gerhard telefonieren.

Rudolf: „Gerhard?, spreche ich mit Gerhard? Hallo? Hallo?“



Gerhard: „Ja“

Rudolf: „Hallo?“

Gerhard: „Jaa!“

Rudolf: „Gerhard, die Verbindung ist so schlecht. Hörst Du mich?“

Gerhard: „Jaa, ich höre Dich!“

Rudolf: „Hallo Gerhard. ... Also, ich habe Dir ja erzählt, Du weißt ja sicherlich, daß wir im Oktober ...“

Gerhard fängt an zu Grinsen.

Er lockert seine Krawatte, bohrt in der Nase, betrachtet das Ergebnis, zwirbelt es zu einer Kugel und will es gerade unter den Stuhl kleben, da kommt seine Sekretärin mit einer Journalistin herein.

Sie will ihm die Hand geben. Er wird leicht rot, wischt sich die Hand beschämt hinter seinem Rücken ab und bedeutet ihr, Platz zu nehmen.

Den Telefonhörer hält er währenddessen in Hüfthöhe, besinnt sich plötzlich und führt ihn zurück zum gesunden Ohr.

Rudolf: „... und der Oskar ist auch dafür. Mit Günther habe ich auch schon gesprochen. Er steht auch dahinter. Na, was sagst Du?“

Gerhard überlegt, was er machen soll.

Nachfragen ist ihm - besonders unter solchen Umständen - zu blöd und so antwortet er: „Na klar! Das ist eine gute Sache. Bei VW haben die sowas ähnliches auch schon gemacht!“

Rudolf sitzt an seinem Schreibtisch und stutzt.

Er denkt: „Verdammt, VW, VW, immer VW. Die haben das auch schon gemacht. Wann? Mit wem?“

Er überlegt kurz, ob er nachfragen soll, verwirft aber dann den Gedanken schnell.

Rudolf: „Das freut mich sehr. Dies wird für uns alle, für die Partei und für Deutschland äußerst zuträglich sein.“

Gerhard: „Seh' ich genauso!“

Während er dies sagt, schaut er zu der Journalistin rüber, zieht seinen Bauch ein, und kontrolliert mit einem Blick auf sein Spiegelbild im Fenster, ob er auch wirkt.

Rudolf: „Gut, dann haben wir wohl alles besprochen. Wir sehen uns dann, wie abgesprochen zu den Fotoaufnahmen.“

III. Szene

Ort: Amphitheater in Xanten. Anwesend: Oskar, Rudolf, Gerhard und ein Aufnahmeteam.

Aufnahmeleiter: „... So, das war ja schon ganz nett. Die Richtung stimmt, aber Ihr müßt Euch zwischendurch auch anschauen und reden, auch mal lachen!“

Rudolf: „Reden? Wieso denn, ich denke der Spot läuft ohne Ton.“

Oskar, genervt: „Ist doch egal, dann reden wir eben miteinander.“

Gerhard: „Klar, reden ist gut. Also los.“

Die drei gehen zum Ausgangspunkt zurück. Der Aufnahmeleiter ruft „Achtung!“ Sie gehen los. Aber schon nach ein paar Schritten ist die Gruppe aus dem Tritt geraten.

Oskar: „Rudolf, Du gehst zu schnell.“

Rudolf erstaunt: „Ach!“

Gerhard: „Ich muß mal pissen.“

Aufnahmeleiter, genervt: „Schluß jetzt. Wir lassen das Ganze und machen es als Computeranimation.“

IV. Szene

Hochsommer 1995. Ein Hitzewelle geht über Deutschland hinweg.

Gerhard sitzt in einem Nobelrestaurant und hat Journalisten zu einem Hintergrundgespräch versammelt.

Journalist: „Stimmt es, daß Sie 1998 antreten wollen?“

Gerhard: „Bin ich doch schon!“

Gerhard denkt: „Was meint der bloß?“

Er findet die Antwort aber gut. Außerdem paßt sie zu seinem Anzug, also läßt er sie bedeutungsschwer durch den Raum wabern.

Schnitt

Rudolf sitzt in einem beschaulichen Gärtchen in Südfriankreich. Er hat eine Jogginghose, die etwas zu kurz ist, an und trinkt ein Glas Rotwein. Plötzlich kommt ein Referent herbeigeeilt und übergibt ihm ein Fax.

Rudolf liest, wird rot und sagt:

„Jetzt werde ich mal auf den Tisch hauen!“

Und dann haut er auf den Tisch. Das Weinglas fällt, um. Rudolf blickt sich erschrocken um und sagt:

„Oh!“

V. Szene

Montagsmittag in der Baracke. Hunderte Journalisten knäueln sich vor dem Eingang zum Sitzungsraum.

Rudolf, Gerhard und Oskar stehen unschlüssig herum. Ab und zu geht einer von ihnen zu einem oder einer der anderen Anwesenden, fällt ihr oder ihm demonstrativ herzlich um den Hals und lacht schallend. Nachdem alle dies Ritual ausgiebig praktiziert haben, setzen sie sich.

Die Journalisten werden ausgeschlossen und Schweigen macht sich breit.

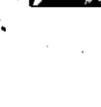
Die Seitentür geht auf und eine Kantinenbedienstete bringt die Schnittchen herein. Wie auf Kommando springen alle auf und stürzen zu den Tablettes. Gerhard ist einen Moment früher als Rudolf, will schon zugreifen, da raunzt ihn Oskar an. Er wird rot, entschuldigt sich und

Gerhard sagt: „Na, ganz klare Sache: Der Vorsitzende hat das Recht des ersten Zugriffs.“

Rudolf freut sich und findet das Ganze außerordentlich nützlich.

Er nimmt sich eine halbe Käseschnitte und geht an seinen Platz. Anschließend reden alle nacheinander, aber keiner hört recht zu.

Rudolf denkt: „Jetzt ist es endlich durch!“



Das Buch richtet sich an diejenigen, die tagtäglich für politische Organisationen und öffentliche Institutionen auf dem Informationsmarkt agieren und sich der Informationskonkurrenz stellen müssen.

Kampagnen, Dialoge, Profile

Öffentlichkeitsarbeit für Reformprojekte

Herausgegeben von:

Volker Grube

Birgit Zoerner

200 Seiten, 25,-DM

ISBN 3-922489-18-4

zu bestellen bei:

spw-Verlag

Fresienstraße 26

44289 Dortmund

spw

u.a. mit folgenden Beiträgen:

— Die Zukunft der Linken mit einer neuen Generation

Dr. Christoph Zöpel

— Politisches Gestalten sichtbar machen

Ruth Schauder

— Kampagnenfähigkeit und Parteireform

Interview mit Günter Verheugen und Thomas Westphal

— »Öffentliche Dienste – wer nachdenkt, sagt ja!«

Zur Reformarbeit der Gewerkschaft ÖTV

Interview mit Jürgen Holz

— »Ich bin so frei!« – Emanzipation und Öffentlichkeitsarbeit

Monika Lenniger | Christina Noky-Weber

Herbsttreffen des Frankfurter Kreises

von Detlev von Larcher*

Die knapp 100 versammelten Mitglieder des Frankfurter Kreises der SPD-Linken hielten sich bei ihrem Herbsttreffen am 2. September 1995 in Bonn an die eigene Aufforderung an die Partei, Reformpolitik statt Personalpolitik zu diskutieren. Die Aussage zu Beginn: „Wir haben die Schnauze voll von den Personalquerelen, laßt uns zur Sache diskutieren“, wurde durch den Ablauf der Tagung voll bestätigt. Kritisiert wurde deutlich, daß der Parteivorstand die Strukturen der innerparteilichen Willensbildung habe verkommen lassen. Der Schwerpunkt der Debatte galt der Vorbereitung des vom 14. bis 17. November in Mannheim stattfindenden Bundesparteitags der SPD.

Wirtschaftspolitik

Breiten Raum fand die Diskussion über die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Einigkeit bestand darüber, daß das Zukunftsprojekt einer sozial-ökologischen Reform von Wirtschaft und Gesellschaft oberste Priorität habe. „Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft, der Märkte und des Kapitalverkehrs verlangen neue Reformantworten, damit die Gesellschaft nicht den ungestümen Zwängen des Weltmarkts ausgeliefert wird. Denn die Folgen wären schwerwiegende Verschlechterungen der sozialen Lebenschancen und der natürlichen Lebensgrundlagen“, heißt es in einem Grundsatzpapier. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß das Welthandelssystem ohne politische Eingriffe dazu führen würde, daß von den weltweit ca. 3 Mrd. Menschen, die in der Landwirtschaft tätig seien, in den nächsten zehn Jahren 1 Mrd. ihre Existenz verlören. Aber nicht nur sie seien bedroht, viel mehr seien die Folgen der zunehmenden Globalisierung schon jetzt in der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in arm und reich national und international in der Rangreihe der Länder deutlich sichtbar. Darum müsse die SPD sozialökologische Reformen gegen das Wachstumsmodell setzen.

Ökologische Reformen und Zukunft der Arbeit

Das Ziel der ökologischen Reformen sei die Nutzung volkswirtschaftlich rentabler, aber betriebswirtschaftlich gehemmter Effizienz- und Innovationspotentiale. Nur die Politik könne den Rahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft setzen. So würden neue Märkte und Dienstleistungen sowie qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, betonten mehrere Diskussions Teilnehmer.

In diesem Zusammenhang wurde das Diskussionspapier „Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft“

„Wir haben die Schnauze voll von den Personalquerelen, laßt uns zur Sache diskutieren.“

das die SPD-Bundestagsfraktion am Freitag verabschiedet hatte, als richtiger Ansatz gewürdigt, insbesondere, weil die drei Elemente: Reform des ordnungsrechtlichen Rahmens, Förderung von ökologischen Investitionen und die ökologische Steuerreform als die zusammengehörenden Handlungsfelder ausdrücklich genannt werden. Freilich wurde der mangelnde Mut zu größeren Schritten stark kritisiert. Insbesondere sei nicht erkennbar, wie die Förderung ökologischer Investitionen effektiv finanziert werden sollten (vgl. zur Diskussion um die Ökosteuereform auch den Beitrag von Krämer in diesem Heft, Anm. d. Red.).

Zu diesem Bereich werden aus den Reihen des Frankfurter Kreises drei Anträge zum Bundesparteitag eingebracht, die sich mit der ökologischen Steuerreform, dem Einstieg in die Solarwirtschaft (100 000-Dächerprogramm) und mit wirksamen Maßnahmen gegen den Sommersmog befassen. Außerdem wurde verabredet, für den zweiten Tag des Bundesparteitages, an dem das Schwerpunktthema „Zukunft der Arbeit“ behandelt werden soll, ein Diskussionspapier zu erarbeiten, das mögliche gesellschaftliche und innerparteiliche Konfliktpunkte konkret beschreibt.

Steuerpolitik

Ebenfalls eingebracht werden vier Anträge zur Steuerpolitik: Eine Gemeindefinanzreform müsse die Revitalisierung der Gewerbesteuer und die Entlastung der Kommunen von vom Bund zu tragenden Kosten erreichen. Zur Stärkung der Steuergerechtigkeit werden konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung und das Schließen von Steuerschlupflöchern gefordert. In einem weiteren Antrag wird eine effektive Besteuerung von Kapitaleinkommen durch Kontrollmaßnahmen gegen Kapitalflucht sowie eine internationale Spekulationssteuer gefordert. Eine Kommission der SPD soll eingerichtet werden, die konkrete Forderungen für eine Unternehmenssteuerreform entwickelt. Dabei geht es den SPD-Linken darum, ungerechtfertigte Vergünstigungen abzubauen und die Förderung auf ökologisch und sozial verträgliche Innovationen konzentrieren. Eine weitere Senkung der Unternehmensbesteuerung komme nicht in Frage.

Balkankonferenz

Zweiter Schwerpunkt der Diskussion war der Antrag „Balkankonferenz: Kooperation statt Konfrontation“. In ihm wird gefordert, die europäische Sozialdemokratie möge eine Balkankonferenz einberufen unter der Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aller an einer Kooperation interessierten Parteien und Organisationen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, Albanien, Bulgariens und Rumänien. Auch Bürgerrechtsgruppen und Friedensorganisationen aus diesen Staaten gehörten dazu (zu den möglichen politischen Perspektiven in Bezug auf den Balkankonflikt vgl. den Beitrag von Peter/Schuster in der Rubrik „Außenpolitik“, Anm. d. Red.).

Pilatus in Godesberg

Tagebuch eines Juso-Bundeskongresses

von Christoph Meyer*

Sonntag, 10. September 1995. In der Bad Godesberger Stadthalle treffen sich die Jusos zu ihrem außerordentlichen Bundeskongreß. Die Gelegenheit für mich, da einmal hinzufahren. Es ist mein erster Bundeskongreß. Früher war ich immer nur auf VDS-Mitgliederversammlungen, und in den letzten Jahren meiner Juso-Aktivität hatte ich nie Zeit. An so einem Sonntagmorgen ist das Aufstehen schwer. Außerdem habe ich kein Mandat und dort sowieso keine Pflichten. So treffe ich erst mittags um eins ein. Da sind die Vorstellungen der Kandidatin und Kandidaten schon vorbei. Aber, wie mir bekannte und weniger bekannte Delegierte und andere Gäste sagen, so richtig vom Hocker gerissen habe keine der Reden.

Schlappe - Bündnisse - Wahlen

Die Jusos, der größte linke Jugendverband der Republik, haben eine ihrer größten Schlappen wiedergutzumachen. Vor ein paar Monaten auf ihrem Kongreß in Gera kam es zu Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, es entstand großer Krach darum, das Presseecho war entsprechend verheerend. Einer von den beiden Kandidaten, um die es beim letzten Mal gegangen war, der Bundesvorsitzende Thomas Westphal von der Juso-Linken, trat diesmal nicht wieder an, um den Weg für eine Integration des Verbandes frei zu machen. Der knapp Unterlegene, Stephan Grüger „unabhängig-undogmatisch“ vom Niederrhein, versuchte es erneut.

Einzige ernstzunehmende Gegenkandidatin: Andrea Nahles, Landesvorsitzende der Jusos Rheinland-Pfalz. Die unabhängige Kandidatin formuliert einen Grundkonsens für „reformsozialistische“ Politik. Sie findet damit die Unterstützung der Juso-Linken, nicht aber diejenige des Grüger-Lagers.

Das Ergebnis des ersten Wahlgangs ist nicht sehr vielsagend: Nahles knapp hinter Grüger, die absolute Mehrheit verfehlen beide deutlich, die weit abgeschlagenen Spaß- und Sektenkandidaten

ziehen zurück. Es kommen jetzt ein paar Delegationsbesprechungen. Wie berichtet wird, suchen die ehemaligen ProtagonistInnen des „Hauer-Huber-Lagers“ (spw 82 berichtete) nach einer Perspektive, als stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende gewählt zu werden. Marcel Schaller handelt mit der Juso-Linken: Wählt mich, dann wählt Bayern Nahles. Nina Hauer von Hessen-Süd sagt - so hört man - dem Niederrhein für ihre Wahl die Unterstützung Grügers zu. Der zweite Wahlgang zeigt, auf wessen Seite die stärkeren Bataillone stehen: Andrea Nahles 165, Stephan Grüger 147. Immerhin, eine absolute Mehrheit.

Bei den Wahlen zu den stellvertretenden Bundesvorsitzenden kommen im ersten Wahlgang durch: Bettina Kohlrausch (Mittelrhein, Juso-Linke), Stephan Grüger und Marcel Schaller. Für den Bayern hat sich der Deal also gelohnt. Allerdings kriegt auch Nina Hauer im zweiten Wahlgang noch die Kurve. Mit Andrea Nahles (unabhängig), drei VertreterInnen der Juso-Linken, zweimal (Ex-?) „Hauer-Huber-Lager“ und drei eher dem „undogmatischen“ Spektrum zuzuordnenden Mitgliedern bleibt die Lage im Vorstand unübersichtlich für diejenigen, die nach klaren Mehrheiten für Strömungen schielen.

Burgenbauen oder Neuanfang?

War dieser Bundeskongreß für die Jusos also ein Neuanfang? Ich meine, nein. Und das war schon im Vorfeld klar. Denn ob nun zwei „Unabhängige“, von den jeweiligen Strömungen oder ihren Ausläufern gestützt (so daß auch noch über den Grad der jeweiligen Unabhängigkeit gestritten werden darf), antreten oder die exponierten VertreterInnen der jeweiligen Lager, das ist auch nicht mehr als ein gradueller Unterschied - jedenfalls was das Verfahren betrifft. Der Kuhhandel mit dem ehemaligen Hauer-/Huber-Lager spricht da Bände.

Als ich nach dem Kongreß wieder in die Straßenbahn einsteigen wollte, wartete ich auf dem Bahnsteig mit einer ganzen Reihe von Jusos. Zufällig stand ich in der Nähe einer Delegation. Die

unterhielten sich über den Kongreß, und einer meinte: „Na ja, wenn das schiefgeht, wir sind dafür nicht verantwortlich, denn wir haben schließlich eine personelle Alternative gehabt.“ Ob diese Pilatus-Haltung nun eine Spezialität des betreffenden Bezirks ist, wage ich nicht zu beurteilen. Weitere Äußerungen zu diesem Zitat habe ich nicht gehört. Und in der Nähe irgendeiner anderen Delegation habe ich zufällig nicht gestanden.

Übrigens finde ich es gar nicht wichtig, ob sich die jeweiligen KandidatInnen „unabhängig“ nennen. Wer nicht wirklich unabhängig denken und handeln kann, hat auch in irgendeiner Strömung, jedenfalls bei den Jusos nichts zu suchen, so jemand funktioniert dann nämlich nur, und Jusos brauchen nicht Menschen an der Spitze, die in erster Linie FunktionärInnen sind, sondern die politisch sind, konzipieren und Entscheidungen finden können. Dies wird sich bei allen gewählten Bundesvorstandsmitgliedern herausstellen müssen. Und der Erfolg wird daran abzulesen sein, ob sie sich im politischen Prozeß zusammenraufen können, und zwar alleamt oder doch die überwältigende Mehrheit - und ob es ihnen gelingt, dabei den Verband mit sich zu ziehen und wirklich gemeinsam linke Politik zu machen. Wenn da im Bundesvorstand versucht wird, innerverbandliche Burgen zu bauen, also zu glauben, im Bündnis mit diesen und jenen die einen oder anderen ausgrenzen zu können, dann wird der Versuch, den Verband an der Spitze zu integrieren, erneut schief gehen. Vielleicht bietet dieser Bundesvorstand - gerade dank seiner nicht fraktionsmäßig eindeutigen Zusammensetzung - dazu eine Chance. Da werden aber auch die Bezirke und anderen Untergliederungen mitziehen müssen. Dazu müssen diese aber auch ihre Lokaltraditionalismen überwinden.

Territorial statt rational

Die wirklich politischen Gegensätze sind nämlich, bezogen auf die Breite des Verbandes, nicht allzu groß. An der Spitze geht es häufig um Formeln, und an der Basis wird dann eher den jeweiligen Spitzen gefolgt; die politische Posi-

* Detlev von Larcher MdB, Koordinator des Frankfurter Kreises und Mitherausgeber der spw

* Christoph Meyer, Köln, Historiker und Mitglied der spw-Redaktion

tionierung erfolgt also zumeister territorial, weniger rational. Eine Delegierte meinte auch zu mir, eigentlich fühle sie sich nur als Stimmvieh, bestimmen würden doch meist männliche Bezirks- und andere Fürsten. Und die waren wohl schon in früheren Jahren auf Kongressen, wo große Niederlagen erlitten, große Siege errungen wurden, gemeinsam gegen einen starken Feind: die andere Fraktion, Stamos oder Refos. So eine lokale Schicksalsgemeinschaft schweiß enorm zusammen, erzeugt andererseits auch tiefe Abneigung, oft mit irrationalen Zügen versehen. Die Unterteilung in VertreterInnen der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und eher ökologisch angehauchte „ReformsozialistInnen“, wie sie noch nach diesem Bundeskongress in „taz“ und „Zeit“ vorgenommen worden ist, stimmt doch einfach nicht mehr. Diese theoretischen Auseinandersetzungen sind längst beendet. Nur die EpigonInnen liegen noch in den alten Schützengräben - wenn hier ausnahmsweise mal militärischer Jargon erlaubt ist. Er paßt so schön.

Damit leidet die Organisation an einer Altlast, die seit den Grabenkämpfen der siebziger Jahre bestimmend ist. Die damals dafür Verantwortlichen führen heute die Partei und machen sich über die Zustände bei den Jusos oft lustig. Diese Zustände sind aber nicht lustig. Sie schaden der gesamten Partei an mindestens zwei Punkten: Die Nachwuchsorganisation bleibt schwach, was die SPD bei der strategisch wichtigen jungen Generation nicht vorwärtsbringt. Und zweitens: Die Entwicklung einer ausstrahlungsfähigen linken Politik wird erheblich behindert. Wer, wenn nicht unabhängig denkende, unverbrauchte und unangepasste Menschen sollte zu so einer Entwicklung fähig sein? Solche Leute finden sich nun einmal häufig in der jungen Generation. Wie ist es beispielsweise mit spw? Die Erweiterung des HerausgeberInnenkreises hat bedeutende SozialistInnen aus der Parteilinken mit dem bisherigen spw-Spektrum zu fruchtbarer politischer Zusammenarbeit vereint - an der jungen Generation, an den Jusos ging diese Entwicklung fast spurlos vorbei. Der Bezug (im doppelten Wortsinn!) von spw bleibt auf die Juso-Linke beschränkt (und ist auch dort unzulänglich). Das wiederum relativiert die Ausstrahlungsfähigkeit von spw, wie ich meine ein wichtiges Problem für die Perspektive der ganzen Partei.

Strukturen und Individuen

Es wird den LeserInnen vielleicht schon aufgefallen sein, daß dieser Text sich annähernd gar nicht mit den politischen Vorhaben, mit Kampagnen-, Projekten- und anderen Orientierungen und politischen Verortungen der Jusos beschäftigt. Natürlich liegt das bestimmt auch daran, daß ich eben am Vormittag bei der KandidatInnenvorstellung nicht dabei war, und natürlich gebe ich gern zu, daß diese Sicht der Dinge recht einseitig und auch defizitär ist. Aber nachdem in der letzten spw ein Beitrag unter dem Titel „Jusos - Troika - Zukunft“ erschienen ist, in dem es eigentlich nur um politische Orientierungen ging - den Autoren ist es gelungen, den Bundeskongress auszuwerten, ohne einen einzigen Juso mit Namen zu benennen -, wollte ich einmal einen Akzent von einer anderen Seite setzen.

Die Fähigkeit der Juso-Linken, politische Prozesse und Strukturen zu analysieren, schätze ich. Aber es sollte nicht allzu sehr von den Individuen abstrahiert werden. In Zukunft gilt es wohl, beide Erklärungsansätze miteinander zu verbinden. Sonst besteht die Gefahr, daß mit gesamtgesellschaftlichen Verortungsanalysen nur die (triste) Lebenswirklichkeit des Verbandes zugekleistert wird - sozusagen „Marxismus“ als Rechtfertigungsideologie für den Stillstand des Verbandes (Kautsky läßt grüßen).

Auf der Rückfahrt nach Köln, in der Straßenbahn, las ich dann, auch um mich ein wenig vom soeben Erlebten ablenken zu lassen, einen Aufsatz von Paul Ginsborg über „Die italienische Krise“ (in: Prokla 98, S. 11-33). Da schreibt er auf Seite 31f. über eine Sichtweise, die alles auf strukturelle Gegebenheiten zurückführt: „Deterministische Erklärungen dieser Spielart beruhen auf einem doppelten Fehlschluß, einem soziologischen und einem methodologischen. Zunächst ist der gesellschaftliche und ökonomische Wandel nicht eindimensional, und seine Folgen sind nicht leicht vorauszusagen (...). Zweitens entkräftet die Überbetonung der Struktur auf Kosten der Akteure die historische Erklärung, die darauf beruht, daß beide Momente im Kern interdependent sind.“ Da mußte ich schon wieder an die Jusos, die spw, die SPD und all das denken.

PapyRossa Herbst '95 auf einen Blick!



Jürgen Kuczynski
Letzte Gedanken?
HC 240 S. DM 34,00 3-89438-094-2

Werner Seppmann
Dialektik der Entzivilisierung
Krise, Irrationalismus & Gewalt
Br. 300 S. DM 38,00 3-89438-093-4

Hermannus Pfeiffer
Grüne Anlagen
Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung
Br. 172 S. DM 19,80 3-89438-096-9

Monika Höhn
Häusliche Pflege
Was pflegende Angehörige wissen sollten
Br. 155 S. DM 19,80 3-89438-095-0

Gisela Preuschoff
Kuschelbär und Miezkatze
Warum Kinder Tiere brauchen
Br. 154 S. DM 19,80 3-89438-097-7

WIR FRAUEN 1996
Frauen-Taschenkalender
272 S. DM 14,80 3-89438-088-8

Gerd Wiegel Nationalismus und Rassismus
HSS 4 137 S. DM 24,00 3-89438-089-6

Astrid Lentz Ethnizität und Macht
HSS 5 206 S. DM 32,00 3-89438-091-8

Eberhart Schulz Zwischen Identifikation und Opposition
Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen von 1949 bis 1990
HSS 6 364 S. DM 40,00 3-89438-092-6

Uwe Worm Die Neue Rechte in der BRD
HSS 7 142 S. DM 28,00 3-89438-098-5

Ernst F. Fürntratt Quality of Life, from a common people's point of view - 152 countries investigated
210 S. DM 35,00 3-89438-090-X

Alle Titel über Ihre
Buchhandlung oder direkt:
Petersbergstr. 4
50939 Köln
Tel. 0221/448545,
0221/446240, FAX 444305
Neues Gesamtverzeichnis

Wissenschaften



Die Generation der Zukunft?

von Rolf Koerber*

Rezension zu: Claus Leggewie: Die 89er. Portrait einer Generation. Hamburg 1995. Verlag Hoffmann und Campe, 335 S., DM 38,-.

Spätestens seit der Entdeckung der „Flakhelfergeneration“ und ihrer Bedeutung für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 liegt Generationengeschichte voll im Trend. Alle paar Jahre wird versucht, eine neue Gruppe auszumachen, die als von einem entscheidenden Erlebnis geprägte „Kohorte“, einer ganzen Generation ihren unverwechselbaren Stempel aufdrückt. Bislang konnten aber nur zwei solcher Gruppen in der Geschichte der BRD ausgemacht werden, nämlich die Flakhelfer und die 68er.

1989 als prägendes Ereignis

Der bekannte Gießener Politologe Leggewie unternimmt es in seinem neuesten Buch nun, eine dritte Generation zu beschreiben, die sich seiner Meinung nach in der Auseinandersetzung mit den beiden anderen bedeutenden Generationen herausgebildet hat, bzw. die noch dabei ist, es zu tun: die 89er. Für diese Generation der heute 13-30jährigen war die Wende von 1989 das prägende Ereignis, meint Leggewie und definiert als Lebensaufgabe der 89er den Umbau unserer Gesellschaft von einer konsumorientierten Risikogesellschaft zu einer verantwortungsbewußten Reparaturgesellschaft.

Leggewies Analyse trifft sicherlich in weiten Teilen zu: Die Notwendigkeit sozialen, ökonomischen und ökologischen Umdenkens steht schon seit geraumer Zeit auf der Tagesordnung. Warum allerdings ausgerechnet die 89er die Generation sein werden, die die Umbauprozesse ins Werk setzt, das kann Leggewie nicht erklären. Ebenso gut käme die Generation der Friedensbewegung (die 78er) oder eine zukünftige Generation (die 98er?) in Frage. Leggewie hält es allerdings auch für möglich, daß die 89er ihre historische Chance verpassen und kündigt im Hinblick auf die Ost-

* Dr. Rolf Koerber, Berlin

West-Unterschiede: „Die Generationseinheit der 89er in Deutschland ist bislang eher objektiv gegeben als subjektiv empfunden.“ Ob aber der sich abzeichnende Generationenkonflikt allein ausreichen wird, um die Spaltung zwischen Ost und West zu überwinden, das bleibt wohl noch abzuwarten.

Leggewies Buch bietet zweifellos wichtige Impulse und ist eine angenehme Lektüre, lediglich die Fallbeispiele wirken überflüssig und sind zum Teil an den Haaren herbeigezogen.

Konsequenzen für die politische Arbeit

Welche Konsequenzen für die politische Arbeit lassen sich nun aus der Lektüre ziehen? Zunächst: Eine Politik, die sich auf diese Generation bezieht muß

Warum allerdings ausgerechnet die 89er die Generation sein werden, die die Umbauprozesse ins Werk setzt, das kann Leggewie nicht erklären.

anders sein als die, die von den Parteien (einschließlich der Grünen und der PDS) bislang betrieben wird. Die häufig beklagte „Politikverdrossenheit“ der jungen Generation ist im wesentlichen, da ist Leggewie sicherlich zuzustimmen, eine Politiker- und Parteienverdrossenheit. Die heutige Jugend ist politisch, wie z.B. viele spontane Aktionen während des Golfkriegs oder, jüngstes Beispiel, das Engagement vieler Jugendlichen bei den Aktionen gegen Shell deutlich machen.

Die junge Generation muß anders als bisher angesprochen werden. Ideologien sind ihre Sache nicht. Konkrete Aktionen sind gefragt. Diese Feststellung berührt auch den Aufbau der Parteien: Notwendig sind offene Strukturen, Möglichkeiten für junge Leute, sich in einem Projekt zu engagieren, ohne gleich Mitglied werden zu müssen. Die

Parteien als Dienstleistungsunternehmen für politische Partizipation.

Zukunft von Umwelt und Sozialstaat

Welche Themen bewegen die junge Generation? Zunächst Umwelt- und Naturzerstörung. Das Beispiel „Brent Spar“ hat gezeigt, daß konkrete Umweltsünden gerade von Jugendlichen als unmittelbare Bedrohung ihrer Zukunft wahrgenommen werden. In solchen Themen steckt ein hohes Mobilisierungspotential, wohingegen Umweltschutz zwar selbstverständlich eingefordert wird, aber den meisten Jugendlichen zu abstrakt scheint.

Das zweite Thema der „89er“ ist der Umbau des Sozialstaats. Bei diesem Thema kann allerdings die Mobilisierung der jungen Generation nur erreicht werden, indem der Generationenkonflikt angeheizt wird. Früher oder später wird der Jugend sowieso klar werden, daß es bedeutende Interessenunterschiede zwischen ihnen und den älteren Generationen gibt. Die Partei, die dieses Thema zuerst besetzt, hat hier große Chancen. Sie trägt allerdings auch ein erhebliches Risiko. Das Risiko besteht vornehmlich in der Bevölkerungsentwicklung: Die Jugend wird auf absehbare Zeit nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung stellen, damit stehen ihre Chancen, allein demokratische Mehrheiten zu gewinnen, ausgesprochen schlecht (ein Beispiel war die Bundestagswahl von 1994, die Leggewie als Niederlage der Jugend bezeichnet). Verantwortungsbewußte Bündnispartner aus anderen Generationen werden also gefragt sein und auch hier kann einer Partei, die dazu fähig und bereit ist, eine Schlüsselrolle zu wachsen.

Ob es aber wirklich gelingt, die „89er“ zu mobilisieren, wird davon abhängen, ob den Jugendlichen in Ost und West ihre gemeinsamen Interessen über alles Trennende hinweg klarwerden. Sollte es nicht dazu kommen, wird die Politik der Zukunft weitestgehend von den 68ern, den 78ern und einer noch unbeschriebenen Generation gestaltet werden.

Anschaulicher Marxismus

Zum Tod Leo Koflers

von Uwe Jakomeit*



Foto: Ingo Hamm, Bochum

Am 29. Juli 1995 starb in Köln der österreichische Marxist Leo Kofler. Kofler war 88 Jahre alt und hatte bis vor vier Jahren noch an der Ruhr-Universität in Bochum und an der Volkshochschule in Köln Soziologie gelehrt.

Wer Kofler bei einem seiner Vorträge hörte und miterlebte, war oft in mehrfacher Hinsicht überrascht: Von einem Marxisten erwartet man nicht unbedingt, daß er sich mit dem Problem des "spielenden Menschen" befaßt, von einem Soziologieprofessor noch weniger, daß er seine Thesen mit selbst vorgetragenen Arbeiterliedern illustriert. Auch Veranstalter, die Kofler einluden, konnten mit ihm manche Überraschung erleben. "Meine Damen und Herren," so eröffnete Kofler einmal einen Vortrag bei einer Gewerkschaftsschulung, "der Veranstalter hat mich gebeten, vor Ihnen heute

abend nicht über Klassen-gesellschaft zu sprechen, weil dieser Begriff in unseren Tagen unverständlich geworden sei. Nun habe ich aber, als ich vor Beginn hier wartete, beobachtet, daß die ersten, die von Ihnen hier erschienen, sich dort in die hinterste Reihe gesetzt haben, und alle folgenden jeweils davor, so daß die ersten Reihen noch jetzt unbesetzt sind. Vor ein paar Tagen habe ich vor einem bürgerlichen Publikum gesprochen, und dort war es genau umgekehrt. Die ersten haben ganz selbstverständlich und selbstbewußt die vorderen Plätze besetzt, und die Reihen füllten sich von vorn nach hinten. Sehen Sie, das ist Klassengesellschaft!"

Immer wieder hat Kofler sich bemüht, auf solche und ähnliche Weise Theorie - genauer gesagt: marxistische Theorie - anschaulich zu machen. Er hielt nichts davon, daß etwas in der Theorie richtig sei, aber für die Praxis nicht taugte, und verstand Anschaulichkeit auch nicht als bloß didaktisches Mittel, sondern als zentralen Bestandteil der Theorie selbst.

"(Die) Voraussetzungen (der materialistischen Betrachtungsweise) sind die Menschen nicht in irgendeiner phantastischen Abgeschlossenheit und Fixierung, sondern in ihrem wirklichen, empirisch anschaulichen Entwicklungsprozeß unter bestimmten Bedingungen. Sobald dieser tätige Lebensprozeß dargestellt wird, hört die Geschichte auf, eine Sammlung toter Fakta zu sein, wie bei den selbst noch abstrakten Empirikern." So schreibt Marx in der "Deutschen Ideologie", und so zitiert Kofler Marx in seinem Buch "Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft". Die Bedeutung, die diese Anschaulichkeit gerade für den Marxismus - im Gegensatz zu einem bloß "anschauenden" Materialis-

mus (Marx) - hat, erfuhr Kofler selbst durch die Art, wie er diese Theorie kennenlernte.

1907 im heutigen Polen geboren, wuchs er in Wien auf, wohin die Familie während des Ersten Weltkriegs geflüchtet war. Der Vater, vormaliger Gutsbesitzer, ist Versicherungsangestellter; Sohn Leo besucht die Handelsschule und arbeitet ebenfalls als Angestellter in mehreren Firmen, soweit er nicht arbeitslos ist. Mehr durch Zufall lernt er die sozialistische Bewegung der Angestelltenjugend kennen, hört erstmals Vorträge über marxistische Theorie und wird Mitglied einer Gruppe um den sozialistischen Redner und Erzieher Manfred Ackermann. Er nimmt an Wanderungen und Skifahrten teil; abends wird referiert und diskutiert. Und nicht nur die Tradition der Arbeiterbewegung, auch die bürgerliche Bildung eignet sich Kofler dabei an. Er geht in die Universität und hört dort Vorlesungen, er besucht Kurse an der Kunstakademie; vor allem aber bekommt er die Demonstrationen und Aktionen der gut organisierten und starken Arbeiterbewegung des "Roten Wien" der 20er Jahre mit; ab 1930 ist er selbst Referent der Wiener Arbeiter-Bildungs-Zentrale.

Für die theoretische Verarbeitung dieser Erfahrungen entscheidend wird die Begegnung mit Max Adler, einem linken SPÖ-Mann, der seit 1918 an der Wiener Universität lehren kann und der gegen den dogmatischen Mechanismus eine Begründung des Marxismus zu geben versucht, die von der bewußtseinsmäßigen Vermittlung des gesellschaftlichen Seins ausgeht. Auch wenn Adler, der Kantianer ist, dabei ganz innerhalb eines bewußtseinsmäßigen Verständnisses von Dialektik verbleibt und Kofler das später an ihm kritisiert, wird dieser Ausgangspunkt doch zum entscheidenden theoretischen Einfluß für Kofler und ermöglicht ihm, seine Position gegen ein dogmatisch-mechanistisches und ökonomistisches Marxismus-Verständnis zu begründen und zu einer eigenen Anthropologie auszubauen.

1938 muß Kofler emigrieren. Seine Familie wird als jüdisch verfolgt, seine

Eltern, die in Wien bleiben, werden verhaftet, verschleppt und in Auschwitz ermordet. Kofler selbst muß in Schweizer Arbeitslagern als Schuhmacher und im Straßenbau arbeiten. Gleichzeitig setzt er aber seine Studien fort und lernt über die Zeitschrift "Internationale Literatur" die Aufsätze von Georg Lukács kennen. "Es eröffnete sich mir eine völlig neue Welt," erzählt Kofler, "es faszinierte mich die Aussagekraft. Ich hatte das Gefühl, völlig unsicher und zurückgeworfen zu sein, als ich dieser für mich neuen 'geheimnisvollen' theoretischen Welt begegnete. Das war im Jahr 1940, ich war damals bereits 33 Jahre alt."

Die Wissenschaft von der Gesellschaft

Von Lukács übernimmt Kofler die Hegelsche Kategorie der Totalität, um die Gesamtheit des gesellschaftlichen Seins zu beschreiben. Er verfaßt schließlich sein erstes Buchmanuskript, mehr zur Selbstverständigung, denn an eine Veröffentlichung ist zunächst gar nicht zu denken. Sie kommt dann aber doch 1944 zustande, durch Vermittlung Konrad Farners, der als Lektor des Francke-Verlags in Bern arbeitet. Wegen des Schweizer Emigrantengesetzes muß das Buch unter Pseudonym erscheinen. So kommt es zu dem Autorennamen "Stanislaw Warynski" für Koflers Erstlingswerk "Die Wissenschaft von der Gesellschaft". Hier bereits versucht Kofler die Grundlagen für eine dialektische Gesellschaftstheorie zu beschreiben, die ein flaches Verständnis der Kategorien Sein und Bewußtsein vermeidet. Er profitiert dabei von der Unterscheidung zwischen der außermenschlichen Natur und dem gesellschaftlichen Sein, das durch menschliche Praxis entsteht und damit zugleich immer über menschliches Bewußtsein vermittelt ist. Diese Unterscheidung ermöglicht die Kritik eines Marxismusverständnisses, das den geschichtlichen und ökonomischen Vorgängen einen Quasi-Automatismus zuschreibt, ebenso wie an der Verdinglichung des Kapitalismus ("Wenn Sie in der Zeitung lesen, daß die Preise steigen," pflegte Kofler vor verdinglichtem Denken zu warnen, "glauben Sie es nicht! Die Preise machen nämlich gar nichts.").

Das Buch wird ausgesprochen positiv aufgenommen. Gleichzeitig ist bereits das nächste im Entstehen. Kofler versucht, seine gewonnenen Erkenntnis-

se nun auf den konkreten Geschichtsverlauf anzuwenden. Was bedeutet es für eine materialistische Geschichtsschreibung, wenn sie von dieser dialektischen Grundlage ausgeht und Geschichte als Entwicklung eines solchen durch menschliches Bewußtsein und menschliches Handeln vermittelten gesellschaftlichen Seins zu verstehen sucht? Kofler arbeitet sich durch die abendländische Geschichte vom 8. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert und ordnet sein Material zu einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, in der ideolo-

Verbürgerlichung bedeutet keinen "Abschied vom Proletariat" - im Gegenteil: mit dem Niedergang des proletarischen Selbstbewußtseins geht eine Verstärkung der Abhängigkeit der Lohnabhängigen einher.

gische und ökonomische Elemente in einem ständigen Wechselspiel zueinander stehen. Kofler diskutiert die Entstehungsbedingungen der europäischen Stadt, den widersprüchlichen Charakter des fortschrittlichen Absolutismus und seinen Niederschlag in Machiavellis Konzeptionen, die geschichtliche "Verfrühtheit" der Sekten und des Bauernkriegs, die Verschiedenheiten von Renaissance und Reformation, den Zusammenhang von Calvinismus und Entstehung der Manufakturen, den Charakter der bürgerlichen Revolutionen und der Naturrechtskonzeptionen usw.. In einer längeren Einleitung legt Kofler seine Methode dar und begründet sie u. a. mit der von Marx geforderten Anschaulichkeit. Auch hier greift er die Diskussionen der Geschichtstheorie auf und entscheidet sich für den Begriff des "Verstehens" von Geschichte, den er von Dilthey übernimmt, aber vom rein Geistesgeschichtlich-Psychologischen ins Materialistische überträgt.

Das Buch erscheint 1948 in Halle an der Saale. Dorthin war Kofler kurz vorher gegangen, d.h. er war dorthin gerufen worden. Die im Entstehen begriffene sozialistische Republik suchte nach be-

gabten und intelligenten Kräften, die dem Aufbau einer neuen Gesellschaft nützlich sein konnten, und die Furore, die Koflers Buch in der Schweiz gemacht hatte, hatte man auch hier mitbekommen. Einen Marxisten, der selbst die bürgerlichen Rezensenten beeindruckte, konnte man hier gut gebrauchen, jedenfalls zunächst.

"Der Weg der Vulgarisierung des Marxismus-Leninismus aber ist in allen Fällen der des Untergangs"

Ursprünglich für eine Stelle als Gymnasiallehrer vorgesehen, wird Kofler aber mit seinem "Warynski" sehr bald als Externer promoviert und kann sich mit dem Manuskript der "Geschichte" kurz darauf habilitieren. So wird er vom Arbeitsdienstler binnen kurzem zum Professor für Geschichtsphilosophie und Direktor des neuen Instituts für Historischen Materialismus. Die "Geschichte" ist schnell vergriffen, noch im selben Jahr wird eine zweite Auflage gedruckt. Kofler versieht die Neuauflage mit einem neuen Vorwort, ohne das Lektorat zu informieren. Dort schreibt er: "Die marxistische Theorie ist vornehmlich von zwei Feinden bedroht. Vom vulgären Mechanismus auf der einen, von idealistischen Einflüssen auf der anderen Seite. Allzu leicht passiert es aber, daß der Vulgärmaterialismus, der es seit jeher glänzend verstanden hat, sich als 'echt proletarisch' zu tarnen, sich zum alleinigen Richter aufwirft und überall da idealistische Abirrungen entdeckt, wo Mutige aus ernster Besorgnis, der lebendige Quell des Marxismus möge nicht versickern, sich in das Kampfgetümmel, das zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Auffassung tobt, stürzen, wohl wissend, daß es hier nur eine Alternative gibt: 'kühn' und 'selbstständig' die Waffeln zu führen oder unterzugehen. Der Weg der Vulgarisierung des Marxismus-Leninismus aber ist in allen Fällen der des Untergangs."

Dies richtet sich gegen Vorwürfe, Kofler sei zu idealistisch, zu sehr von Hegel beeinflusst, aber es richtet sich auch gegen die beginnenden dogmatischen Verhärtungen und das für jede wirkliche Diskussion immer unfreundlicher werdende Klima. Von Beginn an sind seine Vorlesungen, die von vielen

Studenten und Studentinnen besucht und mit großem Interesse gehört werden, bespitzelt worden. Aus dem anfänglichen Mißtrauen der Parteibürokratie werden ernsthafte Vorbehalte. Nach dem Erscheinen des Vorworts spitzt sich die Auseinandersetzung zu, Kofler wird im Parteiorgan "Einheit" als "ideologischer Schädling" bezeichnet, es kommt zu öffentlichen "Befragungen", schließlich werden die Vorlesungen verboten, und als mit der Verhaftung stündlich gerechnet werden muß, verläßt Kofler Ende 1950 die DDR. In Köln können er und seine Frau bei Freunden unterkommen.

In den folgenden Jahren verarbeitet Kofler seine Erfahrungen und seine Auffassungen über den Gegensatz zwischen mechanisch-dogmatischem und dialektischem Marxismus zu einer systematischen Stalinismus-Kritik. In mehreren Büchern und Aufsätzen führt er aus, warum dieser Weg zum Sozialismus "der des Untergangs" ist. 1955 erscheint dann noch einmal ein methodologisches Werk: "Geschichte und Dialektik".

In der Bundesrepublik wird dem Neuankommeling ebenfalls mit Mißtrauen begegnet. Bei Befragungen durch den Verfassungsschutz und auch gegenüber einer Offerte englischer Geheimdienstler bleibt Kofler dabei, daß er Marxist sei. Eine Professorenstelle erhält er nicht. Er kann an der Sozialakademie in Dortmund lehren, hält später dann Kurse an der Volkshochschule in Köln, schreibt auch weiterhin und beschäftigt sich nun mit der modernen Klassengesellschaft. Zwei Phänomene sind es, die ihm hier besonders auffallen: die Verbürgerlichung des Proletariats einerseits und die pessimistisch-nihilistische Weltansicht der bürgerlichen Elite andererseits.

Verbürgerlichung bedeutet dabei allerdings keinen "Abschied vom Proletariat" - im Gegenteil: mit dem Niedergang des proletarischen Selbstbewußtseins geht eine Verstärkung der Abhängigkeit der Lohnabhängigen einher. Diese Abhängigkeit ist dabei nicht in erster Linie die materielle Abhängigkeit, sondern die Abhängigkeit von der bürgerlichen Weltansicht und dem bürgerlichen Menschenbild. Dies hat nun allerdings seit der Frühzeit des Bürgertums eine erhebliche Wandlung durchgemacht vom Optimistisch-humanistischen zum Nihilistischen. Die Ideologie, daß der Mensch eben unzulänglich, schlecht und ständig sei und sich allein deshalb die Welt (und die Gesellschaftsform)

nicht zum Besseren ändern könne, ist weit verbreitet und behindert eben damit tatsächlich eine positive Veränderung.

Kofler hat dem auf zweierlei Weise zu begegnen versucht, die für sein theoretisches Arbeiten und für seine Position nicht nur innerhalb des Marxismus unverkennbar geworden sind. Einerseits mit der Ausarbeitung einer eigenen Anthropologie, die den ideologischen Charakter des negativen Menschenbilds nachweisen soll, zum anderen mit dem Konzept einer "progressiven Elite", die der bürgerlichen Propaganda von der Wiederkehr des Ewig-Gleichen aufklärerisch entgegenzutreten soll.

Mit der Studentenbewegung werden Koflers Bücher und Thesen breiter bekannt; ihr Verhältnis zu den anderen für die Bewegung wichtigen Theoretikern wie Adorno und Horkheimer, Ernst Bloch und Herbert Marcuse wird beleuchtet. Zu Marcuse steht Kofler in theoretischer und freundschaftlicher Nähe; zu Adorno entwickelt sich eine Feindschaft, die - was die öffentliche Auseinandersetzung angeht - stellvertretend von einem Adorno-Schüler ausgeht; ein Lehrauftrag in Frankfurt, den das Ministerium auf Druck von Studenten und linker SPD-Abgeordneter anbietet, wird vereitelt. Erst 1972 kann Kofler in Bochum eine Lehrstuhlvertretung übernehmen, später wird er dort Honorarprofessor.

"Nicht die Vermeidung jeder Anstrengung ist das Grundbedürfnis menschlicher Befindlichkeit"

Die Koflersche Anthropologie⁶ geht nun nicht etwa vom grundsätzlich Guten im Menschen aus, sondern vom grundsätzlich Neutralen. Anthropologie kann von sich aus keine inhaltlichen Bestimmungen darüber liefern, ob sich Menschen gut oder schlecht, egoistisch oder uneigennützig, feige oder heroisch verhalten. Sie kann lediglich formale Voraussetzungen und Bestimmungen geben, die Wichtigste darunter ist die Bewußtseinsbegabtheit des Menschen, aus dem das zielgerichtete Handeln folgt. Welche Ziele gesetzt werden, entscheiden allerdings nicht die anthropologischen Konstanten, sondern die Geschichte resp. die Gesellschaft, in der die jeweils konkreten Menschen leben. Daß

Menschen aber handeln, besser gesagt: daß sie tätig sind, zählt zu den Grundgegebenheiten und Grundbedürfnissen. Nicht die Vermeidung jeder Anstrengung ist das Grundbedürfnis menschlicher Befindlichkeit, so daß jede kulturelle Leistung dem Lustprinzip erst vom Realitätsprinzip abgetrotzt werden müßte, wie Freud meint, sondern die Erschaffung und der Genuß von Kultur gehört selbst zu den erotischen, d. h. lustvollen Möglichkeiten des Menschen, jedenfalls grundsätzlich.

So entwickelt sich bei Kofler - in der Auseinandersetzung mit Freud und in der Kritik an den entfremdeten Bedingungen, unter denen Menschen leiden, die Utopie eines nicht von Notwendigkeiten gebeutelten, eines für Kunst, Musik und Philosophie empfänglichen, eines "spielenden" und "schönen" Menschen.

Leo Kofler war sich der Tatsache sehr bewußt, daß er diese Utopie nicht selbst erleben würde. Sie kennzeichnet seinem Verständnis nach auch nicht einen Endzustand, der irgendwann erreicht ist, sondern eher die Ermöglichung einer fortschreitenden Humanisierung. Daß seine Utopie sich in diesem Sinn verwirklichen wird, stand für ihn aber außer Zweifel: "Die Utopisten aller Zeiten wurden jeweils zweimal verlacht: einmal zu ihren Lebzeiten, da man ihnen vorwarf, sie würden Unmögliches erwarten, zum anderen lange nach ihrem Tode, da man ihre äußerst beschränkten Zukunftsvisionen als völlig unzulänglich und hinter der tatsächlichen historischen Entwicklung weit zurückbleibend erkannte."⁷

- 1 Marx-Engels-Werke Bd. 3, S. 27
- 2 Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Halle/Saale 1948. 8. Auflage Berlin (Dietz Verlag) 1992, S. 27
- 3 Leo Kofler: Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft. Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers, Hamburg (VSA-Verlag) 1987, S. 39f.
- 4 Das Vorwort ist wiederabgedruckt im Anhang der 8. Auflage.
- 5 Zuerst in Hamburg (1955), später noch einmal in Oberaula (1970) und dann im Luchterhand-Verlag, Neuwied (1973)
- 6 Leo Kofler: Der asketische Eros, Wien (Europa Verlag) 1967; Leo Kofler: Aggression und Gewissen. Grundlegung einer anthropologischen Erkenntnistheorie, München (Hanser Verlag) 1973
- 7 Leo Kofler: Geistiger Verfall und progressive Elite. Sozialphilosophische Untersuchungen, Bochum (Germinal Verlag) 1981. Eine ausführliche Bibliographie Koflers enthält der oben genannte autobiographische Band. Eine Sammlung von Aufsätzen zu Leben und Werk ist beim ASIA der Ruhr-Universität Bochum erhältlich.

Gegen die Macht der Banken!

Leserbrief zum „kurzum“ in spw 84

von Diether Dehm*

Liebe Genossinnen und Genossen,
umgetrieben vom Kommentar „Kurzum“ in spw 4/95 von Uwe Kremer möchte ich folgendes als Leserbrief anmerken:

Bei Uwe war mir schon oft aufgefallen, daß er einen technischen Begriff von "Sozialismus" hat. Einst definierte er ihn als "eine Mischung aus schwedischem Sozialstaat und japanischem Miti-Ministerium" (dabei offensichtlich auch ausblendend, daß Miti eher eine große Patent-Kopier-Anstalt, denn ein wirklich innovatives, auf innovative Pilot- und Pionierprojekte ausgelegtes "Staatsökonomiekombinat" darstellt und mittlerweile darum in einer Interventionskrise ist).

Mir scheint, daß Uwe immer noch die alte Vulgär-Stamokap-Fiktion im Hinterkopf hat, ein bestimmter Akkumulationsgrad des Kapitals würde den staatlichen und/oder gesellschaftlichen Zugriff erleichtern. Deshalb seien große ökonomische Einheiten eigentlich dem Fortschritt zugeneigter, als kleine. Dies klingt einmal modern.

Deutsche Banken - besser als ihr Ruf?

Nun nimmt er "unsere großen Banken" in Schutz. Mir scheint da der ähnliche strategisch-theoretische Ansatz wie bei "Miti" dahinter zu stecken. "In gewisser Hinsicht" meint Uwe, seien die deutschen Banken besser als ihr Ruf, denn sie schnitten "im internationalen Vergleich eher positiv ab".

Dies blendet erstens den gesamt-internationalen Zusammenhang der großen Finanzspekulantanten aus und engt die Banken ("die deutschen Banken besser als ihr Ruf im internationalen Maßstab") nationalstaatlich ein. Darüber hinaus flicht Uwe einen nebulösen Begriff ein, nämlich: "in ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung". Was ist das? "Gesamtwirtschaftlich" doch als die Zusammenkunft aller Klassen, die Aufhebung der Widersprüche und Antagonismen zwi-

schen den Klassen, oder? Was ist eine "gesamtwirtschaftliche Wirkung" - diese Frage war ich in 30 Jahren sozialdemokratischer Funktionärschaft nie losgeworden. Gegenüber meinen Regierenden und auch gegenüber Uwe nicht.

Und dann wird er etwas konkreter, was denn "gesamtwirtschaftliche Wirkung" sein könnte, nämlich "ein vergleichsweise hohes Interesse an mittelfristig stabilen Gewinnerwartungen in der realen Wirtschaft und eine entsprechende Leistungskraft." Kurzfristige Gewinninteressen also: Bäh! Mittelfristige: Gut! - Ausbeutung: ja, aber bitte mit Sahne!

Und dann weist er das ganze "altmodische Geschwätz von den Bankenkriti-

Wenn Sozialismus eine Chance hat, dann als eine oppositionelle, kämpferische Bewegung gegen den Hauptgegner.

kern" rhetorisch zurück, diese kämen nämlich von "ganz links (womit er wohl auch mich meint), über Uwe Jens bis Graf Lambsdorff". Gerade die verket-

terzten "Industriebeteiligungen neben dem Kreditgeschäft" seien das, was "unsere deutschen Banken" so wertvoll macht. Metallgesellschaft, Schneider, Derivate, Aufkauf- und Währungsspekulations-Schwachsinn, den deutsche Banken in die Konzernspitzen "unserer Autohersteller" eingebracht haben, erwähnt Uwe mit keinem Wort. Der staatsmonopolistische Kapitalismus offensichtlich als modernstes "Endstadium des Kapitalismus", technisch hochakkumuliert und dann zugriffsbereit - und schwupps, übernimmt (wer eigentlich?) dann das "wichtige Instrument zur Regulierung der Wirtschaft", die Großbanken und funktionalisiert es für menscheiterfreuende Zwecke um. Genau diese Mechanik hat früher schon die Stamokap-Theorie verengt und diskreditiert. Genau daraus ist meist die falsche

Reformstrategie abgeleitet worden. Es ist grotesk, wenn Uwe die Banken als ein "wichtiges Instrument zur Regulierung der Wirtschaft" darstellt, "vergleichsweise hohes Interesse an mittelfristig stabilen Gewinnerwartungen" lobt und das dann mit dem lapidaren Hinweis begründet, mit dieser Macht der Banken müßte man sich nur "perspektivisch darüber verständigen, was alles an vernünftigen Dingen damit gemacht werden könnte".

Großbanken gegen Demokratie

Stets stand der Sozialismus an einem Scheideweg, staatliches und/oder staatlich gedachtes System zu werden, oder Angriffsbewegung zu bleiben. Das war die eigentliche Kernfrage gewesen. Der geniale Improvisator Lenin sah den Staat als kurzes Durchgangsstadium für Angriffsbewegung. Mit dem Ausbleiben der deutschen Revolution wurde aus der Not die vorgebliche Tugend des "Sozialismus in einem Land". Seitdem denken Kommunisten und Sozialdemokraten (und wie wir sehen auch Linke) in ähnlich geronnenen etatistischen Strukturen. Ausgeblendet dabei: Kultur, Bewegung und Demokratie!

Großbanken waren und sind das Undemokratischste, was dem Kapitalismus entsteigt. Von hier aus wurde Hitler an die Macht finanziert, wurden aktuell die reaktionärsten Wahlkampfsprüche gegen die Linke produziert und verbreitet etc. Dieses System läßt sich demokratisch nicht einfach umfunktionieren. Es muß als Finanzierungssystem international begriffen und als Spekulations- und Machtsystem zuvor zerschlagen werden.

Daß Uwe am Ende des kleinen Beitrags noch empfiehlt, "vernünftige Dinge mit der Macht der Banken" zu gestalten, und das müsse aber im öffentlichen Sektor (Landesbanken etc.) anfangen, halte ich für nachgerade kleinlaut. Der Hauptkampf gilt dem privaten Sektor und der undemokratischen Struktur unserer drei Großbanken: Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank. Einige moderne Vorschläge wer-

* Dr. Diether Dehm, Frankfurt, Mitherausgeber der spw

den aktuell diskutiert (vgl. mit Bezug auf den Vorschlag von James Tobin, 1% Steuern auf alle Währungsumtauschaktionen zu erheben, Jörg Huffschmid: Eine Steuer gegen Währungspekulation?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8'95). In diesem Zusammenhang muß der Kampf geführt werden gegen den Internationalen Währungsfond und die Macht der Weltbank. Hier liegt ein System, das für Hunger in der Welt verantwortlich zeichnet, hinter dem "edlen" Großjunkergebaren deutscher Großbanken, die an der Spekulationswelle der Petrodollars nicht so beteiligt waren (und nicht beteiligt sein konnten), oder hinter dem Bankenkonsortium, das einst einen früheren US-Außenminister Baker zu einem Massenvernichtungsplan des IWF stimuliert hat (in dessen Zentrum stand, die Kreditwürdigkeit von Staaten an die dramatische Streichung von Milch, Gesundheits- und anderen Zuwendungen für die Ärmsten zu knüpfen).

Sozialismus, Massenbewegung, Demokratie

Wenn Sozialismus eine Chance hat, dann als eine oppositionelle, kämpferische Bewegung gegen den Hauptgegner. Der liegt in der ökonomischen Macht einiger Konzerne, der Versicherungsgesellschaften und Großbanken. Dies ist die richtige Seite der Stamokap-Theorie und bleibt es auch. Dabei geht es nicht darum, große ökonomische Komplexe beizubehalten und nur im Eigentumstitel zu ändern, um "einige vernünftige Dinge" damit zu machen, sondern um die Entflechtung für die Demokratie nicht handhabbarer Strukturen. Im Zentrum der Wiederbelebung des Sozialismus steht Solidarität auch mit den noch nicht Geborenen, steht Planung (dies hat Uwe Kremer ähnlich auch immer betont), aber vor allen Dingen: Demokratie und Massenbewegung. Letzteres ist bei beiden verfeindeten Blutsbrüdern, Sozialdemokratie und

Kommunismus, in den letzten Jahrzehnten am stärksten zu kurz gekommen.

Die guten alten Herforder Thesen haben es klar benannt: Unser Kampf gilt denen, die aus wirtschaftlicher Supermacht politische Macht formen, denn dies ist nun einmal undemokratisch und die Ursachen der großen Subalternität und Resignation vieler proletarisierter und subproletarisierter Klassen und Schichten. Sie wieder an Wahlen und demokratischen Aktionen zu beteiligen, heißt sie dort abzuholen und zwar mit einem realistischen Begriff vom Feind, der ihre Situation mitverursacht und davon profitiert. Ansonsten greifen sie nach anderen Gegnern, meistens Sündenböcken, meistens "rassischen" Minderheiten. Die Vernachlässigung des Kampfs gegen die Banken hat also auch demokratiepolitische Aspekte, was nur eine Zusatzanmerkung ist.

Beste Grüße
Diether Dehm

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser, zunächst mal ist mitzuteilen, daß schon seit Monaten angekündigte von Volker Grube und Birgit Zoerner herausgegebene Buch „Kampagnen, Dialoge, Profile - Öffentlichkeitsarbeit für Reformprojekte“ mittlerweile erschienen ist und natürlich weiterhin bestellt werden kann. Eine Anzeige dazu findet sich auf S. 7. Im November wird das nächste Buch im spw-Verlag erscheinen, und zwar das von Edelgard Bulmahn, Peter von Oertzen und Joachim Schuster herausgegebene erste Jahrbuch des mit spw verbundenen Instituts für angewandte Sozial- und Politikwissenschaften (ispw) mit dem Titel „Jenseits von Ökosteuern“.

Ein „spw-intern“ wird künftig in jeder Ausgabe der Zeitschrift zu finden sein. Es soll über organisatorische Mitteilungen hinaus Informationen über das spw-Zusammenhang ge-

ben und deutlich machen, daß „spw“ mehr ist als die Zeitschrift. Unsere Hoffnung dabei ist, daß sich über die bisher aktiven Genossinnen und Genossen hinaus weitere finden, die sich an spw-Tagungen oder dem theoretischen „Projekt Moderner Sozialismus“ beteiligen oder als Mitglieder unseres Vereins das ca. 8 mal jährlich erscheinende spw-Info beziehen und die Aktivitäten von spw fördern wollen. Interessierte sollten sich an die spw-Redaktion wenden. Dasselbe gilt für GenossInnen, die sich vorstellen könnten, als Vertriebsagent/in in ihrem Umfeld auf Kommissionsbasis spw zu vertreiben. Die im letzten Jahr durchgeführte LeserInnenumfrage hat erneut gezeigt, wie wichtig die persönliche Ansprache für die Gewinnung neuer AbonnentInnen sind. Wir sind auf Eure aktive Unterstützung angewiesen, nur dann können wir stärker werden!

In den letzten Wochen haben Redaktion und HerausgeberInnen über die Weiterentwicklung der spw gesprochen. Als Schwerpunkte der nächsten Ausgaben sind geplant „Mittelmeerraum“, „Geld und Macht“, „Berufliche Bildung und Hochschule“, „Verkehr und Mobilität“ und „Geschlechterverhältnisse“ (Arbeitstitel). Wer seine/ihre Fähigkeiten in Form von Artikelbeiträgen zu einem der Schwerpunkte oder auch außer-

halb des Schwerpunkts einbringen möchte, kann sich gerne bei der Redaktion melden.

Neben der Rolle als politisches und theoretisches Forum sozialistisch orientierter Linker in und im Umfeld der Sozialdemokratie will sich spw verstärkt um parteiübergreifende Bezüge und Diskussionen mit radikalreformerischen Kräften im „rot-grünen Raum“ und in Gewerkschaften, Bewegungen, Wissenschaft und Kultur bemühen. Und es soll versucht werden, verstärkt Frauen als Leserinnen (und als Autorinnen) zu gewinnen.

Zentrales Vorhaben des spw-Zusammenhangs in den nächsten Monaten ist ein öffentlicher Kongreß zu Strategien für einen neuen linken Reformaufbruch, der gemeinsam von spw, der im links-grünen Spektrum verankerten „Andere Zeiten“ und der ostdeutschen sozialistischen Zeitschrift „Utopie kreativ“ im Februar 1996 in Berlin veranstaltet werden wird. Eine vorbereitende gemeinsame Arbeitstagung, die Ende August durchgeführt wurde, läßt erwarten, daß dort in konstruktiver und solidarischer Atmosphäre interessante Diskussionen stattfinden und Anstöße für weitere Projekte davon ausgehen werden. Mehr dazu in den nächsten Ausgaben der spw.

Ralf Krämer

Anforderungen an eine ökologische Steuerreform

von Ralf Krämer*

Die Konzeption einer ökologischen Steuerreform steht im Schnittpunkt zweier zentraler Reformfelder der Sozialdemokratie: dem ökologischen Umbau von Wirtschafts- und Lebensweise auf der einen Seite und einer sozial gerechten und soliden Reform des Steuersystems andererseits. Diese und die damit untrennbar zusammenhängenden Aufgaben der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Weiterentwicklung des Sozialstaats sind in einem integrierten Konzept sozial-ökologischer Zukunftsgestaltung zusammenzuführen. In diesem Rahmen müssen Stellenwert und Ausgestaltung von Ökosteuern und -abgaben und die Verwendung ihres Finanzaufkommens diskutiert werden.

In den letzten Monaten hat die Diskussion um eine ökologische Steuerreform einen neuen Höhepunkt erreicht. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat endlich ein konkreteres Diskussionspapier zur „Ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft“ vorgelegt, auf dem SPD-Bundesparteitag im November in Mannheim werden etliche Anträge dazu vorliegen. Es würde den Rahmen weit überschreiten, die diversen Vorschläge und Papiere hier im einzelnen darzustellen und zu bewerten. Es werden deshalb im folgenden Kriterien und Perspektiven formuliert, die bei der Beurteilung entsprechender Konzepte beachtet werden sollten:

● **Ökosteuern sind nur ein Instrument neben anderen, sie dürfen nicht als der - gar allein - ausschlaggebende Hebel ökologischer Reformpolitik betrachtet werden.** Die ganze Palette bisheriger und diverse weitere neu oder verstärkt einzusetzende Regulierungen sind notwendig, um ökologischen Umbau durchzusetzen. Es ist deshalb unumgänglich, Ökosteuerkonzepte mit konkreten und wirksamen Forderungen zur Neuorientierung der Energiepolitik, Verkehrspolitik, Landwirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Chemiepolitik etc. zu kombinieren und für eine Modernisierung,

* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion, Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW

aber gegen den unter dem Stichwort „Standortförderung“ modisch gewordenen Abbau ökologischer Regulierungen einzutreten. Andererseits muß die Ausgestaltung einer ökologischen Steuer- und Abgabenreform primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirksamkeit für den ökologischen Umbau diskutiert werden und sollte nicht mit wirtschafts-, sozial- oder finanzpolitischen Anforderungen überfrachtet werden, für deren Umsetzung andere Instrumente wesentlich geeigneter sind.

Die Aufkommenseite

● **Ökosteuern, die einen relevanten Beitrag zum ökologischen Umbau leisten sollen, müssen in einer Höhe angesetzt werden, die sich im Verhältnis zu anderen preislichen und nichtpreislichen Einflüssen als wirksam erweist:** Sie müssen deshalb zu spürbaren Mehrbelastungen ökologisch schädlicher oder ressourcenintensiver Verhaltensweisen, Konsumformen und Produktionen führen. Finanzielle „Kompensationen“ zum Ausgleich unbeabsichtigter Härten und negativer sozialer und ökonomischer Effekte müssen so angelegt werden, daß ökologisch weniger problematische Verwendungen gefördert und diese bezweckte Mehrbelastung nicht wieder aufgehoben wird (z.B. durch übermäßig hohe Entfernungspauschalen). Um Schockeffekte zu vermeiden, andererseits um die Anreizwirkung längerfristig aufrechtzuerhalten und auch aufwendigere Umstrukturierungen ingangzusetzen, sind Ökosteuern und -abgaben ausgehend von einer schon deutlichen Höhe bei Einführung mit einer Perspektive regelmäßiger weiterer Steigerung zu versehen. (Dabei muß im Ergebnis der Anteil der entsprechenden Steuern am Gesamtsteueraufkommen erheblich gesteigert werden. Eine Stromsteuer, die noch nicht einmal den Wegfall des Kohlepfennigs ausgleicht, und ein Erhöhungspfad der Mineralölsteuer um durchschnittlich 2-2,5% im Jahr, also im Rahmen der Inflationsrate, wie es im Papier der SPD-Bundestagsfraktion vorgese-

hen ist, ist faktisch eine Nulllösung und wird dem nicht mal annäherungsweise gerecht.) Als erster Schritt einer ökologischen Umstrukturierung des Steuersystems sind ökologisch schädliche Subventionierungen abzuschaffen (z.B. Herstellung einer normalen Besteuerung von Flugbenzin und anderen Luftfahrtbetriebsstoffen oder landwirtschaftlichen Betriebsstoffen, Umstellung der Fahrtkostenabsetzungsmodalitäten bei den Werbungs- und Betriebskosten auf einheitliche und gegenüber den jetzigen PKW-Pauschalen reduzierte Entfernungspauschalen).

● **Ökosteuern eignen sich vor allem in Bezug auf Energieträger und -verbrauch und auf Stoffe, deren Input oder Output nicht völlig abgeschafft werden soll oder kann (dazu sind Verbote und andere ordnungsrechtliche Maßnahmen wirksamer), aber in einem mittelfristigen Zeitraum erheblich reduziert werden soll oder muß.** Ähnliches gilt für den Flächenverbrauch. Das bedeutet aber auch - insbesondere gilt dies für Energie - daß sie auch langfristig in einem solchen hohen Maße genutzt werden, daß sie eine dauerhaft für hohes Aufkommen geeignete Besteuerungsgrundlage bieten: Auf dieser Grundlage kann eine ökologische Reform des Steuersystems aufgebaut, die längerfristig einen erheblichen Anteil des gesamten Steueraufkommens aus Ökosteuern und -abgaben erbringen kann. Die zu erzielende Reduzierung der Besteuerungsgrundlage wird über einen längeren Zeitraum mehr als ausgeglichen werden durch sukzessive Steigerung der Steuersätze. Dies ist nicht als Mißbrauch der Ökosteuern für fiskalische Zwecke zu kritisieren, sondern Bedingung ihrer dauerhaften ökologischen Wirksamkeit. Allerdings dürfen rein finanzpolitisch begründete Erhöhungen etwa der Mineralölsteuer, die nicht in ein übergreifendes Gesamtkonzept ökologischer Reformen eingebunden sind, nicht unter dem Titel der Ökosteuer behandelt werden, um ökologische Steuerreform nicht von vornherein zu diskreditieren und anderen Zwecken unterzuordnen.

Geburtstag – Die PROKLA hat Geburtstag

Zeitschrift für politische Sozialwissenschaft **PROKLA 100**

Ortsbestimmung

- 100 mal PROKLA, das heißt 100 mal kritische Auseinandersetzung mit zentralen Politik-Themen.
- 100 mal PROKLA, das heißt 75 Jahre politische Entwicklungen, Veränderungen, Umwälzungen und Brüche
- 100 mal PROKLA bedeuten Veränderungen in der PROKLA:

Wo sieht sich die PROKLA heute?

- Vor dieser Fragestellung beschäftigen sich u.a. W.-D. Narr/ R. Roth mit Demokratie und Sozialismus.
- Bodo Zeuner mit Problemen des Klassenkampfes im Betrieb.
- Pietro Ingrao/ Rossana Rossandra mit der Situation der Linken heute.
- Christoph Scherrer mit Regulationstheorie.
- Diskurstheorie, Marxismus.
- Die neue PROKLA erscheint im September.

WESTFALISCHES DAMPFBOOT

Förderung ökologischer Umbauprogramme

● Die Preiselastizität der Nachfrage nach den oder des Outputs an den Objekten ökologischer motivierter Besteuerung und Abgaben ist in weiten Bereichen gering. Dies mindert nicht nur die ökologische Wirksamkeit, sondern erhöht auch die negativen sozialen und ökonomischen Begleitwirkungen. Dies gilt insbesondere da, wo die mit den Abgaben belasteten Personen oder Betriebe über keine geeigneten Möglichkeiten verfügen, Bedürfnisse oder Anforderungen auf andere Weise zu befriedigen oder ihre Produktion oder Lebensvorgänge auf ökologisch effizientere Methoden umzustellen. *Gegenstück einer ökologischen Besteuerung muß es deshalb sein, die Bedingungen für ökologische Effizienzsteigerungen und für den Umstieg auf andere Produktionen und Lebensweisen auf- und auszubauen und zu fördern.* Dies betrifft Forschung und Einführung neuer Technologien (u.a. regenerative Energiequellen, Solarwirtschaft), Förderung privater und Durchführung öffentlicher Investitionen zur Senkung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs (u.a. Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Kopplung), aber insbesondere auch die Durchführung großangelegter öffentlicher Infrastrukturprojekte zum Aufbau eines naturverträglicheren Verkehrssystems und Energieversorgungssystems. Notwendig ist also in Verbindung mit Ökosteuerreform die Durchführung eines ökologisch ausgerichteten öffentlichen *Zukunftsinvestitionsprogramms* (ein Beispiel ist das Konzept des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB für ein Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm für die BRD von 1994).

● Das Finanzaufkommen der Ökosteuern (bei Abgaben versteht sich das von selbst) muß also zu einem *wesentlichen Anteil zur Finanzierung solcher ökologischer Investitions- und Förderprogramme* verwendet werden. Mit diesen ökologischen Umbauprogrammen sind auch ökologisch und sozial sinnvoll verteilbare Ausgleichswirkungen gegenüber den finanziellen Belastungen verbunden, z.B. durch verstärkten Ausbau und öffentliche Finanzierung des öffentlichen Personenverkehrs oder Förderung von energiesparenden Geräten oder Investitionen. Sinnvoll scheint die Zusammenfassung von Finanzmitteln in entsprechend gestalteten Sondervermögen bzw. Fonds zu sein (vgl. den SPD-Vorschlag für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ von 1984). Die Vergabe der Mittel aus solchen „*Öko-Umbau-Fonds*“ könnte mit industriepolitischen Aktivitäten und mit der regionalisierten Strukturpolitik sowie mit wirtschaftsdemokratischen Zielsetzungen verbunden werden (durch Regelungen zur gemeinsamen Diskussion und Vergabe der Mittel für Projekte unter Mitbestimmung von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Sozialverbänden, VerbraucherInnenorganisationen, aber natürlich auch der örtlichen Volksvertretungen und der Unternehmen).

Rückverteilung und „Aufkommensneutralität“

● Bei vielen führenden Sozialdemokraten spielt die Anforderung der „*Aufkommensneutralität*“ eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit Gegnern ökologischer Besteuerung wie mit Befürwortern weitergehender Forderungen. Dies kann höchstens dann akzeptabel sein, wenn die Finanzierung bzw. Förderung der og. - öffentlichen und privaten - ökologischen Investitionen und Umbauprogramme dabei eingeschlossen ist und nicht die bloße Rückverteilung des gesamten Ökosteueraufkommens etwa durch gleichzeitige Senkung anderer Abgaben gemeint ist. Wie bei anderen steuerpolitischen Maßnahmen auch ist die Frage der Entwicklung der Abgabenbelastung insgesamt oder der Belastung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen im Gesamtzusammenhang des Steuer- und Abgabensystems und der Entwicklung des Finanzbedarfs zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu diskutieren. Auch die als „*Kompensation*“ oft diskutierte Senkung der Sozialbeiträge hat mit den Ökosteuern an sich nichts zu tun, ihre Sinnhaftigkeit und die damit verbundenen Probleme sind gesondert zu diskutieren; Beschäftigungswunder durch „*Entlastung der Arbeit*“ sind jedenfalls nicht zu erwarten. Einnahmziele sind wie bei anderen Steuern und angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte nicht negativ zu beurteilen, insbesondere wenn zugleich die Aufwendungen für ökologische Umbauprojekte gesteigert werden.

● Sinnvoll und notwendig ist allerdings, Teile des Ökosteueraufkommens auf - möglichst gezielte - *Ausgleichsmaßnahmen für besondere Belastungen unter sozialen, struktur- und regional-*

politischen Gesichtspunkten zu verwenden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es begründet, Teile des Finanzaufkommens für die Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik bei gleichzeitiger Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung oder für eine erweiterte Steuerbefreiung des Existenzminimums und für die Erhöhung von Sozialleistungen einzusetzen. Im dem Maße, wie das Finanzaufkommen ökologischer Besteuerung zu einem größeren Einnahmenblock der öffentlichen Haushalte wächst, kann es dann Grundlage einer weitergehenden Umstrukturierung des gesamten Steuersystems mit einer deutlichen Senkung der Abgabenbelastung von - insbesondere niedrigen und mittleren - Einkommen und sonstigem Verbrauch werden.

● Im Sinne eines integrierten Konzepts ist zu fragen, wie die *Rückgabeseite ebenfalls ökologisch akzentuiert* werden kann. Dazu ist sicherzustellen, daß die Kosten der Arbeitsmarktpolitik in einer eigenen Finanzierungssäule der Bundesanstalt für Arbeit weiterhin nachprüfbar zugute kommen und daß sie in dem regionalen Finanzierungskonzept der Arbeits- und Strukturpolitik (vgl. den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Arbeits- und Strukturförderungsgesetz) für ökologisch sinnvolle Projekte eingesetzt werden. Auch in weitergehenden Diskussionen zum Ausbau eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung sollte dies einbezogen werden. Außerdem ist zu prüfen, ob mit dem Aufkommen aus den Ökosteuern in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Unfallversicherung eine eigene Finanzierungssäule für Gesundheitsförderung aufgebaut werden kann.

„Politik ausgewählter Wachstumsfelder“ durchsetzen!

● Im Mittelpunkt der sozial- und strukturpolitischen ausgerichteter Politik darf nicht der kompensatorische Ausgleich von Belastungen stehen, sondern sozialer und ökologischer Umbau, also einerseits Vorbeugung und Lösung sozialer Probleme und Abbau sozialer Ungleichheiten und Benachteiligungen durch soziale Reformen und Beschäftigungspolitik, andererseits *Förderung und soziale Gestaltung ökologisch orientierten Strukturwandels.* Dazu ist aktive und ge-

zielte staatliche Politik notwendig und insbesondere unter Gesichtspunkten des Umbaus von Branchen und der Schaffung von Arbeitsplätzen in bestimmten Regionen und für bestimmte Personengruppen wesentlich wirksamer als globale Entlastungen etwa der Sozialabgaben. Ein Ausgangspunkt jeder Politik ökologischen Umbaus muß die Erkenntnis sein, daß dieser nicht auf Effizienzsteigerungen beschränkt werden kann, sondern auch Abbau bestimmter Produktions- und Konsumstrukturen und den Aufbau neuer ökologisch verträglicher Beschäftigungsfelder (bei zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung) und Möglichkeiten von Konsum und Freizeitgestaltung erfordert (ganz im Sinne der im Berliner Grundsatzprogramm der SPD beschriebenen „*Politik ausgewählter Wachstumsfelder*“). Im gesamtwirt-

Was nicht zum Ziel führen würde, wären Ökosteuern als symbolische Politik und der aussichtslose Versuch einer Umbaupolitik, die keinem wehtut.

schaftlichen Ergebnis wird eine Politik ökologischen Strukturwandels auch beschäftigungspolitisch positiv wirken (vgl. diverse wissenschaftliche Studien, u.a. die des DIW von 1994).

● Es ist anzustreben und politischer Druck zu entwickeln, um ein gemeinsames Vorgehen insbesondere im Rahmen der EU zu erreichen. Ökologischer Umbau darf aber nicht davon abhängig gemacht werden, daß „*die anderen*“ mitmachen, dies kann nur ein Argument derjenigen sein, die ihn insgesamt verhindern wollen. Gerade Deutschland hat das Potential, - gemeinsam mit anderen europäischen Ländern, die dazu bereit sind oder erste Schritte bereits unternehmen haben - eine *Vorreiter- und Vorbildrolle* zu übernehmen und negative ökonomische Begleiterscheinungen weitgehend zu vermeiden oder auszugleichen. Es ist auch zu bedenken, daß sich die Reduzierung des Imports fossiler Energieträger und anderer ökologisch problematischer Produkte auf die Handels- und Leistungsbilanz erheblich positiv auswirkt und den Spielraum für eine auf die Stärkung ökologisch ver-

träglicher binnenwirtschaftlicher und regionaler Wirtschaftskreisläufe gerichtete Politik vergrößert.

● Ökologischer Umbau und in diesem Zusammenhang eine ökologische Steuerreform wird nur durchgesetzt werden können, wenn dafür *offensiv gesellschaftliche und politische Kräfte mobilisiert und zusammengeführt* werden. Dazu ist notwendig, eine Konzeption zu entwickeln und öffentlich zu vermitteln, die zugleich ökologischen und sozialen und insbesondere Kriterien der Beschäftigung gerecht wird. Es muß deutlich gemacht werden, daß eine solche Politik notwendig ist, um das Überleben in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen, daß die sozial Schwächeren dabei nicht „*unter die Räder kommen*“ und daß für alle Menschen damit Chancen und neuer Wohlstand verbunden sind - durch gesunde Umwelt, weniger Streß und Perspektiven für künftige Generationen. Klar sein muß aber auch, daß die Durchsetzung des Prinzips nachhaltigen Wirtschaftens nicht nur eine Überzeugungs-, sondern eine Machtfrage ist und nur im Konflikt mit relevanten Teilen des Kapitals durchgesetzt werden kann. Was nicht zum Ziel führen würde, wären Ökosteuern als symbolische Politik und der aussichtslose Versuch einer Umbaupolitik, die keinem wehtut und die man nicht merkt, die keine Verlierer kennt, die Widerständen ausweicht und notwendige Konflikte vermeiden will, und die sich statt mit den Gegnern primär mit den Bündnispartnern einer ökologischen Politik auseinandersetzt. Dies ist weder in der Sache möglich, wenn es ernst gemeint sein soll, noch politisch, denn so wird keine Mobilisierung und Mehrheit für einen Umbau zu erreichen sein.

Ein neuer Kulturkampf?

Die 'Kruzifix-Debatte' und der 'Schäuble-Spagat'

von Dieter Rudolf Knoell*

Wieder einmal ist das christliche Abendland bedroht. Diesmal nicht aus Moskau, auch nicht aus Bagdad, sondern aus Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht scheint zunehmend an die Stelle äußerer Feinde zu treten.

Was ist geschehen? Der Freistaat Bayern leistet sich bisher den Luxus einer Sonderregelung, was die Ausstattung der Schulräume betrifft. Diese nämlich sind mit einem Kruzifix bzw. mit einem Kreuz auszustatten. Dagegen klagten Eltern, die darin eine unzulässige Vermischung von Schule und Religion, Staat und Kirche sehen. Und das Bundesverfassungsgericht gab ihnen recht. Dagegen wird nun das Sich-erheben eines Entrüstungssturms inszeniert oder simuliert. Einen „schwarzen Tag in der Geschichte unseres Volkes“ sah der Kölner Kardinal Meisner, während der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Lehmann, sich damit begnügte, im Richterspruch eine „Verbeugung vor dem Zeitgeist“, statt vor dem Heiligen Geist, zu sehen.

Etwa 35.000 Exemplare urbayrischen schulischen Wandschmucks scheinen jedenfalls existentiell gefährdet. Ihre Rettung vor dem gnadenlosen Zugriff des Zeitgeistes gilt es ins Werk zu setzen. Dem Karlsruher Angriff auf die bayrische Volksschulordnung wurde denn auch sogleich entschieden entgegengetreten - von Stoiber bis Schäuble, Kohl zu Kirch.

Frontalangriff auf das Verfassungsgericht

Wo durch weltliche Juristerei der kirchliche Einfluß zurückgedrängt zu werden, bot sich z.B. günstige Gelegenheit für Kirch, seinen Einfluß auf die Welt zu vergrößern. Durfte in seinem Sender SAT 1 Stoiber am 13.8.95, in einer Sondersendung, 'befragt' von Merthes, auf das Karlsruher Gericht eindringen, so nahm Kirch sich den neuen Chefredakteur der Welt, Löffelholz, selber vor, indem er ohne Umschweife dessen Rücktritt verlangte - wegen eines po-

* Dr. Dieter Rudolf Knoell, Prof. für Ästhetik an der Hochschule für Kunst und Design in Halle

sitiven Kommentars zum Karlsruher Urteil, den Löffelholz nicht verhindert hatte (Autor: der frühere Präsident des Braunschweiger Oberlandesgerichts, Wassermann). Hatte die Intervention Kirchs am Freitag (11.8.) stattgefunden, so rief bereits in der darauffolgenden Welt am Sonntag CDU-Generalsekretär Hintze zur „Selbstbesinnung“ auf - die Karlsruher Richter allerdings, nicht Kirch.

Da wollte natürlich auch die FAZ nicht zurückstehen, sondern schoß ganze Breitseiten in Richtung Karlsruhe. „Ein Ruf wird verspielt“, behauptete in

Das Verfassungsgericht soll darauf verpflichtet werden, sich weniger am Grundgesetz als vielmehr an einem konservativen Populismus zu orientieren.

der Leitglosse (am 14.8.) F.K. Fromme (der selber längst keinen mehr zu verlieren hat). „Das Verfassungsgericht ist in letzter Zeit wiederholt gegen die Gefühle einer Mehrheit aufgetreten, etwa beim 'Soldaten sind Mörder' - Beschluß oder bei dem über die Straflosigkeit von Sitzblockaden.“

Als wäre es Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, zu befinden, ob eine Regelung sich in Übereinstimmung mit den (von Fromme & Co. konstatierten) Gefühlen einer Mehrheit befindet. Es hat schlicht jeweils die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen bzw. Regelungen zu prüfen, nichts weiter.

'Christliche Traditionslinien der abendländischen Kultur'

„In Erklärungsnot“ sah Fromme das Bundesverfassungsgericht (FAZ v. 12.8.), denn das Urteil habe „nicht mehr viel zu tun mit den christlichen Traditionslinien der abendländischen Kultur.“

Insofern haben Kohl, Schäuble, Stoiber und andere recht mit ihrer Kritik“. Brauchen wir nun also womöglich auch noch Erklärungsnotstandsgesetze, die uns vor den Machenschaften des Verfassungsgerichts schützen?

In einem anderen Artikel am selben Tag ließ Fromme den Chefideologen der Nation, Schäuble, zu Wort kommen: „Offene Kritik am Bundesverfassungsgericht übt Schäuble, was den neuen Beschluß zur Verfassungswidrigkeit der Kruzifixe oder Kreuze in bayrischen Schulen angeht“. Schäuble, kurz und bündig: „Das christliche Erbe hat noch niemandem geschadet.“ Der Beschluß stärke die zentrifugalen Kräfte, nicht die Freiheit. Auch Schäuble sieht, natürlich, Parallelen zum 'Soldaten sind Mörder-Urteil' und zum 'Sitzblockaden-Urteil'. Die ganze Richtung paßt ihm nicht. Fromme: „Abgesehen von diesen Entscheidungen und über sie hinaus, sieht Schäuble in solchen Tendenzen eine bedenkliche Entwicklung.“

Fin. (Finkenzeller) überschrieb ihren Artikel am gleichen Tag, im gleichen Blatt, denn auch: „Ja, wo sind wir denn?“ Im christlichen Abendland offenbar nicht mehr. „Das Erzbischöfliche Ordinariat München spricht von 'Empörung und Ablehnung bei den Menschen' ... Einige Anrufer drohten, sie würden ihr Kind von der Schule nehmen, wenn dort die Kreuze oder Kruzifixe verschwinden.“ Eventuell sollte man im Freistaat Bayern eben die allgemeine Schulpflicht durch die allgemeine Kruzifixpflicht ersetzen.

Wo Schäuble und das Bischöfliche Ordinariat sich äußerten, darf der Papst nicht fehlen. Seine Sicht der Dinge vermittelt (wiederum am 12.8. in der FAZ) der notorische Berlusconi-Verfechter H.-J. Fischer. Der Vatikan sei höchst ungehalten. „Ein Triumph deutschen Regelungswahns oder der leeren Tragik einer Geschichtsentwurzelung?“ Angesichts dieser Überschrift ahnt man schon das niederschmetternde FAZit: „Diesmal also ist der Gekreuzigte selbst verurteilt worden.“ Es stellt sich da nur noch die Frage, wer schlimmer ist, Pontius Pilatus oder das Karlsruher Verfassungsgericht.

Das Kreuz mit der Toleranz

Gleich nach dem Papst kommt auch der Kaiser zu seinem Recht und zu Wort. Kohl: „Der Richterspruch ist für die Christlich-Demokratische Union und für mich unverständlich.“ Es besteht demnach „Grund genug, darüber nachzudenken, was der abendländischen Gemeinschaft bleibt.“ (So Reumann im FAZ-Leitartikel vom 11.8.95.) Das vorgesehene Nachdenken führt freilich sofort dazu, daß der Boden der Realität verlassen und durch scheinheilige Phantasien ersetzt wird: „Und jetzt Toleranz ohne Kreuz? Was, wenn christliche Eltern dagegen klagen, daß muslimische Mädchen in deutschen Schulen Kopftücher tragen? Haben die etwa keinen appellativen Charakter?“ - Möglicherweise haben sie den, aber die muslimischen Mädchen, mögen sie nun Kopftücher tragen oder nicht, sind jedenfalls eines gewiß nicht, nämlich Träger der Schule.

Da Religion im säkularisierten Staat Privatsache ist, sind die Schülerinnen und Schüler im Gegensatz zur staatlichen Institution Schule nicht zur Neutralität verpflichtet. Sie könnten ganz ohne

weiteres Halsbänder mit Kreuzen daran, Kopftücher oder Buttons mit Nietzsches „Gott ist tot“ darauf tragen. Im Sinne des Grundgesetzes sind sie, was die Religion betrifft, freier als Schulen. Diese müßten zumal angesichts der immer multikultureller werdenden Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler schon aus eigenem Interesse Toleranz- und Neutralitätsangebote eher über- als untererfüllen.

Das Vermischen bzw. Vertauschen der Ebenen hat in der FAZ offenkundig Methode. Sie wurde z.B. am 11.8. von G. Stadelmaier ebenso praktiziert wie von Reumann. Der FAZ-Theaterkritiker schien der rechte Mann, um das Rührstück der Empörungsinzenierung über das Ende des 1. Aktes hinüberzuretten. Stadelmaiers Artikel trägt den Titel: „Über Kreuz/Die Crux oder Von der Kultur eines höchsten Urteils.“ Über Stock und Stein geht da die wilde Fahrt, die auf Knien unterm Kruzifix enden soll. Der Theaterkritiker sieht schon furchtbare Konsequenzen auf die Theater zukommen: „Angenommen also, die bayrischen Kinder kämen irgendwann ins Theater und sähen ..., wie der böse Sekretär Wurm die blasse Luise unterm

Kreuz 'das Sakrament darauf nehmen' läßt, den ihr aufgedrängten falschen Brief zu beenden. Sollen sie dann (Reihe dreizehn, Parkett Mitte) aufstehen und türensclagend davonlaufen, weil Schüler oder der Regisseur ihre Glaubensfreiheit kulturell tangieren?“

So lange es keine allgemeine Theaterpflicht gibt, werden sie kaum auf die Idee kommen. Und entsprechend kann leider die Schule, als im allgemeinen höchst kunstferne Institution, nicht die (von der Verfassung garantierte) Freiheit der Kunst für sich in Anspruch nehmen. Das vom Theaterkritiker aufgeführte Stück heißt also 'Viel Lärm um nichts'. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß nun „fast die ganze Kultur ... auf dem Klageweg neutralisiert werden“ könne.

Ganz gelassen konnte P. Gartz in der nicht eben linksradikalen Rheinpfalz das Urteil kommentieren (auch am 11.8., unter der Überschrift „Schule ohne Kreuz“): Religion ist nun einmal nicht identisch mit Kultur. ...Das Toleranzangebot fordert, daß niemandem eine Religion aufgedrängt wird. Christliche Mission hat nicht in Schulen stattzufinden.“

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 210



Für einen neuen Geschlechtervertrag

Ema Appelt, Kristina Boréus, Frigga Haug, Janna Thompson

Erich Wulff, Brande und Louise Rasmussen, und historischer Materialismus

37. Jahrgang, Heft 4, August-September 1995

Einzelpreis 14,- DM
Das Argument im Abo.
6 Hefte im Jahr für 72,-
Studentenermäßigt 57,-

Für einen neuen Geschlechtervertrag

Janna Thompson
Wollen Frauen den Gesellschaftsvertrag neu fassen?

Kristina Boréus
Vertragstheorie in der schwedischen feministischen Diskussion

Frigga Haug
Paradoxien feministischer Realpolitik - Zum Kampf um die Frauenquote

Ema Appelt
Staatsbürgerin und Gesellschaftsvertrag

Erich Wulff
Phänomenologische Psychopathologie und historischer Materialismus

Dokumentation
Frauen auf der Infobahn

Außerdem

Nachrichten aus dem Patriarchat

Kongreßberichte zu
Zukunftsarbeit;
Für einen neuen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag;
16. Berliner Volksuni;
Jugend in der DDR nach 1945

Besprechungen über
Moderne und postmoderne Literatur;
Cyberspace und Jugendkultur;
Arbeit; Erziehung durch und für den Beruf;
Geschichte der Sowjetunion;
Frauenarbeit

Abokarte und Probeheft gibt's bei: Argument · Reichenbergerstraße 150 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70

Argument
Hamburg · Berlin

Umdenken in der Politik der "Inneren Sicherheit"

ROLF GÖSSNER
(HRSG.)

MYTHOS SICHERHEIT

DER HILFLOSE SCHREI NACH DEM STARKEN STAAT

NOMOS

10/1995, 520 S., brosch., ca. 60 DM.

Aus dem Inhalt:

Politik der Verunsicherung: Kriminalitätsentwicklung, Sicherheitsgefühl und "Innere Sicherheit"

Die Logik der Eskalation: Der Staat im Rüstungswetlauf mit den "neuen Herausforderungen" ("Organisierte Kriminalität und rechte Gewalt")

"Im Namen der Sicherheit & Freiheit": Strukturwandel und Grenzüberschreitungen im Rechtsstaatsgefüge (Polizei und Geheimdienste, "Sicherheitsrisiken" und Kontrolldichte, Europäisierung)

Alternativen zur Politik der "Inneren Sicherheit": Sozial- und Verfassungsverträgliche Lösungsansätze (Primat der Sozialpolitik, Entkriminalisierung, neue Drogenpolitik, Präventionskonzepte, demokratische Reform der Sicherheitsapparate)

Mit Beiträgen u.a. von:

Bernd Asbrock, Heiga Cremer-Schäfer, Klaus Farin, Rolf Gössner, Martin Klingst, Hans-A. Lennartz, Hans Lissen, Bernd Maelicks, Christoph Meertens, Horst Meier, Wolfgang Nesko, Heribert Ostendorf, Christian Pfaffner, Fritz Sack, Eggert Schwan, Hans-Joachim See, Eberhard Seidel-Pielen, Bernd-Rüdiger Sonntag, Thilo Weichert.

Mißbrauch der Religion für obrigkeitstaatliche Botschaften

Daß das Bundesverfassungsgericht nun wieder Gegenstand einer politisch-publizistischen Kampagne wurde, nur weil es versuchte, auch den Freistaat Bayern auf den ganz normalen bundesrepublikanischen Weg einer der religiösen Toleranz verpflichteten demokratischen Gesellschaft zu bringen, zeigt, daß das Christentum verstärkt instrumentalisiert werden soll im Sinne der obrigkeitstaatlichen Botschaften Schäubles („Und der Zukunft zugewandt“). Die christliche Religion soll wieder die Funktion einer ideologischen Überhöhung und Unterfütterung der realen sozialen Verhältnisse erhalten. Wenn schon der Staat für die Kirchen die Kirchensteuer einzieht, soll die Religion sich gefälligst auch vom Staat in Dienst nehmen lassen. Deshalb die rüden Attacken auf das Verfassungsgericht. Man will es sozusagen darauf verpflichten, im Vorgriff auf eine erhoffte Realisierung der Schäubelschen Staatsvorstellungen Recht zu sprechen, statt in Orientierung am Grundgesetz und an den gegebenen sozialen und politischen Verhältnissen.

Und in Umkehrung der alten Fronten stehen jetzt die neuen Reichsgründer und Neowilhelmisten an der Seite der katholischen Kirche und der 'Altbayern'. So verteidigen denn jetzt auch die Deutschenationalen vehement die 'bayrische Kultur', das Recht auf einen bayerischen Sonderweg, sozusagen den Bayerischen Kreuzweg. Reumann in seinem FAZ-Leitartikel „Das Recht auf das Nichts“ (vom 16.8.95) über den Ersten Senat des Verfassungsgerichts: „Sein Beschluß ist antibayerisch.“ Und vom Antibayerischen zum Unmenschlichen ist es nur ein Schritt, eben der Schritt ins Nichts: „Die Entfernung der Kreuze aus den Klassenzimmern bedeutet optisch nur scheinbar Neutralität; in Wirklichkeit hinterläßt sie Leere.“

Und der ins Nichts geworfene Mensch würde natürlich auch nicht ohne staatlichen Zwang seine Kirchensteuer zahlen. Anscheinend tut er das aber selbst in Bayern nicht, was das Verfassungsgerichtsurteil auch wieder ignoriert. Reumann: „Ob das damit endet, daß der Staat nicht einmal die Kirchensteuer eintreiben darf?“ Nun, man wird wohl noch fragen dürfen, wie er eigent-

lich dazu kommt, sie einzutreiben. Reumann hat auch darauf bereits eine Antwort parat: „Zwar sagt das Grundgesetz wie die Weimarer Verfassung, es gebe keine Staatskirche. Doch haben wir praktisch ein staatskirchenrechtliches System, das auf gemeinsame Verantwortung und Zusammenarbeit abstellt. Darüber hat sich der Erste Senat hinweggesetzt.“

Ziel: Aushöhlung des Rechtsstaats

Genau das war auch seines Amtes, geradezu seine Pflicht, denn das Verfassungsgericht hat sich nicht an einer grundgesetzwidrigen Praxis zu orientieren, sondern am Grundgesetz. Aber genau diese Orientierung wird gegenwärtig von den systematisch angelegten konservativen Kampagnen 'gegen Karlsruhe' auszuhebeln versucht.

Offenbar sollen kurz- und langfristige Ziele erreicht werden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und im Bundesrat geht es der Union darum, wenigstens im Bundesverfassungsgericht stabile konservative Mehrheiten zu installieren. Zwei Verfassungsrichter, Henschel und Söllner, scheiden aus. Ihre potentiellen Nachfolger/innen sollen schon einmal wissen, was da auf sie zukommt, - auch an Einschüchterungsversuchen, wenn sie nicht von vornherein 'auf Linie liegen'. Langfristig soll das Verfassungsgericht, so scheint es, darauf verpflichtet werden, sich in zentralen Entscheidungen weniger am Grundgesetz als vielmehr an einem konservativen Populismus ('Gefühl der Mehrheit', usw.) zu orientieren. Gelänge dieser 'Transformationsprozeß', so bekämen wir in der Tat eine andere Republik.

In jener anderen Republik wären der Rechtsstaat und der Sozialstaat nur noch in weitgehend reduzierter Form vorhanden. Wird die 'Überwindung' des Sozialstaats z.B. von Autoren wie H.D. Barbier in der FAZ seit langem propagiert, so stimmen auf diejenige des Rechtsstaats Kommentatoren wie F.K. Fromme erst so richtig ein.

Frommes Leitartikel (v. 22.08.) 'Und wenn das Urteil falsch wäre?' demonstriert paradigmatisch die intendierte konservative Umdeutung des demokratischen Rechtsstaats. Nach der nicht ohne Bedauern getroffenen Feststellung: „Abschaffen oder auch nur in seinen Befugnissen wesentlich einschränken kann auch der verfassungsändernde

Bundesgesetzgeber das Bundesverfassungsgericht nach verbreiteter Meinung nicht“, will Fromme dieses auf 'Selbstdisziplinierung' im Sinne einer Orientierung an 'der Mehrheit' verpflichten. Es sei das „Mehrheitsprinzip, auf dem unsere politische Ordnung beruht“. Das ist so nicht richtig. Eine Mehrheit hätte wohl auch Hitler, von 33 bis 45, hinter sich gebracht, was nicht den Schluß erlaubt, das Dritte Reich sei ein demokratischer Rechtsstaat gewesen. Es fehlten ihm jene Prinzipien, die zum Mehrheitsprinzip hinzutreten müssen, damit eine rechtsstaatliche Ordnung konstituiert wird, die als demokratisch gelten darf: Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz.

Alle drei Prinzipien werden von den Konservativen immer weiter ausgehöhlt, theoretisch wie praktisch, prototypisch in der Neufassung des Asylartikels (unter Mitwirkung der SPD). Daß diese Veränderung nun auch vom früheren bayerischen Innenminister Lang als ein Fehler bezeichnet wird, dürfte an der veränderten Perspektive liegen; Lang ist jetzt als Anwalt konkret mit der inhumanen Abschiebepaxis konfrontiert, die als Konsequenz der Neufassung zu erwarten war.

In der konsequent auf Effizienz getrimmten Zweidrittelgesellschaft soll der demokratische Rechtsstaat möglichst auch in der Realität Frommes Schrumpfdefinition entsprechen. Die Strategie des 'Gesundschumpfens' begnügt sich nicht mehr mit der Aushöhlung des Sozialstaats, sondern bezieht jetzt auch den Rechtsstaat mit ein. Wie der Minderheitenschutz in der Sphäre des Sozialen immer weiter reduziert wird, der 'altbundesrepublikanische Solidarpakt' aufgekündigt wird, so soll nun offenbar der Rechtsstaat auf den Schutz im Zweifelsfall konservativer Mehrheiten vor den Zumutungen von Minderheiten verpflichtet werden. An die Stelle des sozialen und demokratischen Rechtsstaats soll ein „schlanker Staat“ (Schäuble) treten, der nur noch zum Schutz der Starken vor den Schwachen da ist.

Fühlen statt Denken

Wenn dem Sozialstaat das 'Abspecken' verordnet wird, muß der mit patriotischen Gefühlen besetzte Nationalstaat wieder her, um eine sichere Wertebasis bereitzustellen, die den Fall ins soziale nichts zu mildern scheint durch den

imaginierten Anschluß ans große Ganze. Nachdem Schäuble zusammen mit Stoiber und Co. dem Bundesverfassungsgericht die allerchristlichsten Zähne gezeigt hatte, machte er sich am 25.08.95 in der FAZ an die Wurzelbehandlung. Sein Beitrag zu der Serie 'Fremde Federn' (des Beweises, daß diese nicht immer schmücken, hätte es gar nicht mehr bedurft) trägt den Titel „Wir leben aus der Wurzel des Überlieferten“. Schäuble hat inzwischen die Kompensationstheorie Lübkes, den er häufig beerbt, weiterentwickelt. Die Tatsache, daß in dieser Gesellschaft kaum mehr jemand 'aus der Wurzel des Überlieferten' lebt, kompensiert er mit der treuerzigen Versicherung des Gegenteils. Und wer nicht hören will, muß fühlen.

An die Stelle des sozialen und demokratischen Rechtsstaats soll ein „schlanker Staat“ (Schäuble) treten, der nur noch zum Schutz der Starken vor den Schwachen da ist.

„Ist es nur ein Zufall, daß sich in letzter Zeit Entscheidungen des Verfassungsgerichts mehren, die offenbar dem Irrtum unterliegen, der notwendige Grundkonsens bedeute vornehmlich eine intellektuelle und nicht so sehr eine gefühlsmäßige Bindung an die Wertebasis der Verfassung?“ Systematisch setzt der konservative Staatstheoretiker Schäuble die (positiven, vaterländischen, völkischen) Gefühle gegen die (negativen, multikulturellen, nihilistischen) Gedanken. Sein Plädoyer für die Nation und die Religion ist eines gegen die Aufklärung und die säkularisierte Gesellschaft. Das Urteil „verletzt zu viele Menschen in seiner als Kälte empfundenen juristischen Spitzfindigkeit“. Konsequent sieht Schäuble die Hauptaufgabe des Verfassungsgerichts darin, Ruhe und Frieden der in edlen (christlich-abendländischen) Gefühlen vereinten Staatsbürger nicht zu stören: „Recht hat mit Frieden zu tun. Urteile des höchsten Gerichts sollen befrieden. Dieses Urteil spaltet, und deshalb gebietet gera-

de der Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht Widerspruch. Vielleicht wächst daraus Einsicht.“

Auch für Schäuble ist Freiheit Einsicht in die Notwendigkeit. Für das Verfassungsgericht kann das z.B. heißen, einsehen zu müssen, daß Religionsfreiheit als staatlich angeordneter Zwang zum schulischen Blick aufs Kreuzifix zwar 'juristischer Spitzfindigkeit' grundgesetzwidrig erscheinen mag, der Friede der Fühlenden jedoch ein höherer Wert ist als die Freiheit der Denkenden.

Gefahren des Schäuble-Programms

Sieht man genauer hin, stellt man allerdings häufig fest, daß die Mehrheitsgefühle, auf die Schäuble sich beruft, Minderheitsmeinungen sind (so z.B. auch bei seinem mißlungenen Versuch, den 'heiligen historischen Ort' Berliner Reichstag vor dem verhüllenden künstlerischen Zugriff Christos zu schützen). Um diesen dennoch im politischen Diskurs eine Durchsetzungschance zu verschaffen, muß Schäuble selber spalten und Unruhe stiften. Daß er dies als Anwalt der Gemeinschaft und der bürgerlichen Ruhe tut, ist sozusagen sein Trick, aber auch sein Problem.

Dieses wiederum ist Manifestation eines umfassenderen Problems, nämlich der Paradoxie des von Schäuble vertretenen konservativen Politikprogramms. Man könnte es als 'Schäuble-Spagat' bezeichnen: Technologische Modernisierung und ideologischer Traditionalismus. Die konzeptionelle Schwäche dieses Programms zeigt sich auch in Schäubles jüngstem Buch, dessen Kulturkritik sich weithin in gehobenem Stammtischpalaver über Dekadenz, Werteverfall, etc., erschöpft. Aber gerade aus der vermutlich prinzipiellen Nichtrealisierbarkeit dieses Programms könnten erhebliche Folgen resultieren, dann nämlich, wenn Schäuble eines Tages Gelegenheit bekommt, als Kanzler eben doch den Versuch der Realisierung zu unternehmen.

Selbst der Schein einer Synthese des Inkompatiblen wäre ohne starke Zwangsmechanismen nicht zu erzeugen; die staatlich hergestellte soziale Harmonie ohne Sozialstaat bedürfte der unterschiedlichen Unterdrückung sozialer Konflikte. An den Kreuzzug gegen Karlsruhe würde man sich dann nur noch als an einen netten Spaziergang erinnern.

Geschichtspolitik im Gedenkjahr 1995

Schlechte Zeiten für Geschichte und Aufklärung

von Horst Peter und Norbert Sprafke*

1995 als Jahr der historischen Gedenktage in der Dopplung des Gedenkens an das Kriegsende vor 50 Jahren und des 5. Jahrestags des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland geht mit den Oktoberfeierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zu Ende.

Die Bilanz zeigt: das Jahr 1995 hat die seit Jahren laufenden Versuche des Umdeutens der Vergangenheit, der Neuaufarbeitung, des Verfälschens durch Weglassen, besonders der alternativen Vergangenheiten, politisch strategisch gebündelt. Die Akteure bilden ein Ensemble aus offizieller Politik mit dem Bundeskanzler und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden als den herausgehobenen Vertretern des politischen Kaders, dem Zitierkartell konservativer Historiker mit dem Politikberater Michael Stürmer als Bündler und Antreiber, dem konservativen Medienverbund und einer konservativen Reisetrippe talk-show erprobter Deuter und Umdeuter und ihrer willfährigen Claque von Kommentatoren.

Konservativ-nationale Geschichtspolitik

Die kritische Analyse des „Gedenkjahrgangs 1995“ erlaubt es, die Kategorie „Geschichtspolitik“ in die politische Diskussion einzuführen. Wir verstehen unter Geschichtspolitik den Versuch, geschichtliche Sachverhalte und Mythen zur Interpretation tagespolitischer Problemlösungsstrategien oder zur Verankerung längerfristig angelegter Politikprogramme im öffentlichen Bewußtsein zu nutzen mit dem Ziel, die hegemoniale Deutungsmacht für die Vergangenheit durchzusetzen und sie politisch zu instrumentalisieren. Gedenktage bilden den geeigneten Anlaß, bestimmte Deutungsmuster politisch zu setzen und politische Diskurse zu verhindern oder auf bestimmte Deutungen einzuengen. Gedenktage geben die Bühne für die Inszenierung neuer Deutungsmuster ab. Die Erfahrungen mit Beispielen solcher In-

senierungen lassen es zu, von einer spezifischen Methode der Geschichtspolitik zu sprechen. Geschichtspolitik wird zu einem komplementären Politikfeld.

Geschichtspolitik scheut den demokratischen Diskurs. So verwundert es nicht, daß deren klassische Protagonisten die Führungspersonen autoritärer Systeme waren und sind. Die wichtigsten Rahmenbedingungen waren und sind Verfügung über Medien und direkte Inszenierungskompetenz für Aufmärsche und Veranstaltungen. In einem anderen Zusammenhang beschrieb Walter Benjamin dies als „Ästhetisierung der Politik“¹. Der Rückblick auf den Gedenkjahrgang 1995 zeigt, daß auch in der parlamentarischen Demokratie Geschichtspolitik dieser Art möglich und erfolgreich sein kann, ihre Funktion erfüllt. Voraussetzung ist eine entsprechende Medienstruktur und ein politisches Klima, in der eine demokratischen Öffentlichkeit erstickt.

Erst dadurch wird emotionale Feindbildpflege als Instrument von Wahlkampfstrategien attraktiv. Geschichtspolitik in der parlamentarischen Demokratie lebt davon, daß die Motive verborgen bleiben. Für die öffentlichen Kampagnen, mit denen politische und kulturelle Hegemonie gewonnen werden soll, haben deshalb die medialen und kommunikativen Grauzonen und Brückenköpfe erheblichen Stellenwert, in denen sich die Grenzgänge zwischen etablierten Konservatismus, der noch demokratischen Rechten, und den völkisch-nationalistischen Positionen tummeln, die die Grenzen zwischen beiden Positionen auflösen und fließend halten, mit der Unverträglichkeit des Einen die politische Anstößigkeit des Anderen verdecken. Die subkutanen Verbindungen der Rechten verästeln sich von der FAZ und Fleissner-Verlag über Weikersheim hin zu MUT und Vlotho. Ein erfolgreicher Brückenschlag zwischen den Fraktionen der Rechten war die „Initiative 8. Mai“ mit Dregger, Nolte, Templin und Zitelman, in der Hildegard Hamm-Brücher die Wiederauferstehung der Harzburger Front erkannte. Auch diese Initiative versuchte die historische Perspektive zu verschieben. Die Brand-

stifter beklagten mit dem Verweis auf die Nachkriegsopfer auf der deutschen Seite die Schäden des Löschwassers. Die Deutschen hatten Hitler geduldet und erduldet. Am Ende machten die Sieger den Verlierern die Rechnung für den angezettelten und verlorenen Krieg auf. Zitelmans und Dreggers selbstbewußte Nation, aus dem Schatten Hitlers herausgetreten, will das nicht mehr wahrhaben.

Der Nukleus einer „Berlusconiisierung“ der deutschen Medienstruktur, den Leo Kirchs Medienimperium enthält, und die strategische Kaderpolitik der Rechten in der Moderatoren- und Kommentatorenzene - auch im öffentlich-rechtlichen Medienbereich - erleichtern die Durchsetzung von Geschichtspolitik.

Auf der Strecke der Geschichtspolitik bleibt in der Regel die „Geschichte“ selbst, alle Wissenschaftler, die gegen den geschichtspolitischen Mainstream schwimmen, „Geschichte gegen den Strich büsten“² wollen und besonders in der jüngeren Geschichte diejenigen, die ihre eigene Vergangenheit und die Vergangenheit anderer rational bearbeiten wollen³.

Die Bilanz des Gedenkjahrgangs 1995

● Der „8. Mai 1945“ 1995 hat die konservative Umakzentuierung des 2. Weltkriegs und der militärischen Niederwerfung des deutschen Faschismus in Richtung „Tag der Niederlage“ weitergetrieben

● Die Gedenktage zur Befreiung der verschiedenen Konzentrationslager auf deutschem Boden haben als Ergebnis, daß Selbstbefreiungsversuche der Häftlinge relativiert, die Akzentsetzung der Geschichtspolitik der DDR eliminiert und die Funktion der KZ's als Instrument der innenpolitischen Unterdrückung und Vernichtung der Opposition über den rassenpolitischen Leisten geschlagen wurde. Vergessen werden soll, daß sich der erste Schlag des Faschismus gegen Arbeiterbewegung und politische Demokratie richtete. Prototypisch ist in diesem Zusammenhang die Neudefinition des KZ Buchen-

wald. In den Mittelpunkt der Diskussion wurde die Rolle der „roten Kapos“ gestellt. So von Jorge Semprun, der in seiner Buchenwald-Rede ziemlich zum Schluß ausdrücklich betonen mußte: „Natürlich gedenken wir heute des 50. Jahrestags der Niederlage des Faschismus, der Befreiung des Konzentrationslagers von Weimar-Buchenwald.“ Begleitend wurde die Rolle der ehemaligen SS-Lager als NKWD-Lager und die Stasi-Planungen für Masseninhaftierungen von Oppositionellen hervorgehoben. Noch sind nicht alle Opfer des Faschismus rehabilitiert, noch sind nicht alle Täter bekannt und verurteilt, da werden die Täter entlastet, indem Opfer zu Mitschuldigen erklärt werden. Opfer dieses historischen Schnitts sind diejenigen, die stets Opfer waren: im Faschismus, in der Adenauerrepublik und jetzt erneut.

Die Erkenntnisse der Stasi-Unterlagen-Behörde liefern das Material, um im Kontext zu Presseorganen wie Focus, Welt, Bild beliebig Kampagnen zum jeweils geeigneten Zeitpunkt zu inszenieren. Teile der DDR-Bürgerrechtsbewegung wie Bärbel Bohley, Templin, Angelika Barbe u.a. liefern dem Kanzler die Kulisse, sich als „personalisierte Deutsche Einheit“ ins Bild zu setzen. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die eine rationale „Erbe-Diskussion“ führen wollen. Sie werden entweder als Täter oder Sympathisanten geschichtspolitisch ausgegrenzt.

● Ein weiteres Beispiel einer geschichtspolitisch gestützten politischen Linie ist die Vorbereitung der außenpolitischen Parteinahme der Bundesregierung im Balkankonflikt für Kroatien, die Deutschland jetzt in Nibelungentreue zu seinen Bündnispartnern (wie 1914) in die Rolle einer „Kriegspartei“ (Frankfurter Rundschau) in Bosnien bringt. Unter der Federführung der FAZ wurde diese Position in der deutschen Öffentlichkeit mit der Schußrichtung - das Abendland wehrt auf der Seite des katholischen Kroatien das -orientalisch-kommunistische Serbien ab und verteidigt die europäische Zivilisation - justiert.

Die Linke: Flüchtten oder den Fehdehandschuh aufgreifen

Die Beispiele zeigen, daß Geschichtspolitik das politische Klima, die politische Argumentation zu aktuellen

politischen Fragestellungen, politische Stimmungen massiv beeinflusst. Fischers Bosnien-Brief, mit dem er die gescheiterte Balkanpolitik der Bundesregierung salviert, ist dafür ein beredtes Beispiel. Indem die Fischer-Linie der Grünen der Balkan-Politik der Bundesregierung beitrug und sie gute Gründe für eine falsche Politik reklamiert, erlebt sie ihr außenpolitisches „1914“. Auch Grüne lassen jetzt Soldaten für die Fehler der Politik büßen, Soldaten sollen gutmachen, was die Politik schlecht gemacht hat.

Wie sorglos auch Fischer mit Geschichte umgeht und eine eigenständige grüne Geschichtspolitik kreiert, zeigen sein Rekurs auf „Spanien 1936“ und sein Argument, Bosnien vor dem serbischen Faschismus schützen zu wollen. Zum einen wird niemand unterstellen

Die Brandstifter beklagten mit dem Verweis auf die Nachkriegsopfer auf der deutschen Seite die Schäden des Löschwassers.

wollen, daß Fischer sich den inflationären Faschismusbegriff des Linksradikalismus zu eigen macht. Wer beansprucht, einen seriösen Faschismusbegriff anzuwenden, muß dessen kategorialen Rahmen beachten. Hier muß Fischer nacharbeiten, um zu erklären, daß er sich nicht an die Topoi der Totalitarismustheorie herangeschlichen hat. Das revolutionäre Spanien der Anarchosyndikalisten, linken Sozialdemokraten, Stalinisten, Trotzkisten, Rechtskommunisten, bürgerlichen Demokraten und regionalen Autonomisten ist nicht an zu wenig Intervention, sondern eher an zu viel Intervention interessierter ausländischer Mächte gescheitert. Ohne deutsche und italienische Intervention wäre Francos Putsch gar nicht erst möglich gewesen. Und die englisch-französische Rolle kommt uns bekannt vor: sie haben nichts dafür getan, die offiziell auch von Deutschland und Italien gewollte Non-Interventions-Politik gegen diese beiden Mächte durchzusetzen, wie der Westen auch jetzt nichts unternimmt, die offizielle Embargopolitik durchzusetzen und damit Fischer die Argumente für seinen Interventionismus liefert. Zum anderen:

das „Spanien“ unserer Generation war „Vietnam“.

Das Eliminieren des Sozialismus von der Agenda der Weltpolitik, die Flucht der intellektuellen Linken von früher vertretenen Positionen, um nicht vom Strudel des Zusammenbruchs des Nominalsozialismus mitgerissen zu werden und um weiter dabei sein zu können, der Rückzug von radikaler politischer Kritik des Kapitalismus in Wissenschaft und Politik, sind Ausdruck dafür, daß die demokratische Linke in der Defensive ist. Die Antwort der Linken kann nur sein, den geschichtspolitischen Fehdehandschuh aufzugreifen und die Diskussion um die Vergangenheit demokratisch zu wenden.

● Die geschichtspolitische Inszenierung ist in einem Diskurs um das Erbe umzuwandeln, in dem die Positionen von Historikern, die dem Mainstream entgegenlaufen, offensiv aufgegriffen werden.

● Kommunikation mit Zeitzeugen muß in vorurteilsfreien Räumen ermöglicht werden. Wer gezwungen ist, an seinem Freispruch zu arbeiten, ist nicht in der Lage, zu erzählen, und Rückschlüsse für die Zukunft zu öffnen. In einer Atmosphäre der Rache sind auch Gutwörter nicht in der Lage, zuzuhören, geschweige denn zu verstehen.

● Die politische Unterstützung von Gegenpositionen stellt die Definitionsmacht der herrschenden Geschichtspolitik in Frage. Damit wird es möglich, den allgemeinen politischen Diskurs seines ideologischen Schleiers zu berauben.

¹ Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Ders.: Dass., Frankfurt 1974, S. 49.

² Walter Benjamin: Geschichtsphilosophische Thesen, in: Ders.: Zur Kritik der Gewalt, Frankfurt 1971, S. 83.

³ Siehe auch Horst Peter: Demokratische Linke in Deutschland - gespalten in Ost und West, in: spw 1/95, S. 22.

Aufarbeitung und strafrechtliche Bewältigung des von Staats- und Parteiapparat der untergegangenen DDR begangenen Unrechts stellen das vereinte Deutschland vor große Probleme. Der ständige Hinweis auf die Verbrechen von SED, Mauer-schützen und Stasi wird (häufig zu recht) angesehen als Versuch der Rechten, politisches Kapital zu schlagen, die Linke zu diskreditieren. Die Forderung, einen Schlußstrich zu ziehen, dient aber ebenso häufig der Absicht, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen - für die eigene Vergangenheit oder für die Gestaltung der Zukunft.

Sicherlich wird vieles kontrovers zu beurteilen sein. So auch der Beitrag von Angelika Barbe, DDR-Bürgerrechtlerin und heute SPD-Politikerin, die die Diskussion mit einer prononcierten Stellungnahme gegen einen Schlußstrich eröffnet. Weitere Beiträge sollen folgen.

Die spw-Redaktion

Am Scheideweg: Zivilcourage oder Konformismus

Gegen einen Schlußstrich bei der DDR-Vergangenheitsbewältigung

von Angelika Barbe*

Ist schon die Forderung nach einem Schlußstrich eine Form politischen Konformismus? Vergangenheitsaufarbeitung paßt nicht mehr in die politische Landschaft im fünften Jahr nach der demokratischen Revolution. Dieser Eindruck kann zumindest entstehen, wenn man sich die gegenwärtige Diskussion vor Augen führt. Zu hören ist, daß das Land Versöhnung braucht. Der Bundeskanzler will sich nicht mehr mit solch „unappetitlichen Sachen“ wie den Stasiakten beschäftigen, die nur die Atmosphäre im Land vergiften. Schluß mit dem unzeitgemäßen „moralischen Rigorismus“, der nur die PDS stärkt, tönt es aus der nächsten Ecke. Im übrigen habe die von „Hexenjägern“ besonders eifrig verfolgte Vergangenheitsaufarbeitung nachweislich ihren moralischen Anspruch verloren und diene lediglich der „Wendebesitzstandswahrung“ einiger 1989/90 nach oben gespülter Akteure.

Es ist müßig, an dieser Stelle alle nennenswerten Zitate aufzuführen, die zusammengefaßt zweifellos ein kleines Kompendium ergeben würden. Lohndend ist es aber, die Fragen nach der dahinterstehenden Geisteshaltung sowie die Frage nach den historischen Parallelen zu stellen. Handelt es sich z.B. um in Deutschland im 20. Jahrhundert immer wiederkehrende Verhaltensmuster? Für mich von Interesse ist es hierbei auch, welcher Typ des Politikers dadurch gefördert wird, dessen Selbstverständnis nachzuspüren und die Frage zu beantworten, wie er sich in Konfliktsituationen verhält. Vor allem aber sollte der

Frage nachgegangen werden, welche Art von Konformitätsdruck produziert wird.

Die schwerwiegendste Folge eines Schlußstriches ist, daß auf fragwürdige Weise ein gesellschaftlicher Konsens erzwungen werden soll, der Zugeständnisse zuallererst von den Opfern des SED-Regimes verlangt, die sich damit erneut, diesmal im Interesse des gesellschaftlichen Friedens, unterzuordnen haben. Beleg dafür ist die Äußerung, daß die Zivilcourage des Einzelnen zwar Respekt verlange, keinesfalls aber als Norm gesetzt werden dürfe. Wenn in diesem Zusammenhang dann auch noch zu hören ist, daß mit dem „Opferbonus“ (!) ein „würdeloser Mißbrauch“ betrieben werde, wird der berechnete Mindestanspruch der Opfer auf gesellschaftliche Achtung nach dem Zusammenbruch der Diktatur in Frage gestellt. Schwer erträglich ist die Diffamierung der Opfer als Ruhestörer und Hindernis für den gesellschaftlichen Frieden. Erneut werden sie dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Lehren aus der Vergangenheit

Ist es aber nicht vielmehr die Hauptlehre aus den beiden Diktaturen Deutschlands im 20. Jahrhundert, daß Diktatoren dort ein fruchtbarer Boden bereitet wird, wo die Fähigkeit zu Unterordnung und nicht die des Widerstehens zum wichtigsten gesellschaftlichen Verhalten deklariert wird? Provozieren nicht im Gegenteil gerade Wegschauen und fehlende Zivilcourage in der Gegenwart immer wieder aufkommende fremdenfeindliche Ausschreitungen? Hier herrscht eine Vorstellung vom gesell-

schaftlichen Frieden, die nicht den aus der Vergangenheit stammenden Konflikt öffentlich austragen will, sondern einen alle gesellschaftlichen Gruppen vereinenden Kompromiß auf Kosten der Opfer herbeizuführen sucht. Davon nur einen Schritt entfernt ist die Argumentation, Vergangenheitsaufarbeitung wäre eigentlich eine „Hexenjagd“, die den Interessen westlicher „Kolonisatoren“ diene und den DDR-Bürgern den Rest ihrer Würde nehmen wolle. Wer diesen moralischen Rigorismus nicht kritisiere, schade der Durchsetzung ostdeutscher Interessen. So erfolgt eine schrankenlose argumentative Gleichsetzung von Systemprivilegierten (und damit auch von Tätern) mit der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, die weder privilegiert war, noch das System zu verantworten hatte.

Solchermaßen tabuisierter Umgang kann aber weder den gesellschaftlichen Frieden befördern, noch tatsächlich zu einem von den Schlußstrichverfechtern erwünschten Ende dieser Debatte führen. Der politischen Kultur in Deutschland wäre aber der erneute Versuch, einen Schlußstrich zu erzwingen, äußerst abträglich. Ähnlich wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges würden Entpolitisierung und die Einstellung, Politik sei ein schmutziges Spiel, gefördert. Eine solche Hypothek ist aber in jedem Falle schwerer zu tragen als der offene, manchmal schmerzhafteste Prozeß, auch die dunkelsten Ecken der Vergangenheit zu beleuchten. Fatal wäre es, wenn sich wieder, wie nach 1945, Vergangenheitsaufarbeitung behindernde Blockademuster durchsetzen würden. Leider scheinen sich hier tatsächlich Parallelen anzudeuten.

Einer der wesentlichen Faktoren, die nach 1945 die Vergangenheitsaufarbeitung behinderten, war die unter vielen Deutschen verbreitete Einstellung, die Alliierten hätten - gerade in den Nürnberger Prozessen - den Begriff der Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes eingeführt. Außerdem hätten alle alliierten Gerichtsverfahren auf dem Vorwurf des unterlassenen Widerstands basiert und im Ergebnis nur neues Unrecht geschaffen. Im Gegensatz zu diesem populären Abwehrverhalten, welches noch bis in die Gegenwart hineinreicht und im Zusammenhang mit der MfS-SED-Debatte neue Aktualität erfährt, ist festzustellen, daß die Alliierten den Begriff der Kollektivschuld gerade nicht verwendeten. Vielmehr sollte die konkrete individuelle Verantwortung deutlich gemacht werden. Darum geht es auch heute.

Genügend historische Beispiele belegen eindrucksvoll, daß stets neue Probleme geschaffen werden, wenn man sich vor der Vergangenheit drückt. Die Vergangenheitsverdrängung nach 1945 wurde von den nachfolgenden Generationen heftig kritisiert und sollte uns heute kein Vorbild sein. Im übrigen fällt auf, daß die Vergangenheitsaufarbeitung nach 1945 einerseits (und auch zu Recht!) als relativ folgenarm kritisiert wird. Daß diese Kritik aber nur vordergründig ist, wird deutlich, wenn dieses Versäumnis zum höchst willkommenen Anlaß wird, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit grundsätzlich in Frage zu stellen. Bedauerlich ist hierbei, daß einige Radikaldemokraten ähnlichen Verdrängungsmechanismen unterworfen sind wie ihre Väter und Großväter.

Ähnlich verhält es sich mit dem Argument, Vergangenheitsaufarbeitung nütze nur der jeweils anderen Seite, seinerzeit dem Kommunismus und heutzutage der Rechten. Ein solch instrumentell-funktionales Geschichtsverständnis, welches letztendlich dem Bedürfnis nach unkritischer Selbstidentifikation dient, widerspricht aber grundsätzlich einem tatsächlich emanzipativen Anspruch an Politik. Unzutreffend ist die Behauptung, daß durch die kritische Aufarbeitung der Diktaturerfahrung den Menschen der Rest ihrer Würde genommen werde, um alles in den Schmutz zu ziehen, was DDR gewesen sei. „Die rücksichtslose Abrechnung mit dem SED-Staat ist keine Vernichtung der Biographie derer, die es ehrlich gemeint haben. Es ist im Gegenteil die einzige

Chance zur Rettung ihrer Biographie“ (Mitter/Wolle: Untergang auf Raten, München 1993, S. 9).

Diskreditierung der Vergangenheitsaufarbeitung

Mit der Diskreditierung der Vergangenheitsaufarbeitung steigt auch der innergesellschaftliche und innerpolitische Konformitätsdruck. Angepaßtes Verhalten wird dadurch nicht nur zum Regelverhalten, sondern fatalistisch auch zur einzig denkbaren vernünftigen Verhaltensweise deklariert. Die Möglichkeiten, durch eigenes Handeln etwas zu bewirken, werden bewußt kleingeredet und gesellschaftliche Passivität legitimiert. Wenn individuelle Verantwortung einzufordern als „moralischer Ri-

Schwer erträglich ist die Diffamierung der Opfer als Ruhestörer und Hindernis für den gesellschaftlichen Frieden. Erneut werden sie dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

gorismus“ diffamiert wird, erfährt konformes Verhalten folglich auch moralische Aufwertung. Welche Auswirkungen dies hat, kann man bereits jetzt feststellen.

1. Im Vorwort zu Walter Jankas Kriminaldokumentation „Die Unterwerfung“ fragt Günter Kunert: „Warum haben wir - nahezu blind - geglaubt, die Wahrheit würde sich von allein durchsetzen?“ Ist es so, daß die „Kraft und der Wahrheitsgehalt von Argumenten überschätzt und die Einsichtsfähigkeit und Vernunft von Machthabern unterschätzt worden ist?“ Walter Janka ging es um die Wahrheit, die er nicht durch falsche Geständnisse austauschen wollte. Dafür erlitt er vier Jahre Zuchthaus in Bautzen. Warum aber schwiegen sie alle - die prominenten Mitwisser, die die Wahrheit kannten und dennoch Janka allein ließen in seinem „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ (Havel)? War es tatsächlich die falsch verstandene Loyalität zur SED, wie Stephan Heym vermutet? Oder waren es nicht doch eher Feigheit, man-

gelnde Zivilcourage und Selbsthaß, weil W. Janka ihnen den Spiegel vorhielt?

2. Bürgerrechtler finden in den Stasi-Unterlagen Spitzelberichte eines heute in der Politik an führender Stelle agierenden Juristen. Die Registriernummern stimmen überein. Aber er kann sich an nichts erinnern. Wer hat ihn zum Maulwurf gemacht - ihn um das Bewußtsein seines eigenen Ichs gebracht? Führten zwanzig Jahre Karriere als Anwalt im SED-Staat zum Gedächtnisschwund? Warum werden gerade die perfiden Bearbeitungs- und Zersetzungsmaßnahmen des MfS gegenüber den „Feinden“ des Systems in ihrer zerstörerischen Wirkung heruntergespielt? Ralph Giordano kommt alles „urbekannt vor aus der Zeit nach 1945: keiner war Nazi, niemand Denunziant, jeder Widerstandskämpfer.“ Nein, Giordano wirft die „Scheußlichkeit des real existierenden Sozialismus nicht in einen Geschichtsstopf mit dem singulären Holocaust- und Auschwitzstaat der Nazis.“ Aber er stellt überrascht fest, „daß die Internationale der Verdränger überall das gleiche entstellte Antlitz zeigt; statt zu gestehen, verteidigt sie sich.“ Giordano fordert sie auf: „erlöst nicht nur Eure Opfer, sondern vor allem Euch selbst mit der Wahrheit.“

Ehemalige Täter stellen sich heute als verfolgte Unschuld dar. Der Normalbürger beobachtet ein Phänomen: Gut über den Zusammenbruch der SED-Diktatur hinweggekommene ehemalige Verantwortliche tun so, als wären sie die Benachteiligten und Verfolgten - um noch heimtückischer die Opfer als „Hexenjäger“ diffamieren zu können.

3. Vergangenheitsaufarbeitung lassen manche Zeitgenossen fallen wie eine heiße Kartoffel. Ein Ostberliner Ehepaar legt Beweise vor, eine noch immer tätige Schuldirektorin hat in der DDR der Tochter die Ausbildung als Kindergärtnerin verwehrt. Obwohl der zuständige Senator eingeschaltet wird, schützt der zuständige PDS-Bezirksrat diese Direktorin vor den Konsequenzen ihres Tuns. Das Vertrauen der Eltern zu den staatlichen Institutionen bleibt durch den Mißbrauch ihres Vertrauens nachhaltig gestört. Verantwortung für schuldhaftes Verhalten einzufordern, setzt heute wie damals Zivilcourage voraus.

4. Erfolglos kämpfen Bürgerinitiativen zwei Jahre lang für die Entlassung der umstrittenen Direktorin eines Ostberliner Arbeitsamtes. Früher Bezirksstadträtin, SED-Mitglied und Nomenklaturka-

der, hatte sie mit dafür gesorgt, in „ihrem“ Arbeitsamt nachweisbar 21 ehemalige führende SED-Kader in leitenden Positionen unterzubringen. Nach Protesten aus der Bevölkerung, die dort ehemalige Peiniger wiedererkannt hatten, wurden lediglich einige „unzumutbare“ Personen in Abteilungen ohne Publikumsverkehr versetzt. Auch der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes wollte sich mit dieser Bagatellisierung der berechtigten Bürgeranliegen nicht zufriedengeben und verweigerte die Zustimmung zur beantragten Verbeamtung der ehemaligen SED-Frau. Dies hinderte die Bundesanstalt in Nürnberg nicht daran, die Ex-Direktorin jetzt mit dem Aufbau von Arbeitsämtern in den baltischen Staaten zu betrauen. Abgeordneten, die dagegen protestierten, wurde von der Bundesanstalt bedeutet, sie sollten sich nicht einmischen. Wer früher die Fähigkeit zur Unterwerfung perfektionierte, kann damit heute Erfolge feiern und unter Ausnutzung des Rechtsstaates hochbefördert werden. Widerspenstige werden heute wie damals marginalisiert.

5. Einem Zwickauer Pfarrer, der sich um die Aufklärung von fehlerhaftem Verhalten der Amtskirche in der DDR-Zeit bemüht, wird mit fadenscheiniger Begründung die beantragte Forschungsmöglichkeit in den Akten-Hinterlassenschaften des MfS untersagt. Es gelingt ihm nur mühsam durch große Beharrlichkeit und Unterstützung einiger weniger Politiker, diese Forschungen dennoch durchzuführen. Er schreibt: „Zwar wird gegenwärtig das Interesse für diese Geschichtsforschung immer geringer, aber ich bin gewiß, daß die Zeit kommen wird, in der die Kinder und Enkelkinder fragen werden: Was ist eigentlich alles passiert? Es geht darum, nicht nur Fakten einer vergangenen Zeit zu präsentieren, sondern auch die einstigen Strukturen und Verflechtungen der Macht, die sich bis heute auswirken, aufzuzeigen. Unter der unendlichen Decke der Versöhnung soll alles verschwinden. Jedoch der Weg einer Versöhnung kann nur beschritten werden, wenn zuerst erkennbar wird, was an Schuld und Vergehen vorliegt. Versöhnung ist stets konkret. Sie kann nie im Gießkannenprinzip für alle und alles ausgegossen werden.“

Weiterhin werden also unbequeme Menschen und ihre Angebote an uns nicht als Chance und Anstoß für unser Gemeinwohl betrachtet. Stattdessen erhebt sich der Vorwurf, sie seien Störenfriede. Sollt' wir uns bewußt

sein, daß gerade die von ihnen oft vorgelebten demokratischen Sekundärtugenden, wie Eigensinn, Zivilcourage und Mut zum Widerspruch zum unverzichtbaren Wertefundament unserer Demokratie gehören. Gerade die demokratische Revolution von 1989 hat gezeigt, daß dies keine leere Floskel ist. Vielmehr wird dadurch der demokratische Gründungsakt erst ermöglicht. Zivilcourage war die zentrale Grundvoraussetzung für die Herstellung eines demokratischen Gemeinwesens. Diese gelebten Erfahrungen gilt es zu bewahren.

Notwendigkeit demokratischen Neubeginns

Es bleibt aber die Frage, warum das Erbe der Revolution nur der vordergründigen Legitimation des deutschen Vereinigungsprozesses diene. Denn viele Vereinigungsprobleme resultieren auch aus der mangelhaften Anerkennung des gemeinsamen demokratischen Neubeginns. Bislang herrscht die Vorstellung, nur die Ostdeutschen würden einen Neuanfang machen müssen. Es bleibt ein schwerwiegender Fehler des inneren Vereinigungsprozesses, diesen Neubeginn nicht auch auf höchster staatspolitischer Ebene nachzuvollziehen.

Mit den Entscheidungen im Herbst 1989 und den daraus geschaffenen Bedingungen des inneren Vereinigungsprozesses sind „Hypotheken“ entstanden, die das Zusammenwachsen beider deutscher Gesellschaften zu einer modernen Zivilgesellschaft, die Auffrischung der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland und deren Festigung in Ostdeutschland belasten. Diese Belastungen werden zu der „demokratischen Frage“ in der entstehenden Berliner Republik:

1. Es fehlt ein symbolisch konstitutiver Gründungsakt, in dem Ost- und Westdeutsche sich gegenseitig ihren neuen Staat und die gemeinsamen Aufgaben anerkennen.
2. Es gibt zahlreiche Versuche politisch konservativ eingestellter Kreise, die demokratische Revolution und die demokratischen Revolutionäre voneinander zu trennen. Erst damit kann die Bürgerbewegung instrumentalisiert werden, ohne daß der weitaus wichtigere emanzipative und modernisierende Gehalt der Bürgerbewegung störend wirkt: Bürgerbewegung in Ostdeutschland war und ist eben nicht „Protest ohne Perspektive“ gewesen.

3. Dem Versuch der Union und des Bundeskanzlers muß widersprochen werden, sich die Vereinigung parteipolitisch anzueignen, die eigene Rolle zu verklären und den de facto „Neugründungsakt“ eines grundlegend veränderten Staates sowie die Wiedervereinigung zur Legitimierung eines konservativen Geschichtsbildes zu nutzen.

4. Die Ostdeutschen haben vielfach ein gebrochenes Verhältnis zu den demokratischen Institutionen des neuen Staates entwickelt. Westdeutsche sind nur wenig kritikfähig der alten Bundesrepublik gegenüber. Unerfüllbare Erwartungen (durch die Bundesregierung geweckt) sind schwere Bürden für die Entwicklung demokratischen Engagements.

Gerade die bürgerbewegten Grundlagen der demokratischen Revolution stellen ein unverzichtbares Potential zur Ablösung dieser Einheitshypotheken dar. Jenseits von DDR-Nostalgie, wie sie von Teilen der PDS kultiviert wird, und unkritischer Idealisierung der Verhältnisse in der alten Bundesrepublik gab die Bürgerbewegung Anstöße zur demokratischen Erneuerung.

Jene Menschen, die sich im Herbst 1989 auf die Straße gewagt, die neue, unabhängige politische Organisationen gegründet haben, die trotz aller Unsicherheit und Gefahr und der konkreten Gegenreaktionen des strauchelnden alten Regimes die kompromißlose Ablösung des alten Herrschaftssystems gefordert haben, „stehen“, wie Jürgen Habermas es ausdrückte, „in den besten Traditionen deutscher Politik und Geschichte“.

So gehört das Einfordern von Verantwortung und Rechenschaft von den Handelnden, die Prüfung von Glaubwürdigkeit und Bürgernähe auch weiterhin zu den wesentlichen Voraussetzungen demokratischer Politik. Die Anerkennung dieser Fragen und die Vertiefung der Aufklärung der Vergangenheit - und nicht ein leichtfertig ausgesprochener Schlußstrich oder gar die Verklärung der Vergangenheit - schaffen die Grundbedingungen für die Festigung der parlamentarischen Demokratie - wohl gemerkt nicht nur in Ostdeutschland.

Der Staat hat in den letzten Jahren in den theoretischen und politischen Debatten der Linken keine besonders große Rolle gespielt - zu Unrecht, wie wir meinen. Derweil haben die Konservativen und Liberalen den Staat weniger abgebaut - was sie zwar propagieren, aber in Anbetracht seiner zentralen Rolle für die Gewährleistung gesellschaftlicher Stabilität und ökonomischer Entwicklungsfähigkeit gar nicht durchhalten könnten -, als vielmehr seine immer ungeschminktere Indienstnahme für die Interessen des weltmarktorientierten Kapitals vorangetrieben.

Zu Beginn unseres Heftschwerpunkts gibt Bob Jessop einen Überblick über die marxistische (und auch nichtmarxistische) Diskussion über den Staat seit dem 2. Weltkrieg. Was der kapitalistische Staat ist, wie er sich aus der gesellschaftlichen Praxis konstituiert, wie er funktioniert und seine Mächte verflochten sind mit der Gesellschaft und der Ökonomie und welche strategischen Konsequenzen für die Linke daraus zu ziehen sind, das sind dabei zentrale Fragestellungen.

Joachim Hirsch widmet sich dem aktuellen, unter dem Druck der Krise des Fordismus ablaufenden Form- und Funktionswandel des Staates vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat hin zum „Schumpeterianischen Leistungsstaat“ (so Bob Jessop 1992) oder „nationalen Wettbewerbsstaat“, und geht der Frage nach, was diese Entwicklung für die Perspektiven der Demokratie und die Möglichkeiten linker Politik im nationalen wie globalen Maßstab bedeutet. Daß sein dabei entwickelter Anti-Etatismus und Orientierung auf autonome Basisorganisation einseitig sei und übers Ziel hinausschieße, diese Gegenposition wird in der nächsten Ausgabe der spw Ralf Krämer vertreten - vielleicht als Beginn einer weiteren Debatte.

Der Rolle die (Volks-)Parteien im Rahmen des fordistisch geprägten Staates und für die Kleinarbeitung alternativer politischer Potentiale wendet sich Frieder Otto Wolf zu. Welche Veränderungen vollziehen sich durch das Ende der „Schönwetter-Demokratie“ und andererseits die Entwicklung der Grünen? Was sind die Bedingungen für eine politische Trendwende und was sind die Perspektiven und Subjekte einer alternativen Linken? Damit sind grundsätzliche strategische Fragen angesprochen, die im spw-Zusammenhang vor allem unter den Stichworten der notwendigen Formierung eines „Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ bzw. eines „Umbaublocks“ diskutiert werden und uns auch in kommenden Heften beschäftigen werden.

Die spw-Redaktion

Der Staat im marxistischen Denken der Nachkriegszeit

von Bob Jessop*

Wer liest heute noch Staatstheorie? Verglichen mit den komplexen und fieberhaften marxistischen und marxistisch-feministischen Debatten in den 1970er Jahren über die Formen und Funktionen des modernen Staates sind Versuche, den kapitalistischen Staat theoretisch zu fassen - ob als abstraktes Objekt oder als ein Objekt politischer Klassenkämpfe - nicht mehr besonders beliebt. Mehrere Faktoren erklären diesen Zustand.

Erster Faktor ist die Vertiefung der allgemeinen Krise des Marxismus und der kommunistischen Bewegung seit Mitte der siebziger Jahre. Das Ableben des Staatssozialismus im Sowjetblock, der Aufstieg des Neoliberalismus im Westen und die postmoderne Zurückweisung „großer Theorien“ haben ebenso dazu beigetragen, die Anziehungskraft marxistischen Denkens zu reduzieren.

Zweitens hat sich das Interesse von Sozialwissenschaftlern und Intellektuellen den verschiedenen Besonderheiten

des Kapitalismus (z.B. dem historischen Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, den unterschiedlichen Typen des zeitgenössischen Kapitalismus und politischer Regime, Wechselwirkungen zwischen Globalem und Lokalem) und diskurs- und kulturwissenschaftlichen Forschungen (z.B. populäre Kultur, identity politics, die Informationsgesellschaft, Cyberspace) zugewandt. In solchen Zusammenhängen wird der Staat als zunehmend irrelevant (die Krise des Nationalstaats, die Bedeutung der Globalisierung) oder als eine kulturelle oder diskursive Konstruktion (als imaginäre politische Gemeinschaft, als Ort von Regierungsrationalität) angesehen, oder einfach noch einmal mit konventionellen bürgerlichen Kategorien (als ein scheinbares Subjekt [i.O.: „virtual subject“]), als ein mehr oder weniger neutrales Instrument, als eine unzulänglich realisierte demokratische Republik, etc.) untersucht.

Drittens hat der Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen und einer die Identität der Subjekte in den Mittelpunkt stellenden Politik die Aufmerksamkeit gegenüber dem Klassencharakter des Staates und dem Klassenkampf insge-

samt untergraben und zahlreiche Themen aufgegriffen, die aus heutiger Sicht bei den früheren Kontroversen über den Staat vernachlässigt worden sind. Aber der Wechsel der Moden ist kein guter Grund, die fortdauernde politische Bedeutung einiger Schlüsselthemen der früheren Staatsdebatten außer Acht zu lassen.

1. Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Der Staat ist über lange Zeit hinweg eine zentrale Kategorie marxistischer Analyse und ein primäres Objekt im Klassenkampf gewesen. Dennoch bezieht sich der vorliegende Beitrag nur auf die neueren Debatten und muß die Vorkriegsdebatten weitgehend ausblenden. Bevor Marxisten während der 60er Jahre die Wiederbelebung der Staatsdebatte anführten, war die allgemeine politische Debatte von der konstitutionellen Sichtweise des Staates als einem neutralen Subjekt oder Instrument politischer Reformen dominiert. Eine einflussreiche Ausnahme auf der Linken war die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus.

* Bob Jessop, Professor für Soziologie an der Universität Lancaster, GB. Übersetzung: Edgar Göll, Berlin

Dieser Ansatz - während des ersten Weltkrieges entwickelt, um den Kriegskapitalismus und Kriegssozialismus zu beschreiben - wurde von orthodoxen marxistisch-leninistischen Theoretikern zwischen den 1950er und 1970er Jahren modifiziert, um die besonderen Merkmale des Nachkriegskapitalismus erfassen zu können. Er „erklärte“ das unerwartete Ausbleiben einer wirtschaftlichen Katastrophe und politischer Erhebungen, die eigentlich für die Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erwartet worden waren. Ein zusammenfassender Umriss der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus würde folgendermaßen lauten: Freie Konkurrenz führt zur Konzentration und Zentralisation von Kapital und bringt Monopole von Industrie- und Bankkapital hervor. Diese erzielen üblicherweise Extraprofite, die eher aus ihrer ökonomischen und politischen Macht als aus ihrer ökonomischen Effizienz resultieren.

Sobald das Monopolkapital mit dem Staat verflochten ist, kann es seine wirtschaftliche Vorherrschaft durch politisch vermittelte Transfers von Einkommen und Reichtum zu Lasten des kleinen und mittleren Kapitals, des Kleinbürgertums, der Bauern und Arbeiter, und durch den Gebrauch der Staatsmacht zur Förderung seiner eigenen Interessen festigen. Zu den vom Monopolkapital dafür genutzten Mechanismen gehören die ungleiche Verteilung der Besteuerung und Steuererleichterungen, staatliche Kredit- und Geldpolitik, öffentliche Ausgaben zum Vorteil des Monopolkapitals, die Nationalisierung von Schlüsselsektoren der Infrastruktur, um dem Monopolkapital verdeckte Produktionskostenvorteile zu verschaffen, die diskriminierende Festlegung von Einfuhrquoten und Zöllen, und ein Rüstungswettlauf, mit dem die Entwicklung eines „Militärisch-Industriellen-Komplexes“ gefördert wird. Außerdem trug der Staat mittels ökonomischer Prognose, Programmierung, Planung, keynesianischer Nachfragesteuerung, Einkommenspolitik usw. dazu bei, den Konjunkturzyklus abzuflachen. Obgleich solche Aktivitäten die zyklischen Ausschläge abschwächen mögen, verstärken sie die stagnativen Tendenzen. Diesen wiederum wird, mit langfristig inflationären Folgen, durch verstärkte Defizitfinanzierung begegnet. Dies führt schließlich zu einer manifesten Finanzkrise des Staates, zu Widerstand gegen den Staat, und zu einer Überlastung der

Akkumulation durch unproduktive Staatsaktivitäten.

Obwohl staatsmonopolistische Eingriffe meist die Macht und Profitgier des Monopolkapitals reflektieren, sind sie auch durch objektive Tendenzen und Imperative des modernen Kapitalismus bedingt. Insbesondere sind sie eine Reaktion auf den fundamentalen Widerspruch zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der materiellen und intellektuellen Produktivkräfte und der weiterhin privaten Aneignung der Profite. Zu diesem Zwecke interveniert der Staat, um eine kontinuierlicher Produktion zu sichern, die Nachfrage und die Produktionskapazitäten aufeinander abzustimmen, und um Investitionen in Industrien mit hohen Fixkosten, langen Umschlagsperioden, langen Amortisationszeiten und unsicheren Gewinnen zu garantieren.

Krise und Niedergang der westlichen kommunistischen Parteien und der Kollaps des real existierenden Kommunismus haben die Beschäftigung mit StamoKap (Abk. für Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Anm. der Red.) weitgehend zerstört. Die politische Anziehungskraft der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus - ihre Begründung für ein antimonopolistisches Volksfrontbündnis mit kleinem und mittlerem Kapital und Kleinbürgertum, Bauern und Arbeitern - verlor schon vor langer Zeit politischen Anklang. Seit den 1970er Jahren ist nur wenig erwähnenswerte theoretische Arbeit auf diesem Feld geleistet worden - mit Ausnahme der Untersuchung staatsmonopolistischer Komplexe in einem weiten Spektrum von Sektoren.

Nichtsdestotrotz lieferte dieser Ansatz in seinen ausgefeilteren Versionen einen interessanten Einblick in die Natur und die Grenzen des Klassencharakters des fordistischen Staates der Nachkriegszeit und seiner typischen Interventionsformen. Und obwohl der StamoKap-Ansatz sich für die Erklärung der aktuellen Krise des atlantischen Fordismus und des darauf folgenden Wandels zu einem „Wettbewerbsstaat“ als weniger adäquat erwiesen hat, ist dies eine Schwäche, die er mit zahlreichen anderen Paradigmen teilt. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß einige seiner Erkenntnisse der Artikulation kapitalistischer Wachstumsdynamik und Staatsintervention nicht umgearbeitet werden könnten, um eine interessante und politisch relevante Analyse der jet-

zigen Veränderungen des kapitalistischen Staates zu liefern. Aber seine politischen Schlußfolgerungen müssen im Lichte der neuen sozialen Grundlagen und gesellschaftlichen Antagonismen des heutigen Staates aktualisiert werden.

2. Die Staatsableitungsdebatte

Die (v.a. in Deutschland geführte, Anm. der Red.) „Staatsableitungsdebatte“ entwickelte sich in den frühen 1970er Jahren. In theoretischer Hinsicht war sie durch zwei Fragestellungen geprägt: nach dem Wesen der marxistischen Methode in der politischen Ökonomie und nach dem Wesen des Staates im „Spät“kapitalismus. In politischer Hinsicht war das Wesen des Staates auch von zentraler Bedeutung für die politische Strategie - insbesondere für eine Studentenbewegung, die versuchte, eine Alternative sowohl gegenüber den autoritären Tendenzen in der zeitgenössischen Bundesrepublik als auch gegenüber dem sozialdemokratischen Reformismus zu entwickeln. Und tatsächlich war der Staat „das beherrschende Thema innerlinker Kontroversen“ (Rudel 1981). Die Staatsableiter versuchten, den modernen Staat durch eine fortschreitende Bewegung von seinen abstraktesten Bestimmungen hin zu seinen vielfältigen und nicht vorbestimmten Formen und Funktionen in bestimmten Fällen zu begreifen. Sie versuchten, die abstraktesten Bestimmungen des Staates abzuleiten, um nachzuweisen, daß der Staat in jeder kapitalistischen Gesellschaft unausweichlich ein kapitalistischer Staat sei, und so vor naivem Vertrauen in den Reformismus zu warnen.

Trotz all ihrer Lebendigkeit und Energie brach die Debatte darüber in den späten 1970er Jahren ab. Das hing mit der Fülle konkurrierender Ausgangspunkte zusammen, mit der Überbetonung hochabstrakten Theoretisierens, die die historische Unterschiedlichkeit politischer Regime mißachtete, und mit der prinzipiell negativen Haltung gegenüber der Mobilisierung für politische Reformen aufgrund der Annahme, daß diese unausweichlich zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung beitragen würden. Von einigen wenigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, sind die individuellen Beiträge zu dieser Debatte im Dunst der Zeit verloren gegangen. Aber zwei relevante theoretische Einsichten sollten in Erinnerung



Köln-Weiss. Foto Stephan Hoppe

gerufen und ihre politischen Implikationen beachtet werden:

Erstens, mit der Abkehr von funktionaler Analyse hin zur Formanalyse entdeckten die marxistischen Staatstheoretiker, daß die Form die Funktion beeinflusst. Ein großer Teil ihrer anfänglichen Arbeiten war damit beschäftigt, die notwendige Form des Staates von den verschiedenen Funktionen abzuleiten, die er im Sinne des Kapitals anscheinend zu erfüllen hatte. Entsprechend dieser Sichtweise muß die Form der Funktion folgen. Aber spätere Arbeiten tendierten dazu, zu untersuchen, inwiefern die zugrunde liegende Form eines Staates Probleme für seine Funktionalität für die Akkumulation des Kapitals und die politische Klassenherrschaft mit sich bringt. So betrachtet, könnte die *Dysfunktion* durchaus der Form folgen. Die institutionelle Trennung des Staates von der Ökonomie, welche ein wichtiges Charaktermerkmal kapitalistischer Gesellschaften darstellt, führt zur Dominanz unterschiedlicher (und potentiell widersprüchlicher) institutioneller Logiken und Kalkulationsweisen im Staat und in der Ökonomie. Es gibt keinerlei Garantie dafür, daß die politischen Ergebnisse den Bedürfnissen des Kapitals dienen, und dies eröffnet den Raum für politische Kämpfe, die die strukturellen und strategischen Schwächen spezifischer Regime ausnutzen können. Diese Schlußfolgerung regte Arbeiten über strukturelle Widersprüche, strategische Dilemmata und vom Entwicklungspfad der Gesellschaft abhängige (also historisch bedingte) Veränderungen von spezifischen Staatsformen an. Dies hat seither zu detaillierteren Einsichten in die komplexen Wechselbeziehungen zwischen sozialen Kämpfen und Institutionen geführt.

Zweitens begannen Marxisten, den Staat als eine komplexe soziale Beziehung zu untersuchen. Es wurden zunehmend die strukturellen Selektionsmuster der unterschiedlichen Staaten betont und die Faktoren, die ihre strategischen Kapazitäten prägen. Strukturelle Selektivität bezieht sich auf die Art und Weise, in denen der Staat als ein Ensemble von Institutionen einen spezifischen, differenzierten Einfluß auf die Möglichkeiten verschiedener politischer Kräfte ausübt, ihre partikularen Interessen und Strategien innerhalb des Staates und durch Zugang zu und Kontrolle über gegebene Staatskapazitäten zu verfolgen - die wiederum in ihren Wirkungen selbst immer

abhängig sind von ihren Beziehungen zu Kräften und Mächten jenseits des Staates. Mehr Beachtung wurde auch der Veränderlichkeit dieser Kapazitäten, ihrer Organisation und ihrer Anwendung geschenkt. Dies führte zu einer stärkeren Betonung der auf gesellschaftlichen Beziehungen beruhenden Natur staatlicher Macht (siehe weiter unten) und der Fähigkeiten von Staaten, ihre Macht in gesellschaftliche Bereiche jenseits ihrer eigenen institutionellen Grenzen einzubringen.

3. Nicos Poulantzas

Ähnliche Ideen waren zwischenzeitlich in Frankreich von Nicos Poulantzas entwickelt worden, dem wichtigsten einzelnen marxistischen Staatstheoretiker der Nachkriegsperiode. Sein einflussreiches Frühwerk über den kapitalistischen Staat (*Political Power and Social Classes*, 1968) bezog sich erfolgreich auf drei wesentliche Themen der marxistischen und der institutionellen Analyse. Als erstes leitete er die institutionelle Trennung zwischen der kapitalistischen Ökonomie und dem bürgerlichen Staat aus der speziellen Konfiguration der ökonomischen, politischen und ideologischen Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise ab. Dann diskutierte er die institutionellen Grundlagen der relativen Autonomie des Staates in seiner besonderen Form als souveräner Staat, der auf der Herrschaft der Gesetze statt auf einer offenen Monopolisierung von Klassenherrschaft gegründet ist. Daran schloß er - teilweise angeregt durch Gramsci - Ausführungen über die speziellen Merkmale eines politischen Klassenkampfes an, der auf die „national-populäre Hegemonie“ über die individuellen Bürgerinnen und Bürger der Zivilgesellschaft gerichtet ist. Diese drei Elemente existierten in seiner Analyse eher unverbunden nebeneinander mit dem Ergebnis, daß die relative Autonomie des Staates manchmal nicht mehr bedeutete als eine strukturell eingeschriebene Garantie kapitalistischer Herrschaft, und manchmal wiederum schien es, als würde ein politischer Raum geöffnet für effektive Kämpfe der Arbeiterklasse.

Unter dem Einfluß der politischen Entwicklungen konzentrierte sich Poulantzas anschließend auf strategische Themen und begann die oben bereits erwähnte Idee zu verfolgen, daß der Staat ein soziales Verhältnis darstellt. Dieses Erkenntnis war sein wichtigster Beitrag

zum Marxismus. Letztlich bedeutet dies, daß die Staatsmacht als eine institutionell vermittelte Verdichtung der wechselnden Kräftegleichgewichte im politischen Klassenkampf interpretiert werden sollte. Obgleich die Darstellung in seinem letzten wichtigen Werk über Staatstheorie (*Staatsmacht*, 1978) mit Foucaultscher Begrifflichkeit „kocketiert“, ist Poulantzas hier tatsächlich zu dem revolutionären Materialismus des Marxschen „Kapital“ zurückgekehrt. Denn dort hatte Marx die These entwickelt, daß das Kapital ein soziales Verhältnis sei, und erforscht, wie die fortgesetzte Reproduktion der materiellen und institutionellen Formen des Kapitals die Dynamik der Kapitalakkumulation und die ökonomischen Klassenkämpfe prägt.

Poulantzas fundamentale Rückkehr zur Marxschen Formanalyse beinhaltete jedoch auch eine teilweise Bewegung über Marx hinaus durch seinen Versuch, die Frage nach dem Staat mit traditionellen marxistischen ökonomischen Denkmustern zu formulieren. Obwohl dieser Aspekt in Poulantzas Frühwerk durch die einseitige Konzentration auf die entscheidende Rolle des Staates in politischen Klassenkämpfen weitgehend ignoriert worden war, überarbeitete er später das Marxsche Konzept der „erweiterten ökonomischen Reproduktion“, um den sozial eingebetteten, gesellschaftlich regulierten Charakter der ökonomischen Beziehungen zu berücksichtigen. Insbesondere beachtete er die zentrale organisatorische Rolle des Staates für die Sicherung der zeitlichen, räumlichen und anderen sozialen Bedingungen, unter denen die konflikthafte und krisengetriebene Selbstverwertung des Kapitals voranschreiten kann.

Die These, daß der Staat eine soziale Beziehung ist, ist theoretisch und politisch äußerst wichtig. Dadurch werden die irreführenden Annahmen, daß der Staat ein dingliches Instrument oder ein planendes Subjekt sei, eindeutig zurückgewiesen. Denn als ein institutionelles Ensemble oder ein Komplex politischer Wirkungsmöglichkeiten und Ressourcen betrachtet, ist der Staat weit entfernt von einem passiven oder klassenneutralen Instrumentarium. Aufgrund der strukturellen Selektivität, durch welche staatliche Institutionen, Kapazitäten und Ressourcen für einige politische Kräfte zugänglicher und für einige Zwecke nutzbarer sind als für andere, weist er immer schon einen Klassencharakter

auf. Dieser Klassencharakter wurzelt in der Wesensform des kapitalistischen Staates, variiert aber mit seiner institutionellen Struktur. Da er kein Subjekt ist, übt der kapitalistische Staat auch keine Macht aus und kann dies auch gar nicht tun. Stattdessen werden seine Mächte (im Plural) unter spezifischen Bedingungen durch wechselnde Netzwerke von Politikern und Staatsfunktionären aktiviert, die in spezifischen Bereichen des Staatsapparates plazierte sind.

Sollte bei der Ausübung dieser Mächte jemals eine gesamtstrategische Linie erkennbar sein, ist dies das Resultat einer strategischen Koordination, die ermöglicht wird durch die Selektivität des staatlichen Systems und die organisatorische Rolle parallel dazu arbeitender Machtnetzwerke, die sich damit überschneiden und dadurch seine formale Struktur vereinheitlichen. Dies stellt eine unwahrscheinliche Leistung dar, denn das System des Staates ist notwendigerweise durchdrungen von Widersprüchen und Klassenkämpfen, und die politischen Repräsentanten, die in ihm wirken, stoßen immer wieder auf Widerstand spezifischer Mächte jenseits des Staates, die an Kämpfen beteiligt sind, den Staat umzugestalten, seine Politiken zu bestimmen, oder einfach ihn von außen zu beeinflussen.

Wenn man diese Analyse akzeptiert, folgt daraus, daß der politische Klassenkampf nie abgeschlossen ist. Nur durch seine kontinuierliche Fortsetzung kann ein kapitalistischer Machtblock seine relative Einheit gegenüber seinen Tendenzen zu Rivalität und Fraktionierung aufrechterhalten und seine Hegemonie - oder zumindest seine Dominanz - über die Volksmassen behaupten. Und lediglich durch eine Zerstörung der strategischen Selektivität des kapitalistischen Staates durch Massenkämpfe außerhalb und innerhalb des Staates und zu seiner Transformation könnte ein demokratischer Wandel zu einem demokratischen Sozialismus erreicht werden.

4. Ein wichtiger Anachronismus - Die Wiederentdeckung Gramscis

Obwohl Gramscis Schriften vor dem zweiten Weltkrieg datiert sind, wurden seine Beiträge zur Staatstheorie (im Gegensatz zu denen zur italienischen Politik) erst in den 1960er Jahren umfassend

gewürdigt. Sein Werk ist fast das einzige der marxistischen Staatstheoretiker der Nachkriegszeit, das in den 90er Jahren noch verbreitete kritische Beachtung findet. In dieser Hinsicht ist es sicherlich kein Zufall, daß Gramsci die konkreten Modalitäten staatlicher Macht untersuchte, statt über den kapitalistischen Staat im allgemeinen zu theoretisieren. Er verwies darauf, daß er sich in seinen Arbeiten mit dem „*stato integrale*“, das heißt dem Staat im weiteren Sinne befaßte. Den Staat im engeren Sinne identifizierte er mit dem politisch-juristischen Apparat, den verfassungsmäßigen und institutionellen Merkmalen von Regierungstätigkeit, ihren formalen Entscheidungsverfahren und allgemeinen Politikinhaltungen. Dagegen konzentrierte sich sein eigenes Werk auf die unterschiedlichen Mittel und Wege, durch die politische, intellektuelle und moralische Führung durch ein komplexes Ensemble von Institutionen, Organisationen und

Die Staatsmacht sollte als eine institutionell vermittelte Verdichtung der wechselnden Kräftegleichgewichte im politischen Klassenkampf interpretiert werden.

von Kräften vermittelt wird. Diese wirken im Staat im engeren Sinne, auf ihn gerichtet oder in einem gewissen Abstand zu ihm.

Dieser Ansatz kommt in seiner umstrittenen Definition vom (integralen) Staat als „politische Gesellschaft plus zivile Gesellschaft“ zum Ausdruck und in seiner damit verbundenen Ansicht, daß die staatliche Macht in westlich kapitalistischen Gesellschaften auf „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ beruhe. Statt spezifische Institutionen und Apparate lediglich als technische Instrumente der Regierung zu behandeln, setzte sich Gramsci mit ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen auseinander und betonte, wie ihre Funktionen und Wirkungen durch ihre Verbindungen zum ökonomischen System und zur Zivilgesellschaft geprägt werden.

Gramscis Werk litt unter seiner Vernachlässigung organisatorischer Formen des kapitalistischen Staatstyps zugun-

sten der Untersuchung der historischen Besonderheiten politischer Klassenausinandersetzungen in der Gesellschaft insgesamt. Dieser Mangel kann aber behoben werden, wenn die staatliche Macht im Sinne Poulantzas' als formbestimmte Verdichtung des Kräftegleichgewichts im politischen Klassenkampf verstanden wird. Denn dies würde uns zu der strategischen Selektivität des Staatsapparates und ihren Konsequenzen für den politischen Klassenkampf überleiten. Insgesamt besteht die wichtigste Schlußfolgerung aus den Ideen Gramscis in seiner Betonung der Notwendigkeit, in entwickelten kapitalistischen Demokratien einen langdauernden „Stellungskrieg“ zu führen, in dem die unterdrückten Klassenkräfte einen hegemonialen „kollektiven Willen“ herausbilden würden, der in kreativer Weise ein revolutionäres Projekt entwickelt, das auf den Alltagserfahrungen und dem „gesunden Menschenverstand“ der Volkskräfte aufbaut. Obwohl einige Kommentatoren diese Betonung des politisch-ideologischen Kampfes so auslegen, daß ein parlamentarischer Weg zum Sozialismus möglich sei, hob Gramsci die Wahrscheinlichkeit eines letztendlich eintretenden „Bewegungskrieges“ mit einer militärisch-politischen Lösung hervor. Dieser würde jedoch kürzer, schärfer und weniger blutig verlaufen, wenn zuvor die Hegemonie gewonnen worden sei.

5. Staatszentrierte Theorie

In der Folge nachlassenden Interesses an marxistischer Staatstheorie wurde der Staat von einer Vielzahl anderer theoretischer Strömungen „wiederentdeckt“. Die wahrscheinlich wichtigste davon war die - v.a. in den USA verbreitete - Bewegung, „den Staat zurückzuholen“ als eine zentrale erklärende Variable der Gesellschaftsanalyse. Dieser Ansatz kam von Sozialwissenschaftlern, die meinten, die seit dem Zweiten Weltkrieg vorherrschenden Analyseansätze seien zu sehr „gesellschaftszentriert“ gewesen.

Die „staatszentrierten“ Theoretiker hingegen argumentierten, daß die Aktivitäten und Wirkungen des Staates sehr leicht erklärt werden könnten durch Verweis auf seine eigenen besonderen Eigentümlichkeiten als ein administrativer, polizeilicher oder militärischer Apparat und die ebenfalls besonderen Eigentümlichkeiten des politischen Sy-

stems, das den Staat und das aus der Gemeinschaft solcher Staaten zusammengesetzte geo-politische System umfaßt. Sie wollten zugleich die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Pathologien von Regierung und politischem System (wie z. B. Korruption, Überlastung des Staates, Staatsversagen) und auf die spezifischen Interessen und Handlungsmöglichkeiten der „Staatsmanager“ (Karrierebeamte, Politiker, etc.) im Gegensatz zu anderen sozialen Kräften richten. Dagegen wurden gesellschaftliche Faktoren wenn nicht sogar als gänzlich unwichtig, so doch als sekundär erachtet; und ihr Einfluß auf das Staatsgeschehen werde immer durch das politische System und den Staat selbst gefiltert.

Von marxistischen Theoretikern war die Autonomie des Staates primär hinsichtlich seiner Fähigkeit verstanden worden, die langfristigen kollektiven Interessen des Kapitals auch angesichts von Opposition zu fördern, - eingeschlossen die von partikularen, fraktionellen Kapitalinteressen. Staatszentrierte Theoretiker weisen solche Ideen zurück und meinen stattdessen, daß der Staat seine Autonomie aus sich selbst heraus ausüben und seine eigenen, besonderen Interessen verfolgen kann. In diesem Zusammenhang betonen sie:

(a) die Fähigkeit der Staatsmanager, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen und innerhalb einer zentral organisierten, territorial begrenzten Gesellschaft durchzusetzen, und zwar unabhängig von (und sogar angesichts des Widerstands von) nichtstaatlichen Kräften - insbesondere dort, wo eine pluralistische Vielfalt gesellschaftlicher Kräfte sie mit Manövrierraum ausstattet; und

(b) die Grundlegung dieser Fähigkeit in staatlichen Kapazitäten oder „infrastruktureller“ Macht, das heißt in der Fähigkeit des Staates, seine eigenen spezialisierten Kapazitäten für die Beeinflussung, Kontrolle, Überwachung, polizeiliche Regulierung und die Disziplinierung anderer gesellschaftlicher Subsysteme (einschließlich der Ökonomie), Organisationen (einschließlich kapitalistischer Unternehmen) und Kräfte (einschließlich Klassen) innerhalb seines territorialen Einflußgebietes einzusetzen.

Sie legen zudem großen Wert darauf, daß die Autonomie des Staates kein festgelegtes strukturelles Merkmal für jegliches Regierungssystem darstellt. Sie variieren zwischen Staaten, zwischen Poli-

tikfeldern und über den Zeitablauf hinweg. Dies hängt teilweise mit externen Begrenzungen für die Reichweite autonomer staatlicher Aktivitäten und teilweise mit Unterschieden der Fähigkeiten und der Bereitschaft der Staatsmanager zusammen, eine von nicht-staatlichen Akteuren unabhängige Strategie zu verfolgen. Allgemein betrachtet impliziert dieser Ansatz die Möglichkeit, Reformen der gesellschaftlichen Organisation von oben nach unten durchzusetzen, und tatsächlich legen zahlreiche staatszentrierte Fallstudien die diesbezüglich potentiell hilfreiche Rolle von Staatsmanagern nahe. Er dürfte deshalb wahrscheinlich von Technokraten und sozialdemokratischen Reformern favorisiert werden. An den dunkleren Seiten staatlicher Autonomie bestand allerdings geringeres Interesse.

Trotz seiner Popularität im Mainstream der Politikwissenschaft wohnen dem staatszentrierten Ansatz große Probleme inne. Er beruht auf plumpen Karikaturen anderer Theorien. Mit seinem Fokus auf Staats- und Parteipolitik zu Lasten politischer Kräfte außerhalb und jenseits des Staates ist er einseitig; und er neigt dazu, soziale Formationen (wie Klasse oder Geschlecht oder Rasse) durch Politiker zu ersetzen, Massenpolitik durch Elitenpolitik, soziale Kämpfe durch politische Konflikte. Und sein gravierendstes Problem besteht darin, daß der Ansatz auf einem fundamentalen theoretischen Irrtum beruht: Er geht davon aus, daß es zwischen Staatsapparat und Gesellschaft, Staatsmanagern und gesellschaftlichen Kräften, Staatsmacht und gesellschaftlicher Macht klare und eindeutige Grenzen gibt. Dies impliziert, daß der Staat (oder das politische System) und die Gesellschaft sich gegenseitig ausschließen und selbstbezüglich sind, daß jede der beiden isoliert untersucht werden kann, und vielleicht sogar, daß die daraus resultierenden Analysen kombiniert werden können, um so eine komplette Erklärung zu liefern.

Aber dies verdinglicht und setzt Unterscheidungen absolut, die in Wirklichkeit aus anderen resultieren, partiell, instabil und variabel sind. Es schließt gemischte Logiken aus: den Korporatismus oder Politiknetzwerke, Spaltungen unter Staatsmanagern aufgrund von Beziehungen zwischen Staatsorganen und anderen gesellschaftlichen Sphären, und viele andere Formen von Überschneidungen zwischen Staat und Gesell-

schaft. Wenn aber der Staat nicht eindeutig getrennt ist vom Rest der Gesellschaft, löst sich die Spaltung zwischen staatszentrierten und sogenannten gesellschaftszentrierten Ansätzen auf. Dies wiederum widerlegt die meisten der von den staatszentrierten Theoretikern auf der Grundlage dieser unhaltbaren Unterscheidung aufgestellten Behauptungen.

6. An Foucault orientierte Ansätze

Während die staatszentrierten Theoretiker gehofft hatten, den Staat aus der Kälte wieder hereinholen zu können, warf Foucaults Werk ernste Zweifel auf jegliche Beschäftigung mit dem Staat. Er behauptete, Staatstheorie sei essentialistisch: sie versuche, das Wesen des Staates und der Staatsmacht aus diesen jeweils innewohnenden und vorgegebenen Eigenschaften zu erklären. Stattdessen sollte aber versucht werden, die Entwicklung und die Wirkungsweise des Staates als nicht festgelegtes Ergebnis spezifischer Praktiken zu erklären, die weder notwendigerweise (wenn überhaupt) innerhalb des Staates angesiedelt, noch ausdrücklich auf ihn gerichtet sind. Foucault konstatierte darüber hinaus, daß die Staatstheorie einige mittelalterliche Vorstellungen von einer zentralisierten, monarchischen Souveränität oder einer einheitlichen, juristisch-politischen Macht beibehalten hätte. Anstelle solcher Vorstellungen betonte Foucault die enorme Verstreutheit und Vielgestaltigkeit von Institutionen und Handlungsweisen, die mit der Ausübung von staatlicher Gewalt zusammenhängen, und er bestand darauf, daß viele davon nicht-rechtlicher Art seien. Darüber hinaus meinte er, daß Staatstheoretiker zu sehr mit den Formen souveräner politischer und legaler Macht an der Spitze des Staatsapparates befaßt seien, mit den Diskursen, die die Macht im Zentrum legitimieren, und mit der Reichweite der Eingriffe des souveränen Staates in die Gesellschaft.

Demgegenüber trat Foucault für einen von der Basis nach oben aufsteigenden Ansatz ein, der von den diffusen Formen von Machtbeziehungen in den vielen und unterschiedlichen lokalen und regionalen Orten ausgeht, an denen die Identität und das Verhalten sozialer Akteure tatsächlich geprägt wird. Er beschäftigte sich mehr mit dem, was er als Mikrophysik der Macht bezeichnete, mit den tatsächlichen Praktiken der Unter-

drückung, als mit den makropolitischen Strategien, die Bemühungen, Herrschaft zu erlangen, anleiten. Denn staatliche Macht rührt nicht von der Kontrolle über irgendeine selbständige, materielle, dem Staat eigentümliche Machtquelle her. Sie ist vielmehr das vorläufige und nicht vorbestimmte Ergebnis eines komplexen strategischen Zusammenspiels unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte innerhalb und jenseits des Staates. Die Staatsmacht ist verstreut und bezieht sich auf die Individuen nicht nur als passive Objekte, sondern schließt ihre aktive Mobilisierung ein, und sie kann in äußerst unterschiedlichen Diskursen, Strategien und Institutionen besetzt und artikuliert werden. Kurzum, Macht ist nicht im Staat konzentriert: sie ist allgegenwärtig, in jedweder sozialen Beziehung vorhanden.

Aber Foucault lehnte nicht jegliche Beschäftigung mit der Makrophysik der staatlichen Macht ab. Keineswegs. Aber diese wurde nicht länger gleichgesetzt mit dem in juristisch-politischen Diskursen beschriebenen souveränen Staat: stattdessen betrachtete er den Staat als den Ort von Staatskunst und Regierungsrationalität. Er untersuchte, wie unterschiedliche politische Regime durch Veränderungen der „Regierungsfähigkeit“ entstanden. Foucault interessierte die Kunst des Regierens, eine geschickte, diskursive Praxis, in der staatliche Kapazitäten in reflexiver Weise verwendet wurden, um die Bevölkerung zu überwatchen und mit aller angebrachten Vorsicht im Hinblick auf spezifische Staatsprojekte auszurichten.

An den Ursprüngen des Foucaultschen Staates steht die Staatsräson im Sinne einer gegenüber Religion und Moral autonomen politischen Rationalität. Diese wiederum kann verknüpft werden mit unterschiedlichen Weisen politischer Planung oder Staatsprojekten, etwa denen, die mit dem Polizeistaat, Sozialstaat oder Wohlfahrtsstaat verknüpft sind. Durch diese Regierungsrationalitäten oder Staatsprojekte wurden eher lokale oder regionale Orte der Macht kolonisiert, in mehr und mehr verallgemeinerte Mechanismen und Formen globaler Herrschaft eingebunden, und dann durch das ganze staatliche System aufrechterhalten. Foucault insistierte zudem auf der Erfordernis, die Verbindungen zwischen diesen Formen von Mikromacht und den Mechanismen zur Produktion von Wissen zu erforschen - sei es Wissen zur Überwachung,

zur Gewinnung und Sammlung von Kenntnissen über Individuen, oder zu ihrer Formung zu spezifischen Typen von Subjekten.

Foucaults Werk einzuschätzen ist fast so kompliziert, wie Gramscis Gefängnishefte zu entziffern. Er kodifizierte sein Werk nicht und seine Ansichten wandelten sich mit jeder Untersuchung. Wenn man jedoch seine Ideen über die Allgegenwart von Machtbeziehungen, über die Verbindung von Macht und Wissen, und über Regierungsfähigkeit zusammen betrachtet, bietet Foucault ein wichtiges theoretisches und empirisches Korrektiv zu den eher einseitigen oder essentialistischen Untersuchungen der marxistischen Staatstheorie und zu der Unhinterfragbarkeit des Staates, von der die staatszentrierten Ansätze erfüllt

Die Kombination marxistischer Staatstheorie mit dem regulations-theoretischen Ansatz würde eine solide Grundlage für die Ausarbeitung von Strategien für wirtschaftliche und politische Reformen schaffen.

sind. Allerdings bleibt seine Arbeit durch den Vorwurf angreifbar, daß sie Macht auf eine universelle Technik reduziert und nicht berücksichtigt, wie Klassenbeziehungen den Staat und die allgemeine Ausübung von Macht prägen. Außerdem vernachlässigt Foucaults Arbeit die andauernde Bedeutung von Gesetz, verfassungsmäßiger Gewalt und Bürokratie in der Tätigkeit des modernen Staates. Desweiteren schenkt seine Arbeit unabhängig von seinen Verdiensten, die Aufmerksamkeit auf die Allgegenwart von Macht zu richten, dem Widerstand nur wenig Beachtung (und versperrt damit den Blick auf den behaupteten plebejischen Geist der Revolte).

In politischer Hinsicht scheint Foucaults Arbeit zum Abfeiern unkoordinierter Mikro-Revolutionen in bestimmten Institutionen oder gegen bestimmte Disziplinierungstechniken zu verleiten. Da-

bei ist weniger deutlich, daß ein Spielraum für allgemeine politische Mobilisierung und Widerstand gegen die staatliche Rolle in der strategischen Kodifizierung von Machtverhältnissen besteht. Überdies tendieren an Foucault orientierte Studien immer noch dazu, das komplexe strategische und strukturelle Wesen des Staates und die organisatorischen Voraussetzungen zu übersehen, die dem Staat erst effektive Aktionen ermöglichen, obwohl Foucault selbst später den Staat nochmals untersucht und die Bedeutung der Staatskunst hervorgehoben hatte. Zugleich zeigen sie wenig Interesse gegenüber den verschiedenen Begrenzungen der Kapazitäten selbst des best-ausgestatteten Staates. Beide Aspekte setzen ja auch ein Beachten institutioneller und organisatorischer Faktoren voraus, die über die typischen Konzepte und Annahmen Foucaultscher Art hinausgehen.

7. Neue Aufgabenstellungen?

Neuere Arbeiten über den Staat sind viel vielfältiger als diejenigen der 1970er Jahre und lassen entsprechend verschiedenartige politische Schlussfolgerungen zu. Die marxistische Debatte war dazu gezwungen, in zunehmendem Maße die Kontingenz (die - bezüglich ihrer konkreten Ausprägung - relative Unbestimmtheit, Anm. d. Red.) der Staatsformen und Regimes und die Variationen der staatlichen Kapazitäten und ihrer Anwendung anzuerkennen.

Nun lassen sich ähnliche Entwicklungen hinsichtlich der Kontingenz des Staatsapparates und der Staatsmacht innerhalb anderer theoretischer Strömungen feststellen.

Doch die marxistische Forschungstradition ist viel besser in der Lage, die Grenzen der Kontingenz des Staatsapparates und der Staatsmacht theoretisch zu fassen. Sie betont, daß die institutionelle Trennung von Staat und Gesellschaft ein charakteristisches Merkmal kapitalistischer Gesellschaften darstellt und es dem Staat ermöglicht (ohne dies garantieren zu können), seinen Beitrag zu leisten zu der immer wieder problematischen Gewährleistung der außerökonomischen Voraussetzungen für die Reproduktion der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Und mit den Möglichkeiten, die sie für die Analyse der strukturellen Kopplung und gleichzeitigen Entwicklung des Ökonomi-

Reformperspektiven in der Europäischen Union

Tagung am 4. November 1995

Programm

- **Transnationale Gesellschaft: Herrschaftsprojekte und Reformperspektiven in der EU.**
Gespräch zwischen G. Zellentin, G. Ziebur und A. Statz
- **Arbeitsgruppen mit Referaten:**
- **Die Perspektive Wirtschafts- und Währungsunion**
K. Busch und K. Hübner
- **Sicherheit - mit wem vor wem?**
E. Böhlke und R. Mutz
- **Europa als demokratisches Projekt**
T. von der Vring und T. Evers
- **Round Table:**
- **Sustainable Development und Informationsgesellschaft - Determinanten eines neuen Reproduktionsmodells der EU?**
E. Bulmahn, F. Deppe, B. Mettler-v.Maibom, C. Sterzing

Beginn: 10.00 Uhr

Ort

Vortragsraum in der Mensa der
Universität Hannover
Callinstr. 23, 30167 Hannover

Tagungsbeitrag

DM 35,-
DM 25,- ermäßigt
(Schüler, Studenten, Arbeitslose, etc.)
bitte überweisen an:

Europa-Tagung, Joachim Schuster
Kto. 112 939 09
Sparkasse Bremen
BLZ 290 501 01

Anmeldung bis 27. Oktober beim:

Institut für Internationale Politik
Postfach 261, 10124 Berlin
Tel.: 030 / 441 02 18
Fax: 030 / 441 02 21



Institut für angewandte
Politikwissenschaften e.V.

schen und des Politischen bietet, stellt sie die Mittel bereit, um die strategische Selektivität des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft in seiner Rolle als kapitalistischer Staat zu entschlüsseln. In dem Maße wie marxistische Staatstheorie mit einigen Einsichten des Regulationsansatzes der zeitgenössischen politischen Ökonomie kombiniert werden kann, würde dieses theoretische und politische Potential sehr verstärkt werden.

Abschließend möchte ich nochmals die wichtigsten Beiträge der marxistischen Staatsdebatte der späten 1960er und der 1970er Jahre darlegen - Beiträge, die zu früh und zu gründlich vergessen wurden. Erstens, der Staat als solcher übt keine Macht aus und kann dies auch nicht. Wenn man die Idee eines verdinglichten, einheitlichen und souveränen Staates ablehnt, folgt daraus, daß der Staat kein wirkliches Subjekt sein kann. Deshalb ist, wenn von der Ausübung der Staatsgewalt gesprochen wird, der Diskurs einer Zuschreibung am Werk und nicht der Staat selbst. Die Zuschreibung von Macht an „den Staat“ dient der Vereinfachung der Komplexitäten politischer Prozesse (was für politische Aktionen notwendig ist), aber sie könnte ebenso die Aufmerksamkeit von realen Mechanismen politischer Macht ablenken. Statt staatliche Macht im Großen und Ganzen zu untersuchen, richtet sich die derzeitige theoretische Arbeit glücklicherweise auf die potentiellen strukturellen Machtpotentiale (oder Kapazitäten des Staates), die in den Staat als institutionelles Ensemble eingeschrieben sind. Diese Machtpotentiale (und Verpflichtungen) werden wiederum aktiviert durch die Repräsentanten bestimmter politischer Kräfte in spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen.

Es ist demnach nicht der Staat, der agiert: es ist immer ein spezifisches Netzwerk von Politikern und Staatsmanagern, die in bestimmten Positionen des staatlichen Systems plaziert sind.

Diese strukturellen Machtpotentiale und Kapazitäten können nicht verstanden werden, wenn man nur allein den Staat betrachtet. Denn der Staat muß in einem Kontext von „strategischen Beziehungen“ untersucht werden. Aufgrund seiner strukturellen Selektivität und seiner jeweils besonderen strategischen Kapazitäten sind seine Machtpotentiale immer nur bedingt oder beziehungsabhängig. Ihre Realisierung hängt von den strukturellen Verbindungen

zwischen dem Staat und seinem umgebenden politischen System, den strategischen Verbindungen zwischen Staatsmanagern und anderen politischen Kräften, und dem komplexen Gewebe von gegenseitigen Abhängigkeiten und sozialen Netzwerken ab, die den Staat und das politische System mit dem breiteren Umfeld verknüpfen.

In genau diesem Zusammenhang kann die Regulationstheorie nützlich sein für die Erforschung derjenigen gegenseitigen Abhängigkeiten und Netzwerke, die den Staat und das politische System mit dem Prozeß der Kapitalakkumulation verbinden. Der Regulationsansatz kümmert sich charakteristischerweise um die sich wandelnden Akkumulationsweisen statt um die abstrakten und formalen Merkmale des Kapitals im allgemeinen, und er kann in dieser Hinsicht umformuliert werden zu einer ebenso detaillierten Untersuchung politischer Regime. Die Regulationstheorie konzentriert sich auf die „l'economia integrale“, d.h. die Ökonomie in ihrem umfassenden Sinne. Damit führt sie uns zur Untersuchung der strategischen Selektivität verschiedener Akkumulationsregime und Regulationsweisen und ihrer Konsequenzen für die spezifischen Formen und Modalitäten des ökonomischen Klassenkampfes im umfassenden Sinne.

Die Kombination dieser Ansätze würde eine solide Grundlage für die Ausarbeitung von Strategien für wirtschaftliche und politische Reformen schaffen. Dabei müßte berücksichtigt werden, daß die Akkumulation ein gesellschaftlich eingebetteter und regulierter offener Prozeß ist. Und die Staatsmacht müßte als eine instabile Balance von Kompromissen betrachtet werden, die durch Kämpfe innerhalb des Staates, um den Staat, und in Distanz zum Staat geprägt ist.

Literatur

- Brandes, V., et al.: Handbuch 5: Staat, Frankfurt/M. und Köln 1977
- Foucault, M.: 'Gouvernementality', in: G. Burchell/C. Gordon/P. Miller (Hrsg.): The Foucault Effect: studies in governmentality, Hemel-Hempstead 1991, S.87-104
- Jessop, B.: State Theory, Cambridge 1990
- Jessop, B.: 'Regulation und Politik: integrale Ökonomie und integraler Staat', in: A. Demirovic/M.-P. Krebs/T. Sablowski (Hrsg.): Hegemonie und Staat, Münster 1992, S.232-262
- Poulantzas, N.: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M. 1974
- Poulantzas, N.: Staatstheorie, Hamburg 1978
- Rudel, G.: Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. u. New York 1981

Der „nationale Wettbewerbsstaat“

Globalisierung des Kapitals und die Zukunft der Demokratie

von Joachim Hirsch*

„Neue Weltordnung“: Globales Chaos?

Die „neue Weltordnung“, von US-Präsident Bush nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und anlässlich des zweiten Golfkriegs ausgerufen, sollte nach den ökonomischen Krisen und politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts ein endlich friedliches und demokratisches Zeitalter begründen. Die an ihrer weltweiten Ausbreitung nun durch nichts mehr behinderte kapitalistische Marktwirtschaft wurde zur Grundlage für allgemeine materielle Wohlfahrt, Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte erklärt. Hoffnungen dieser Art prägten die politische Diskussion - etwa im Rahmen der sogenannten „Zivilgesellschafts“-Debatte - auch hierzulande bis in weite linke Kreise hinein. Inzwischen wird allerdings immer deutlicher, daß eher diejenigen recht haben, die in der „neuen Weltordnung“ vor allem ein globales Chaos sehen, in dem unterzugehen scheint, was an Demokratie, Wohlfahrt und sozialer Sicherheit wenigstens in einigen Teilen der Welt einmal erreicht worden war.

Diese Umwälzungen stehen in Zusammenhang mit der seit den siebziger Jahren andauernden Krise des Fordismus, d.h. der kapitalistischen Formation, die sich unter der Dominanz der USA und unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts seit den dreißiger Jahren herausgebildet hatte. Das fordistische Gesellschaftsmodell war charakterisiert von der Durchsetzung der tayloristischen Massenproduktion und des Massenkonsums, der Entwicklung des Sozialstaats und keynesianischer, auf Wachstum und Vollbeschäftigung abzielender Staatsintervention. Sein auf die Entwicklung des Binnenmarkts gerichteter Akkumulationsmodus sorgte für eine lang anhaltende Prosperitätsphase. Zusammen mit dem von den

* Prof. Dr. Joachim Hirsch, wissenschaftliche Betriebseinheit Produktion/Sozialstruktur der Universität Frankfurt. Im Herbst erscheint ein neues Buch von Joachim Hirsch: „Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Politik und Demokratie im globalen Kapitalismus“, Edition ID-Archiv, Berlin.

USA auf der Basis der Bretton-Woods-Abkommen garantierten System der internationalen Geld- und Kreditregulation gewährleistete dies relativ breite Spielräume für eigenständige nationale Wirtschafts- und Sozialpolitiken.

Die Ursachen für die Krise des Fordismus können hier nicht ausführlich dargestellt werden. Entscheidend ist, daß die begrenzten Produktivitätsspielräume des tayloristischen Massenproduktionssystem ein allmähliches Sinken der Profitrate zur Folge hatten. Damit kollidierte der Kapitalverwertungsprozeß immer stärker mit dem korporatistisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsmodus, der den fordistischen Kapitalismus wesentlich kennzeichnete. Die Ära, in der steigende Kapitalprofite mit wachsenden Masseneinkommen vereinbar schienen, war zuende. Darüberhinaus war es vor allem die wachsende Internationalisierung des Kapitals, die schließlich zum Zusammenbruch des Fordismus beigetragen hat. Der damit eingeleitete Umbruch der globalen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zwingt zu einer gründlichen Revision überkommener politischer Konzepte. In Frage steht vor allem die historische Verbindung von Nationalstaat und Demokratie.

Der kapitalistische Ausweg aus der Krise bestand in einer umfassenden Politik der Flexibilisierung und Deregulierung, die von neoliberalen Regierungen in enger Verbindung mit den während des Fordismus immer bestimmender gewordenen internationalisierten Kapitalsektoren vorangetrieben wurde. Für das internationale Kapital wurde es dadurch - gestützt auf neue Informations- und Kommunikationstechnologien - leichter, sich über alle nationalen Grenzen hinweg jeweils dorthin zu bewegen, wo die Anlagemöglichkeiten am profitabelsten sind. Die Schaffung der politischen Vorbedingungen für eine Strategie des „worldwide sourcing“, d.h. der flexiblen Inanspruchnahme und Kombination unterschiedlicher Produktionsstandorte im Rahmen komplexer Unternehmensnetzwerke, bildet die Grundlage eines weltumspannenden systemischen Rationalisierungsprozesses.

Diese Entwicklungen sind es vor allem, die - verstärkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der kapitalistischen Restrukturierung des ehemaligen „sozialistischen Lagers“ - den Charakter der „neuen Weltordnung“ charakterisieren. Die Flexibilisierung des Kapitals verschärft die internationale Konkurrenz und unterminiert überkommene Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Niedergang der US-Hegemonie und an der Pluralisierung des Weltkapitalismus in Form der aus Nordamerika, Westeuropa und dem pazifischen Raum bestehenden „Triade“. Schließlich machen die weltweit drohenden ökologischen Katastrophen deutlich, daß die Zerstörungswirkungen der industriekapitalistischen Produktionsweise längst nicht mehr national bewältigbar sind. Diese Dynamik verändert die Weltkarte in immer schnellerem Tempo. Blöcke, Staaten und Reiche brechen auseinander und die übriggebliebenen Teile versuchen, sich in neue Kooperations- und Abhängigkeitszusammenhänge einzuordnen. Die Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und auf dem Balkan sind die im Moment herausragenden Beispiele dafür.

„Standortpolitik“: Der Nationalstaat verändert seinen Charakter

In diesem Prozeß verschwindet allerdings der Nationalstaat keineswegs, vielmehr verändern sich sein Charakter und seine Bedeutung. Die Strukturveränderungen des globalen Kapitalismus haben die wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionsspielräume aller, selbst der großen und mächtigen Staaten, drastisch beschnitten. Die Liberalisierung des Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs unterwirft die nationalen Politiken immer unvermittelter der Dynamik des Weltmarkts, hoch spekulativen Kapitalbewegungen und den Investitionsstrategien multinationaler Konzerne. Bei sich intensivierender internationaler Konkurrenz und wach-

sender Flexibilität des Kapitals wird „Standortpolitik“, d.h. die Herstellung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen, zur entscheidenden Priorität aller Regierungen. Der fordistische, auf eine kohärente gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung innerhalb der nationalen Grenzen ausgerichtete Interventionsstaat, scheint durch einen neuen Typus des kapitalistischen Staates, den „nationalen Wettbewerbsstaat“ abgelöst zu werden. Dieser Staatstyp ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Mobilisierung aller produktiven Kräfte in der internationalen Standortkonkurrenz zur entscheidenden politischen Maxime wird, dem die Politik einer materiell abgestützten sozialen und politischen gesellschaftlichen Integration mehr und zum Opfer fällt.

Die Globalisierung des Kapitals verändert zugleich die ökonomisch-politischen Räume immer nachhaltiger: die „Regionalisierung der Weltwirtschaft“ - in Gestalt der konkurrierenden drei Wirtschaftsblöcke - verbindet sich mit fortschreitenden regionalen Ungleichheiten innerhalb und quer zu den Grenzen der Nationalstaaten. Die Folge ist eine wachsende Bedeutung sowohl supranationaler Organisationen und Zusammenschlüsse wie etwa der Europäischen Union als auch von regionalen politischen Einheiten unterhalb der nationalstaatlichen Ebene bis hin zu den als „global cities“ politisch auf den internationalen Plan tretenden Kommunen. Auch diese territorialen und lokalen „Staaten“ - Regionen, Länder und Gemeinden - verstricken sich in den Mechanismus der Standortkonkurrenz. Das politische Kompetenz- und Entscheidungsgeflecht wird dadurch sehr viel komplexer und undurchsichtiger.

Dies hat wichtige institutionelle Folgen für die politischen Systeme der entwickelten kapitalistischen Länder. Das Scheitern des keynesianisch-fordistischen Regulationsmodells, das durch einen hohen Grad makroökonomischer Staatsintervention, starke Gewerkschaften, sozialpartnerschaftlichen Korporatismus und klassenübergreifend-sozialstaatliche Massenintegration gekennzeichnet war, ist ein allgemeines Phänomen. Die historische Krise der europäischen Sozialdemokratien und ähnlicher politischer Formationen hat hier ihre Wurzel. Gleichzeitig erwies sich aber auch die neoliberale Politik als unfähig, ihre Wachstums- und Prosperitätsversprechen einzulösen. Relevante soziale

Interessen - im Prinzip diejenigen der vielfältigen „Verlierer“ des Modernisierungsprozesses - fallen mehr und mehr dem Diktat der Standortpolitik zum Opfer. Die aus der Beschränkung seiner ökonomisch-sozialen Spielräume resultierende „Aushöhlung“ des Staates und die fortschreitende Ausdifferenzierung der politischen Entscheidungsebenen bedeutet, solange nicht neue politische Institutionen und Formen gefunden werden, notwendigerweise zugleich eine Aushöhlung der Demokratie. Dies unterminiert das institutionelle System der „bürgerlichen“ Demokratie zu eben dem Zeitpunkt, als sie ihren endgültigen historischen Triumph zu feiern schien. Dies ist allerdings kein schlichter „Sachzwang“, sondern nicht zuletzt das Ergebnis einer politisch durchgesetzten Strategie der Krisenlösung. Der Primat

In der „neuen Weltordnung“ scheint unterzugehen, was an Demokratie, Wohlfahrt und sozialer Sicherheit wenigstens in einigen Teilen der Welt einmal erreicht worden war.

der Standortpolitik, der auch hierzulande inzwischen praktisch von allen relevanten Parteien akzeptiert wird, dient der Abwehr von Ansprüchen, die im Rahmen des formell institutionalisierten „demokratischen Willensbildungsprozesses“ noch vorgetragen werden könnten.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung liegen auf der Hand: die sozialen Ungleichheiten vergrößern sich und die Gesellschaft spaltet sich in vielfältiger Weise auf. Der Begriff „Zweidrittelgesellschaft“ ist wahrscheinlich eine Untertreibung, weil es längst nicht mehr eine marginalisierte Minderheit ist, die die Lasten dieser wirtschaftlichen Entwicklung zu tragen hat. Jedenfalls läßt sich immer weniger davon sprechen, daß die innerhalb nationaler Grenzen lebenden Menschen tatsächlich in „einem Boot“ sitzen.

War der fordistische Kapitalismus noch durch das Versprechen einer allgemeinen industriellen Entwicklung der

Welt charakterisiert, dominiert nun der Kampf um die Sicherung von Privilegien und gegen eine politisch wie sozial desaströse Peripherisierung sowohl im nationalen wie im regionalen und internationalen Rahmen. Die vielbeschworene „Weltgesellschaft“ droht de facto zu einer Art Weltbürgerkriegsgesellschaft zu werden. Der Weltmarkt ist zum Nullsummenspiel geworden: was die einen gewinnen, verlieren die anderen. „Entwicklungshilfe“, die einst verheißungsvolle Formel des internationalen Nachkriegskapitalismus, hat ausgedient und ist durch „Katastrophenhilfen“ oder als „humanitär“ deklarierte Militärinterventionen abgelöst worden, die in der Regel die Zustände noch weiter verschlimmern.

Wenn sich auf diese Weise immer deutlicher eine Art von internationalem Apartheidregime durchsetzt, wird das Anschwollen der Wanderungs- und Fluchtbewegungen - von Süd nach Nord und von Ost nach West - gewissermaßen zwangsläufig. Was von der Globalisierung nämlich prinzipiell ausgenommen ist, sind die Menschen. Sie bleiben in nationalstaatlichen Zwangsverhältnissen gefangen und eben dies ist die Voraussetzung für die Verfügbarkeit billiger ArbeiterInnen und passend ausdifferenzierter „Standorte“ für das internationale Kapital. Immer noch ist die nationalstaatliche Regulierung der Arbeitskraft mit den damit verbundenen klassenmäßigen, ethnischen und geschlechtlichen Spaltungen eine entscheidende Grundlage der Kapitalverwertung.

In dieser Entwicklung liegt der vehemente Ausbruch von Nationalismus, Rassismus und religiösem „Fundamentalismus“ begründet, die der „neuen Weltordnung“ ihr ideologisches Gepräge geben. Der populistisch mobilisierte Wohlstandschauvinismus derer, die in den verbliebenen kapitalistischen Zitadellen materiell noch etwas zu verlieren haben, dient als Legitimationsgrundlage einer immer brutaler werdenden, sowohl innergesellschaftlichen wie internationalen Konkurrenz- und Abschottungspolitik. Je geringer die Zahl derer wird, die von ihrem Sitzplatz im „nationalen Boot“ profitieren können, desto mehr wird „nationale Identität“ propagandistisch beschworen. Die Aushöhlung liberaldemokratischer Verhältnisse selbst dort, wo sie sich im Laufe des zu Ende gehenden Jahrhunderts einigermaßen entwickeln und festigen konnten, hat hier eine wesentliche Ursache. Bei den

von Marginalisierung und Peripherisierung Betroffenen wächst auf der anderen Seite die Neigung, sich mittels ethnisch-nationalistisch oder religiös konstruierter „Identitäten“ ihrer Position in den sich verschärfenden ökonomisch-politischen Kämpfen zu versichern. „Selbstnationalisierung“ ist zu einem entscheidenden Faktor im internationalen Wirtschaftskrieg geworden.

Die historische Verbindung von Nationalstaat und Demokratie löst sich auf

Angesichts dieser Veränderungen in der Struktur und Bedeutung sowohl der Nationalstaaten als auch des internationalen Systems muß die Frage der Demokratie neu gestellt werden. Bürgerliche Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte sind im Rahmen des Nationalstaats erkämpft worden. Hier, in seinen absolutistischen Frühformen, hat die Bourgeoisie ihre politischen Mitspracherechte und den verfassungsmäßigen Schutz vor herrscherlicher Willkür durchgesetzt und sich damit zugleich die Basis für ihre globale Expansion geschaffen. Grundlegend blieb dabei der

Gegensatz von „Citoyen“ und „Bourgeois“, von formeller Freiheit und Gleichheit einerseits und unterschiedlicher Klassenlage andererseits. Die sozialen und politischen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts in den entwickelten kapitalistischen Ländern bezogen sich vor allem auf diesen Konflikt. Sie endeten damit, die Ausgrenzung der Arbeiterklasse aus der „Nation“ aufzuheben und ihr nicht nur den formellen Citoyenstatus, sondern mittels staatlicher Vorsorge auch ein Mindestmaß „bourgeois“ materieller Sicherheiten zu garantieren. Mit der Durchsetzung des Prinzips der „One Nation“ vollendet sich gewissermaßen nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Nationalstaat. Der „fordistische“ Kapitalismus, der sich in den entwickelten Metropolen in der Mitte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt hat, ist das Produkt dieser Kämpfe. Er war durch eine reale Verallgemeinerung der politischen Staatsbürgerrechte - mit erheblicher Verspätung auch für Frauen -, eine politische Institutionalisierung des Klassenkompromisses und eine sozialstaatliche Absicherung demokratischer Freiheiten gekennzeichnet. Allerdings blieben diese Errungenschaften wenigen kapitalistisch entwickelten Metropolen vorbehalten und hatten die

Unterwerfung und Ausbeutung ihrer abhängigen Peripherie zur Voraussetzung. International blieben Krieg, Raub und rohe Gewaltanwendung bestimmend.

Die Verbindung von Nationalstaat und Demokratie, die im Fordismus einen gewissen Höhepunkt und Abschluß gefunden hatte, beginnt nun zu zerbrechen. Die Entsprechung von „Volk“ und „Regierung“, d.h. die allen bürgerlichen Demokratietheorien zugrundeliegende Vorstellung eines relativ einheitlichen Volkes, dem eine eigenständig handlungsfähige und damit demokratisch einfluß- und kontrollierbare Regierung gegenübersteht, wird mehr denn je zur Illusion. Da es jedoch keine demokratisch-politischen Institutionen jenseits des Nationalstaates gibt, bleibt dieser zunächst das Terrain, auf dem sich demokratische Selbstbestimmung zumindest ansatzweise entwickeln und den global herrschenden ökonomischen Mechanismen entgegenstellen kann. Gleichzeitig aber bleibt diese politische Form strukturell mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt nach innen und außen verbunden.

Dieses Dilemma kann nur dann überwunden werden, wenn es gelingt, demokratische politische Prozesse inhaltlich und prozedural vom staatlichen Instan-



Köln-Weiss. Foto: Stephan Hoppe

tionensystem auf sowohl nationaler wie auch internationaler Ebene abzulösen. Die Errichtung eines integralen „Weltstaats“ muß unter kapitalistischen Bedingungen eine Utopie bleiben. Die institutionelle Festigung und politische Stärkung demokratischer Kooperationszusammenhänge auf sowohl nationaler als auch internationaler Ebene ist aber durchaus möglich, sofern dabei auf autonom organisierte Politik und unabhängige Öffentlichkeit gesetzt wird. Es geht darum, einen neuen Begriff demokratischer Politik jenseits des Nationalstaats theoretisch zu formulieren und praktisch wirksam werden zu lassen.

Die traditionelle Form einer nationalstaatlich zentrierten und etatistisch orientierten Reformpolitik sozialdemokratischen Musters ist überholt, auch wenn der Kampf um Demokratisierung und die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse im einzelstaatlichen Rahmen deshalb keineswegs an Bedeutung verloren hat. Die verringerten Politikspielräume auf dieser Ebene haben entscheidende Voraussetzungen dafür zerstört. Darüberhinaus muß jede nationalstaatlich bornierte Politik an den Spaltungen und Ungleichheiten, die die „neue internationale Arbeitsteilung“ hervorbringt, entweder auflaufen oder sie sogar befestigen. Es gilt zu erkennen, daß das Funktionsprinzip des sich globalisierenden Kapitalismus vor allem darin liegt, im globalen Maßstab Konkurrenz zu mobilisieren, Völker, Klassen und Regionen gegeneinander auszuspielen und politisch-soziale Ungleichheiten zu vertiefen. Ein sich verhärtender Konkurrenzkampf der „Wettbewerbsstaaten“ wird bei den betroffenen Bevölkerungen letzten Endes nur Verlierer kennen.

Internationale Organisationen ohne demokratische Legitimation

Deshalb läßt sich um Freiheit, Wohlfahrt, Demokratie und Menschenrechte nur global kämpfen. Es gilt, dem sich globalisierenden Kapital eine ebenso weltweite und international verbundene Demokratiebewegung entgegenzustellen, die die Schranken der traditionellen, bürgerlichen Demokratie durchbricht, die nicht mehr nationalstaatlich eingezwängt ist und nicht mehr auf der strukturellen Diskriminierung und

Ausgrenzung der „Fremden“ beruht, nicht mehr demokratische und Menschenrechte auf Staatsangehörige beschränkt. Ihre Entwicklung und Festigung bedarf zugleich neuer institutioneller Formen.

Die bestehenden internationalen Organisationen, vor allem die Vereinten Nationen, bieten für sich genommen nur sehr bescheidene Ansatzpunkte dafür. Ihre Funktions- und Wirkungsweise wird eindeutig durch die von starken Ungleichheiten geprägten nationalstaatlichen Herrschaftsinteressen bestimmt. Eine institutionell gewährleistete demokratische Legitimation fehlt ihnen. Die reale „Völkergemeinschaft“ ist in ihren existierenden Formen derzeit nicht mehr als ein konfliktorischer Verband von Herrschafts- und Unterdrückungsapparaten. Dies sorgt dafür, daß die interna-

Die reale „Völkergemeinschaft“ ist in ihren existierenden Formen derzeit nicht mehr als ein konfliktorischer Verband von Herrschafts- und Unterdrückungsapparaten.

tionalen Organisationen in der Regel nur dann wirksam werden können, wenn sie in Übereinstimmung mit den Interessen der Großmächte handeln. Der Umgang mit Demokratie und Menschenrechten bleibt nationalstaatlichen Macht- und Interessenkalkülen untergeordnet. An den Auseinandersetzungen um die Rolle der UN oder der EG im jüngsten Balkankonflikt, wo gegensätzliche Großmachtinteressen eine friedliche Lösung von Anfang an verhindert haben, ist dies besonders deutlich geworden. Die aggressive und in letzter Instanz kriegerische Konkurrenz der Nationalstaaten war und ist der Mechanismus, mit dem repressive politische Verhältnisse nach innen wie außen immer wieder stabilisiert werden konnten.

Der sich globalisierende Kapitalismus und die mit ihm verbundene nationalstaatliche Herrschaftsform stellen allerdings eine Realität dar, die nicht einfach überspielt werden kann. Aus den historischen Erfahrungen und der theoretischen Kritik an den verschiedenen

gescheiterten - sowohl westlich-sozialdemokratischen wie östlich-stalinistischen - Varianten eines Staats-Sozialismus läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß sich eine demokratische Veränderung von Produktions- und Herrschaftsstrukturen nicht mit Hilfe des staatlichen Institutionensystems, sondern nur gegen dessen Mechanismen und Zwänge durchsetzen läßt. Gleichwohl bleiben auch radikal-demokratische Bewegungen zunächst einmal in die herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse eingebunden. Daraus ergibt sich, daß demokratische Politik sich zugleich in den und gegen die bestehenden politischen Institutionen entwickeln muß.

Autonome internationale Basisorganisationen?

Die wachsende Unfähigkeit sowohl nationaler Regierungen wie internationaler Staatenorganisationen zur Bewältigung sozialer und ökologischer Probleme ebenso wie die Zunahme von Kriegen und Menschenrechtsverletzungen hat auch auf dem Feld der internationalen Politik sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“ (NRO) zahlreicher und bedeutsamer werden lassen. Sie rücken immer stärker in das Licht der Öffentlichkeit und genießen zunehmende Aufmerksamkeit auch dann, wenn sie nicht mit medienwirksamen Großaktionen à la Greenpeace Furore machen. Ihre Entwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit dem Aufkommen der „neuen sozialen Bewegungen“ in den siebziger Jahren, die selbst wiederum nur von der Fordismus-Krise und den damit verbundenen Strukturveränderungen von Staat und Demokratie im Rahmen eines sich globalisierenden Kapitalismus her verstanden werden können. Die Frage ist, ob sich hier zukunftsweisende Ansätze für eine demokratische Politik finden lassen und ob diese Form einer die staatlichen Grenzen überschreitenden politischen Selbstorganisation die Möglichkeit der Entwicklung institutioneller Strukturen und Netzwerke bietet, die demokratische Prozesse auf globaler Ebene möglich machen.

Entgegen der diesbezüglich häufig gepflegten Euphorie sind einige Zweifel angebracht. Viele der sich selbst so nennenden „Nichtregierungsorganisationen“ gehören in Wirklichkeit kaum dem Prinzip autonomer Selbstorgani-

sation, sondern stellen eher Quasi-Staatsbürokratien dar, die eng mit den staatlichen Apparaten verflochten und finanziell von ihnen abhängig sind. Des öfteren fungieren sie sogar als Instrumente neoliberaler Privatisierungsstrategien und zwischenstaatlicher Machtkämpfe. Unverkennbar ist auch, daß in einigen Bereichen deutliche Tendenzen zur Herausbildung eines professionalisierten NRO-Business mit erheblichen kommerziellen Eigenlogiken feststellbar sind. Dazu kommt, daß natürlich auch staatsunabhängige Organisationen nationalstaatlichen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozessen unterliegen und durch spezifische Interessenlagen geprägt sind. Je eigenständiger und politisch autonomer sie tatsächlich sind, desto mehr unterliegen sie im übrigen organisatorischen Destabilisierungs- und Zersplitterungsprozessen und desto unvermittelter bleiben sie ökonomischen Zwängen unterworfen. Nicht zuletzt fehlen ihnen gezielte Zugänge und institutionalisierte Einflußmöglichkeiten auf die staatlichen Politikprozesse. Die Hoffnung, in den bestehenden Nichtregierungsorganisationen verkörpere sich praktisch eine neu entstehende „internationale Zivilgesellschaft“, könnte sich also als ebenso blauäugig und vergebens erweisen wie die der Apologeten einer „demokratischen Zivilgesellschaft“ auf nationalstaatlicher Ebene.

Nationalstaatliche Herrschaftsverhältnisse auflösen

Dennoch bezeichnet das Prinzip autonomer Selbstorganisation und Kooperation gegen staatliche Strukturen auf nationaler wie internationaler Ebene heute den entscheidenden Ansatz einer demokratischen Politik. Erst dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, Menschenrechte aus ihren etatistischen Beschränkungen schrittweise herauszulösen, d.h. den historischen Zusammenhang von Nationalstaat und „Bürgerschaft“ zu lockern. Gewährleistung und Schutz kultureller Differenzen, von regionalen und sozialen Besonderheiten ist nur möglich, wenn es gelingt, nationalstaatliche Herrschaftsverhältnisse wenn nicht aufzuheben, so doch einzuschränken und zu relativieren.

Daß auch „alternative“, selbstorganisierte politische Basisstrukturen zunächst nationalstaatlich geprägt und von

den entsprechenden Gegensätzen und Konflikten durchzogen sind, spricht nicht grundsätzlich gegen die Möglichkeit einer wachsenden internationalen Kooperation, die den Unterdrückten, den Marginalisierten und den ausgegrenzten Interessen Artikulationsmöglichkeiten gegen die bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse gibt. Voraussetzung dafür ist, daß jenseits etatistischer Strukturen festere Formen internationaler Kooperation und Kommunikation über die zunächst notwendig partikularen und dezentralen Ansätze hinaus entstehen. Mangels institutionalisierter Machtpositionen kommt es vor allem darauf an, eine unabhängige internationale Öffentlichkeit gegen die herrschenden Staatsapparate und gegen eine sich zunehmend monopolisierende Medienindustrie zu entwickeln.

Der Kampf um Demokratie kann sich also weder auf die Verbesserung des Nationalstaats noch auf die Herstellung eines Weltstaats richten. Was not tut, ist die Überwindung der historischen Gestalt des Staates überhaupt. Es gälte, in globalem Maßstab für die Durchsetzung einer politischen Form zu kämpfen, die jenseits der Dichotomie von „National-“ und „Welt“-Staatlichkeit durch ganz neue und komplexere Verbindungen regionaler und globaler, zentraler und dezentraler politischer Organisation gekennzeichnet ist.

Ansätze dazu gibt es immerhin. Nicht nur in der praktischen Arbeit vieler Hilfsorganisationen, die drauf abzielt, lokale und regionale soziale und politische Strukturen zu stärken, sondern auch bei den immer noch bestehenden internationalen Solidaritätszusammenhängen und den zunehmend bedeutungsvoller werdenden Aktivitäten internationaler Menschenrechtsorganisationen. Indigene Völker und Gruppierungen kooperieren verstärkt über nationalstaatliche Grenzen hinweg und treten an die internationale Öffentlichkeit. Der schließlich erfolgreiche Boykott des südafrikanischen Apartheidregimes wäre ohne die Aktivitäten von Solidaritätsgruppen vor allem in den USA kaum zustande gekommen, genauso wie diese einen wichtigen Anteil an der Änderung der Politik der Vereinten Staaten gegenüber EL Salvador hatten, die den dort angefangenen Demokratisierungs-, Friedens- und Verständigungsprozeß erst ermöglichte. Und wenn die UNCTAD-Konferenz in Rio, die Wiener UN-Men-

schenrechts- oder die Berliner Klimakonferenz wenigstens ein paar bescheidene Ergebnisse und Wirkungen hatten, dann nicht zuletzt wegen der Aktivitäten der dort präsenten „Nichtregierungsorganisationen“. Einer Gruppe europäischer Menschenrechtsorganisationen ist es immerhin vor kurzem gelungen, eine Anklage gegen die türkische Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof wegen ihrer fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan durchzusetzen. Die mit diesem Unterdrückeregime verbündeten westlichen Staaten hatten daran offensichtlich kein besonderes Interesse. An diesen Beispielen zeigt sich auch, daß Demokratisierung sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene nicht als abstrakter Gegensatz von „institutioneller“ und „außerinstitutioneller“ Politik, sondern als komplexer und zugleich höchst widersprüchlicher Zusammenhang verstanden werden muß.

Selbstverständlich schaffen einige bescheidene Ansätze und kleine Erfolge noch keine zuverlässige politische Perspektive. Nicht nur sind Rückschläge, Demoralisierungs- und Auflösungsstendenzen gerade unter den heute bestehenden Bedingungen einer global entfesselten Marktökonomie eher wahrscheinlich als historische Durchbrüche. Angesichts der Tatsache, daß die sich nach dem Ende des Fordismus und des Kalten Kriegs abzeichnende „Neue Weltordnung“ eher ein katastrophisches Chaos denn allgemeinen Frieden, Wohlfahrt und Demokratie verspricht, besteht jedenfalls ein eklatantes Mißverhältnis zwischen Kräften und Aufgaben. Wie sich die globale kapitalistische Gesellschaft entwickelt, bleibt allerdings wesentlich eine Frage politisch-sozialer Kräfteverhältnisse. Sie zu verändern und schließlich zu überwinden heißt aber vor allem, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene neue politische Formen und Strukturen zu entwickeln. Wenn es überhaupt noch eine demokratische und soziale Entwicklung geben sollte, dann nur, wenn sich Demokratisierungsprozesse auf beiden Ebenen eng verzahnen. Der Nationalstaat ist zwar immer noch ein wichtiger Rahmen und Bezugspunkt demokratischer Politik, aber keinesfalls mehr ihr hauptsächlich Instrument und Ziel. In diesem Sinne ist er von der kapitalistischen Entwicklung überrollt worden und hat in einer ehemals durchaus wichtigen historischen Funktion ausgedient.

Jenseits der Volksparteien

Das deutsche Parteiensystem und die Bündnisgrünen

von Frieder Otto Wolf*

1. Historischer Rückblick auf den Politiktypus „Volksparteien“

Parlamentarisch-politische Systeme, die der dominante politische Diskurs mit dem Begriff der „Volkspartei“ analysiert hat, sind historisch an die westeuropäische Nachkriegszeit gebunden. Fünf Elemente kamen damals zusammen:

- die Stabilisierung von institutionalisierten Massenparteien als grundlegender Formelemente einer parlamentarischen Demokratie;
- die Umarbeitung bisheriger Linien der sozioökonomisch artikulierten Interessenaueinandersetzung entlang von „Klassengrenzen“ in primär politisch definierte Abgrenzungen von Parteiprojekten, die sich jeweils als „klassenübergreifend“ artikulierten;
- die Einschränkung des demokratischen Pluralismus auf einen engeren „Rahmenkonsens“ - den in der BRD sog. „Konsens der Demokraten“;
- die spezifische Artikulation² der Klassenaueinandersetzungen durch den „fordistischen Verteilungskompromiß“;
- die Ablösung der „geschlossenen Weltanschauungen“ als grundlegender politischer Orientierungen durch einen „paradoxalen Diskursraum“, indem sich die Kohärenz und der Zusammenhalt auch konfligierender Positionen allein schon dadurch herstellt, daß sie überhaupt noch miteinander die diskursive Auseinandersetzung führen (vgl. Pechoux 1983).

Damit etabliert sich in den westeuropäischen Ländern - in im einzelnen durchaus unterschiedlichen Formen - ein institutionalisiertes System der Volksparteien, das gerade in seiner Pluralität als ideologischer Staatsapparat der (institutionalisierten) Politik, d.h. ein mit beträchtlichen materiellen Mitteln versehenes Dispositiv von Mechanismen, das zunächst und zumeist die politische Subalternität der Beherrschten re-

produziert, indem es die Regeln und die Ressourcen festlegt, die für zulässige politische Initiativen in Betracht kommen und speziell die Subjekte definieren, die in politischen Prozessen auftreten können. Zugleich stellen sie aber **nicht als dieser Gesamtapparat** den nicht zu überspringenden Ort dar für die Formulierung und Entfaltung zunächst subalternen politischer Gegendiskurse, welche die normalen Funktionen dieses Apparates unter günstigen Bedingungen und bei wirksamer Handhabung durch-

Die grundlegende Spannung zwischen pragmatischer Präzision und fundamentalistischer Sensibilität ist innerhalb jeder alternativen Politik unaufhebbar.

brechen und „umfunktionieren“ können, um eine Transformation der „ideologischen Staatsapparate“ durch einen politischen Bruch und durch das Auftreten neuer Typen „politischer Subjekte“ herbeizuführen.

In der Bundesrepublik bildet sich mit der 1959 abgeschlossenen Wende der alten Arbeiterpartei SPD zu Bad Godesberg eine klassische Gestalt dieses Politiktypus aus. Ihr Höhepunkt war sicherlich die Große Koalition von 1966. Wolf-Dieter Narr hat dessen Grundtendenz später auf die prägnante Grundformel von der „Einheitspartei CDUC-SUSPDFDP“ gebracht³. Die Opposition dagegen artikuliert sich lange Zeit nicht in erster Linie als ein alternatives Projekt eines Umbaus innerhalb des politischen Systems, speziell des Parteiensystems, sondern als die Suche nach einer Alternative jenseits des Politischen - durch die die Politikkritik des klassischen Anarchismus eine vertrackte neue politische Aktualität gewann -, zumindest jenseits des Parteiensystems. Das reichte von den Hippies und Klabouters über die APO und die „Entdeckung“ des Pro-

blems des bewaffneten Kampfes in den Metropolen bis zu den Neuen Sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre. Die Attitüde der Grünen als „Antiparteien-Partei“ knüpfte an diese Entwicklungslinie an.

Ich erinnere an eine Zusammenfassung der Problemlage, die Joachim Raschke (1983) formuliert hat: „Die Volkspartei ist der parteiförmige Ausdruck eines quietistischen, „materialistischen“ und etatistischen Politikmodells ... Seine Rahmenbedingung ist ein kräftiges kontinuierliches ökonomisches Wachstum“ (ebd., 54). Oder zugespitzt formuliert: „Volkspartei ist ein Produkt der Schönwetter-Demokratie. Schlechtwetter entzieht ihr die Funktionsvoraussetzungen“ (ebd., 55)⁴.

Die Kleinarbeitung des 68er-Impulses

Die erste Weiterentwicklung des Politiktypus der Volksparteien, sein erstes *Aggiornamento*, erfolgte in der Bundesrepublik im Zuge der Kleinarbeitung des Aufbruchsimpulses der 1960er Jahre durch das Parteiensystem. Im Zuge dieser Entwicklung wurden die Volksparteien selbst einerseits zum Schauplatz einer „Erneuerung von oben“, durch einen Teil der bisherigen Führungsgruppen, der aus den unterschiedlichsten Gründen ein bloßes „Weiter so!“ (noch) nicht für realitätstüchtig hielt. Andererseits wurden sie auch real zum Kampfplatz eines - überwiegend als Generationenkampf organisierten und damit quer zu traditionelleren politischen Spaltungslinien stehenden - von unten, von der lokalen Parteibasis ausgehenden „langen Marsches durch die Institutionen“. Im Resultat führte das insgesamt zu einer „Modernisierung der Volksparteien“, für die paradigmatisch vor allem die SPD unter Brandt und die CDU/CSU unter Kohl und Strauß stehen konnten. In diesem Prozeß gelang es insgesamt, die von unten andrängende Generation in einen marginalisierbaren Randbereich und einen integrierbaren Kern zu spalten, der um den Preis von Neuerungen nach dem Motto *di Lampe-dusas* „Alles umwälzen, damit alles bleibt, wie es ist“ dazu gewonnen wurde,

den Politiktypus der Volksparteien weiter zu führen. Die Geschichte der Jusos markiert diese Entwicklung in der Geschichte der SPD. In der CDU macht sie sich eher direkt an Karrieremustern von ExponentInnen fest.

Im Gesamtergebnis unterliegt es aber keinem Zweifel, daß die Kräfte des etablierten Machtblocks diese Auseinandersetzungen gewonnen haben, wenn sie auch im Politikstil und durch die Koptation neuer RepräsentantInnen und eine gewisse Machtteilung mit neuen Führungsgruppen Zugeständnisse machen mußten. Immerhin zieht sich seitdem die neue Spaltungslinie von „TraditionalistInnen“ vs. „ModernisiererInnen“ als zusätzliches Artikulationsmuster durch die beiden großen Volksparteien.

Zugleich „lernte“ der ideologische Apparat der Volksparteien in diesem Prozeß, mit ausbleibenden Wachstumsgewinnen umzugehen - zum einen, indem im Sinne des neoliberalen Politikprogramms zunehmend strukturelle Entscheidungen auf Marktprozesse verlagert wurden und die politisch anzusprechenden Individuen stärker als atomisierte Individuen denn als Mitglieder von Solidaritäts- und Fürsorgezusammenhängen

angesprochen wurden. Zum anderen durch eine Legitimierung einer programmatischen Änderung in Bezug auf die Richtung politischer Umverteilung: Von den „unproduktiven“ Konsumformen zu den „produktiven“ Reichtumsquellen - d.h. innerhalb des kapitalistischen Horizonts von den ArbeitnehmerInnen und den von Sozialtransfers Lebenden auf die UnternehmerInnen. Ergänzend zu dieser Entpolitisierung und Entsolidarisierung traten dabei zunehmend eine Einbindung nach unten durch Angst und Vereinzelung: Verdrängungswettbewerb und Ausgrenzungswettlauf ergänzten in zunehmendem Umfang die klassischen Mechanismen fordristischer Integration.

Wer nachträglich diesen Prozeß als einen der erfolgreichen Durchsetzung demokratischer Kultur oder gar als einen nachhaltigen Erfolg der „Ideen von 1968“ zu feiern versucht, muß sich die Rückfrage gefallen lassen, ob bei ihm nicht der Wunsch, auf die gegenwärtige Strukturkrise des Systems der Volksparteien durch eine vergleichbare Anpassungs- und Integrationsleistung reagieren zu wollen, der eigentliche Vater dieses als historischer Rückblick verkleideten Gedankens ist.

Der Impuls der Neuen Sozialen Bewegungen

In diesem Prozeß markierte die - begrenzte, aber doch spürbare - Offensive der Neuen Sozialen Bewegungen in den 70er Jahren, für die die Neue Frauenbewegung erste, paradigmatische Formen erfand (vgl. Fieber 1988), eine nächste Etappe: Die Politisierung des Persönlichen, des ausdifferenzierten Teilbereichs des Privatlebens und der Familie, machte eine Praxisform des Für-Sich-Selbst-Eintretens, der individuellen Umsetzung allgemeiner Forderungen und der situationsbezogenen Organisation von unten erforderlich, in der Verbindlichkeiten persönlich erarbeitet und Erfahrungen gemeinsam durchgearbeitet werden mußten. Stellvertretungspolitik, ideologische Subsumtion unter „allzu vollständige Weltanschauungen“ (Brecht), die Eingliederung in institutionalisierte Großorganisationen, die Unterwerfung unter Autoritäten und ExpertInnen waren damit ganz praktisch grundsätzlich in Frage gestellt. Das Problem einer *anderen Praxis der Politik*, wie es in allen Aufbruchphasen der „sozialen Bewegung“ auftrat, das bestehende Dispositiv von



Köhr-Weiss. Foto: Stephan Hoppe

*Frieder Otto Wolf, Berlin, Philosoph, Mitglied des Europäischen Parlaments für Bündnis '90/Grüne

unterschiedenen Praktiken und Institutionen durchbrachen, um „neuen Themen“ Raum und Geltung zu verschaffen, lag damit in neuer Gestalt auf dem Tisch. Die Entwicklung und Ausbreitung einer solchen „alternativen Politik“ zielte damit zunächst auf nichts weniger als auf eine Umwälzung des bestehenden politischen Systems auf der Grundlage der fordistisch geprägten Volksparteien.

Im Rückblick wird jedoch deutlich, daß der damit eingeleitete Prozeß historisch viel weniger eindeutig war, als er sich selbst und anderen ausdrücklich darstellte: Das programmatisch ganz andere Neue verwandelte sich in seiner Umsetzung einerseits in eine externe Ergänzung, die nicht mehr in bestehende Verhältnisse einbrach, sondern sich in eigene soziale Räume zurückzog, andererseits in eine interne Dynamisierung, die den bestehenden Institutionen neue Kräfte zuführte. Zwischen einer „Autonomie“, die zunehmend Züge einer Nischenpolitik annahm, und einem „langem Marsch durch die Institutionen“, der sich mehr und mehr in individuelle Anpassungs- und Aufstiegsstrategien auflöste, blieb zunehmend weniger Raum für Initiativen und Praktiken, die den dominanten Typus der Politik der Volksparteien wirklich in Frage stellten. Insbesondere gelang es im Kern nicht, den zentralen Mobilisierungs- und Spaltungsmechanismus des Parteiensystems in Frage zu stellen (vgl. die Untersuchungen Michael Jägers) und die „Altparteien“ als Hauptträgerinstitutionen⁵ des politischen Prozesses ernsthaft in Frage zu stellen.⁶ Das politisch-ideologische Feld blieb primär zwischen oben und unten, sowie zwischen links und rechts gespalten. Immerhin kam als Effekt der Neuen Sozialen Bewegungen eine weitere Spaltung in neu und alt, in „traditionell“ und „postfordistisch“⁷ hinzu.

Vereinzelte Versuche zur Herausbildung eigener, alternativer Institutionen in der Gesellschaft dagegen stießen bewegungsintern auf fast unüberwindliche Vorbehalte, kamen spät und blieben in ihrer relativen Schwäche weit hinter dem von dem Neuen Sozialen Bewegungen aktivierten Potential zurück.⁸ Der starke Effekt der Neuen Sozialen Bewegungen auf das Feld der gesellschaftlich artikulierten Ideologien läuft damit Gefahr, auf eine Generationskohorte beschränkt zu bleiben, der es kaum gelingt, in die Generation der Älteren

einzubringen, und der es nur unvollkommen gelingt, die eigenen Erfahrungen und Orientierungen an die nachwachsenden jüngeren Generationen weiterzugeben. Insofern scheint „alternative Politik“ das Schicksal anderer Dimensionen der Jugendkultur der 60er Jahre zu teilen.

Die Entwicklung der Grünen

Die Gründung der Grünen als Partei und deren anschließende parlamentarische Etablierung Anfang der 80er Jahre bedeutete vor diesem Hintergrund potentiell zumindest dreierlei Verschiedenes:

- die Integration neuer politischer Subjekte in das bestehende politische System der parlamentarischen Volksparteien,
- die Eröffnung einer Perspektive der Umgestaltung dieses Parteiensystems,
- die Eröffnung einer Perspektive der Neubestimmung des Verhältnisses von institutioneller und gesellschaftlicher Politik.

Der Realo-Fundi-Streit in den Grünen ging in diesem Horizont nicht nur um eine überbewertete taktische Frage, ob eine parlamentarische Partei sich nicht nur überhaupt auf den Mechanismus von Regierung und Opposition (vgl. Wolf 1985) beziehen sollte⁹, sondern Regierungsbildung und Regierungsbeteiligung als zentrale Form der praktischen Durchsetzung ihrer Politik akzeptieren sollte - mit allem, was in dieser Politikform an praktischen Konsequenzen angelegt ist (vgl. Thaa 1994). Der rationale Kern des Realo-Fundi-Streites lag in der Frage, was die parlamentarische Etablierung der Grünen für den dominanten Politiktypus der Volksparteien als entscheidendes Element des bundesdeutschen politischen Systems bedeuten könnte; es war - bei aller Irrationalität einzelner Auseinandersetzungen - immer auch, was die traditionelle Linke systematisch unterschätzt hat, ein Kampf um den perspektivischen Effekt der Grünen auf die bundesdeutsche Politik. Es ging also wiederum um die Frage, ob die Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik auf ein bloßes *Aggiornamento* oder auf eine wirkliche *Umwälzung* des politischen Systems hinauslaufen würden.

Die aus den Neuen Sozialen Bewegungen hervorgegangenen radikalen Kräfte waren in dieser Auseinanderset-

zung mehrfach durch ihre eigenen Denk- und Praxismuster behindert: Die eigene lebensweltliche Orientierung an der Unmittelbarkeit der selbst gemachten Erfahrungen erschwerte nicht nur die Bündelung von praktischen Zwecken aus unterschiedlichen lebensweltlichen Milieus, sie behindert auch deren dauerhafte Verfolgung über längere Zeit aufgrund der sich im Lebenszyklus der TrägerInnen permanent verschiebenden Betroffenheitshorizonte. Strategiebildung und relative Verstetigung von Politik, als Grundbedingungen einer wirksamen Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen einer hochgradig arbeitsteiligen, rechtsförmig verfaßten und professionell betriebenen Politik- und Verwaltungspraxis der laufenden Geschäfte (vgl. Thaa 1994) bleiben den neuen Subjekten der Politik tendenziell derart fremd, daß sie lieber an andere abgegeben werden, als daß selbst Anstrengungen unternommen werden, derartige Fähigkeiten zu entwickeln.

Innerhalb der Parteientwicklung der Grünen nahm dies die spezifische Form an, daß niemals wirklich nachhaltige Anstrengungen unternommen worden sind, um *als Partei* die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Mobilisierung, zu fachkundiger Untersuchung oder auch nur zur politischen Weiterbildung der eigenen Mitglieder zu entwickeln. Das leisteten die vorgelagerten sozialen Bewegungen, z.T. auf ihrem „langen Marsch durch die Institutionen“, so daß mit dem Fortschreiten dieses Marsches derartige Funktionen immer mehr an bestimmte Teile der etablierten Politik-, Forschungs-, Medien- und Bildungs-Institutionen übergingen. AlternativpolitikerInnen, AlternativexpertInnen, alternative PublizistInnen und alternative politische Weiterbildner haben sich in diesem Prozeß weitgehend in die entsprechenden etablierten Professionen eingegliedert. Der von Robert Michels gegen den Gedanken der innerparteilichen Demokratie als Garanten des emanzipatorischen Charakters der sozialistischen Arbeiterparteien behauptete eherne Charakter des sozialen Strukturgesetzes des „Kreislaufs der Eliten“ scheint sich damit auch gegenüber dem außerparteilichen Impuls der APO, der außerparlamentarischen Opposition, wieder einmal bewährt zu haben.

Daneben spalteten die aus den Neuen Sozialen Bewegungen hervorgegangenen neuen politischen Subjekte sich immer wieder an einem Strukturproblem

„lebensweltlich“ motivierter Politik in einem „systemisch“ organisierten institutionellen Feld. Sie stehen immer wieder vor dem Dilemma, entweder selbst ihre lebensweltliche „Ganzheitlichkeit“ aufzugeben, um wirksam in die in Teilsysteme aufgegliederte politische und soziale Realität eingreifen zu können (vgl. Thaa 1994) - oder aber die präzise Umsetzung der von ihnen gegebenen Impulse anderen zu überlassen. Die grundlegende Spannung zwischen pragmatischer Präzision und fundamentalistischer Sensibilität ist daher innerhalb jeder alternativen Politik unaufhebbar, solange sie nicht schlicht in die gewöhnlichen Formen etablierter Politik abgeleitet oder aber den alternativen Impuls in eine sektenhafte Selbstbestätigung degenerieren läßt. Darin ist sie - zumeist ohne es zu wissen, so sehr ist sie immer noch von dem Eindruck des eigenen Neuanfangs bestimmt - Erbin des grundlegenden Dilemmas aller älteren Formen einer organisierten Politik der gesellschaftlichen Emanzipation: Wenn es denn auch wahr ist, daß „die soziale Emanzipation keine Parteisache“ ist, wie kann sie denn überhaupt wirksam betrieben werden, wenn es nicht gelingt, eine Partei der Emanzipation als „Ausdruck der wirklichen Bewegung“ auch zu organisieren?

2. Die Möglichkeiten der gegenwärtigen Lage

Die wirklich spannende Frage ist heute, ob das Fenster der historischen Gelegenheit bereits ungenutzt verstrichen ist oder ob es - und unter welchen Voraussetzungen - noch Möglichkeiten gibt, die politischen Erfahrungen der letzten 20 Jahre dazu zu nutzen, um wirklich noch eine Umwälzung des Politiktypus „Volkspartei“ in Gang zu setzen.

Die Prognose ist schwer. Eine einfache Trendverlängerung ergäbe sicherlich, daß auch in dem durch die Etablierung der Grünen (und ihre Reetablierung nach ihrer parlamentarischen Verdrängung im Zuge der deutschen Einheit) gekennzeichneten politischen Prozeß sich letztlich die Tendenz des herrschenden Blocks durchsetzt, seine Hegemonie politisch zu reproduzieren und insofern die allgemeinen Bedingungen kapitalistischer Ausbeutung zu gewährleisten. Das ist deswegen aber noch keineswegs deterministisch vorbestimmt: Jede neue Weichenstellung des histori-

schen Prozesses kann neue „Bifurkationen“ (Aufgabelungen, verschiedene mögliche Weiterentwicklungen in Abhängigkeit von sehr geringen Veränderungen der Ausgangsbedingungen; ein Begriff aus der Chaostheorie, Anm. d. Red.), schaffen und damit neue reale Alternativen eröffnen.

Der zentrale Anknüpfungspunkt für jede politische Transformationsstrategie ist dabei der innere Umbauprozess, den der Apparat der Volksparteien immer noch durchmacht, damit diese auch in Zeiten ohne umzuteilende Wachstumsgewinne als Massenparteien weiter ihre Integrationsfunktion erfüllen können. Angesichts der sehr unterschiedlichen Optionen, die hier noch offen zu sein scheinen, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von nationalistischer Identifikation und korporatistischer

An die Stelle der traditionellen Arbeitnehmerorientierung ist eine alternative Arbeitnehmerorientierung aufzubauen.

Wohlstandssicherung, sind diese Umbauprozesse noch nicht klar vorherzusagen. Dies gilt insbesondere unter den Bedingungen künftiger Weltmarkturbulenzen und einer auf Sicht noch nicht überwundenen innerdeutschen Einheitskrise, aufgrund derer in jedem Fall in Ostdeutschland für längere Zeit noch eine Sonderform des gesamtdeutschen Apparates der Volksparteien sich halten wird, in dem die PDS als regionale Alternativpartei einen Teil des sozialen Raumes besetzt hält, den in den übrigen Teilen Deutschlands bisher die Grünen für sich erschlossen haben. Zugleich wird die ostdeutsche Sozial- und Wirtschaftsstruktur aufgrund der überwältigenden Bedeutung von Staatstransfers für den Wirtschaftsprozeß und aufgrund des großen Gewichts des traditionellen Arbeitnehmermodells eine Sonderform des westdeutschen Parteiensystems mit vergleichsweise stark geschwächter Massenverankerung aller anderen Volksparteien und der PDS als „alternativer Volkspartei“ sich entwickeln lassen, während die Bündnisgrünen sich allenfalls die Hoffnung machen können, als ökologische und nichttraditionalistische Überzeugungspartei überhaupt noch eine marginale Rolle zu spielen.

Bedingungen einer Trendwende

Was sich jedoch angeben läßt, sind einige einfache Bedingungen dafür, daß eine derartige Trendwende durchgesetzt werden kann:

Erstens müssen die am politischen Prozeß beteiligten Akteure einer alternativen Linken (vgl. Heilmann/Wolf 1994) eine nüchterne Bilanzierung ihrer bisher unterschiedlichen Strategien in Angriff nehmen, indem die gemeinsame Fragestellung nach einer wirksamen Strategie den Vorrang vor der Rechtfertigung der eigenen strategischen Vorentscheidungen in den letzten Jahren gewinnt. Es ist *a priori* eben nicht zu entscheiden, welche Momente in welcher Weise zu einer erfolgversprechenden Strategie zur politischen Subversion des dominanten Politikmodells der Volksparteien und damit zur Transformation des ideologischen Staatsapparates „Politik“ zu kombinieren sein werden. Die Verbindung zu der real existierenden Arbeiterbewegung, das programmatische Festhalten an einer ausdrücklichen Sozialismusidee oder die Nähe zu den Neuen Sozialen Bewegungen, die jeweils isoliert für die Optionen der auf unterschiedliche politische Parteien verteilten TrägerInnen einer alternativen linken Politik stehen, sind gewiß als langfristig unverzichtbar zu betrachten. Sie sind aber jeweils für sich nicht hinreichend, um die entsprechenden Optionen als die allein rationalen und realitätstüchtigen auszuzeichnen. Hier ist ein vorurteilsloser Dialog und Erfahrungsaustausch notwendig, um in einer Situation der Ungewißheit ein Maximum an Lerngewinn aus der Verfolgung unterschiedlicher, konfligierender politischer Optionen zu ziehen.

Zweitens ergeben sich einige inhaltliche gemeinsame Aufgaben für alle diejenigen Kräfte, die eine Politik jenseits des Volksparteien-Modells entfalten wollen. Diese ergeben sich zum einen aus dem Gesichtspunkt, daß die politische Überformung der Klassenverhältnisse auf Massenebene, wie sie für die Volksparteien charakteristisch ist, nicht durch eine nach einem „Enthüllungsmodell“ betriebene Aufklärung über die eigentlichen Klasseninteressen der Beteiligten aufgehoben werden kann, sondern allein durch einen zusätzlichen Politisierungsschub, der es erst ermöglicht, ökonomische Interessen mit feministischen und ökologischen Ansprüchen dauerhaft und wirksam zu verknüpfen. Zum ande-

ren aber auch daraus, daß letztlich eine Rückvermittlung der politischen Praxis in die Kernbereiche der materiellen Reproduktion der modernen Gesellschaften auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse die entscheidende Voraussetzung dafür bildet, strukturelle Veränderungen des Kapitalverhältnisses, der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse oder der parasitären Mensch-Natur-Verhältnisse durchsetzen zu können: durch die politische Aktivierung der entsprechenden Bereiche materieller menschlicher Praxis, vor allem der Arbeitnehmer und der Frauen. An die Stelle der traditionellen Arbeitnehmerorientierung ist daher als gemeinsame Resultante eine alternative Arbeitnehmerorientierung aufzubauen, die die „neuen Bedürfnisse“ nach konkreter Selbstbestimmung ernsthaft aufgreift und dafür das „unternehmerische“ („entrepreneuriale“) Element von Eigeninitiative und Eigenverantwortung als Teil einer hegemoniefähigen Praxisorientierung aneignet, anstatt derartige „Individualismen“ auf die „Mittelschichten“ hin abzuspalten.

In vergleichbarer Weise ist daran zu arbeiten, den abstrakten Gegensatz zwischen dem lebensweltlichen Moralismus, der aus den neuen sozialen Bewegungen kommt, und dem institutionellen Formalismus der Funktionsträger von Staat und Großorganisationen in Richtung auf eine alternative Institutionenentwicklung zu überwinden, die sowohl dauerhafte Zusammenhänge in gesellschaftlichen Organisationsformen schafft, als auch die administrativen Zwänge zu überwinden beginnt, die einer Umsetzung alternativer Politik in den Verwaltungsstrukturen entgegensteht.

Vielleicht wird es am Wichtigsten sein, daß in diesem Prozeß nicht das lähmende Wechselspiel von Ungeduld und Quietismus die Oberhand gewinnt, das immer wieder die Debatte über die Politik- und Arbeitsformen emanzipatorischer politischer Bewegungen blockiert oder zur Unfruchtbarkeit verurteilt hat. Es ist offenbar schwer, beides gleichzeitig festzuhalten: Die ersten Schritte zumindest eines derartigen Transformationsprozesses werden schwer und klein sein, und ohne wirklich weit, auf eine Umwälzung des bestehenden politischen Herrschaftssystem des ideologischen Apparates der Volksparteien zu zielen, werden auch die energischsten ersten Schritte „im Räderwerk“ kleingearbeitet werden.

Perspektiven einer alternativen Linken

Damit kommt die Perspektive in den Blick, anstatt der Umverteilung von Geld und materiellen Gütern - die für die unteren Schichten und die von sozio-ökonomischer Ausgrenzung betroffenen Segmente der erwerbsarbeitsabhängigen Bevölkerung allerdings immer noch eine zentrale Priorität bilden - der Umverteilung von Machtteilnahmechancen, d.h. einer breiten gesellschaftlichen Demokratisierung und der Steigerung von Freiheitsgraden und Selbstbestimmungsräumen einen gesellschaftspolitisch zentralen strategischen Stellenwert einzuräumen. Dies muß sich gerade auch auf die scheinbar unpolitisch „verrechtlichten“ partikularisierten Gesellschaftsbereichen wie im Erwerbsarbeitsprozeß oder die ins Unpolitische hinein „individualisierten“ Bereichen wie die Hausarbeit beziehen. Es geht darum, auf eine in der Tendenz dem gegenwärtigen Trend entgegengesetzte Weise die Schranken des alten, wachstumsgebundenen Fordismus hinsichtlich der Weiterentwicklung des fordistischen Modells der Volksparteien zu überwinden.

Das Subjekt einer derartigen Trendwende ist absehbar keines der heute bereits soziokulturell konstituierten Milieus (vgl. von Oertzen, Vester 1993). Es wird vielmehr eine sich im Prozeß konstituierende alternative „Intelligenzia“ sein müssen, die sich zu einem neuem Selbstverständnis durchringt: zwar nicht indem sie sich als Teil eines im entwickelten Kapitalismus notwendigerweise imaginären (oder gar eines alternativen) „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ begreift, aber doch als wichtiges Element eines alternativen Bündnisses, das ohne die analytischen und programmatischen, „artikulativen“ Leistungen dieser Intelligenz gar nicht zustandekommen könnte.

Literatur

- Ebermann, Trampert, 1984: Die Zukunft der Grünen, Hamburg.
 Heilmann/Wolf, 1994: Grüne nach den Wahlen, in: SPW 80, 6/94
 Dräger/Hülsberg, 1988: Aus für Grün?, Frankfurt
 Jäger/Elferding: Korporatismus und Populismus, Argument-Sonderband
 Fieber, 1988: Die außerparlamentarischen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Grünes und Alternatives Jahrbuch 1988, Köln
 von Oertzen, 1994: Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün?, spw 77, 3/94
 Pecheux, 1983: Ideologie als Festung oder paradoxer Raum, in: Das Argument
 Raschke 1983: in: Das Argument 137

Thaa, 1994, in: Thaa, Salomon u.a.: Grüne an der Macht, Köln
 Vester, von Oertzen u.a., 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln

- 1 Es ist ein - nicht einfach als kurios beiseitezuschiebender - Ausdruck dieses „Geistes der Zeit“, daß die politischen Herrschaftsinhaber in der damaligen DDR sehr großen Wert darauf legten, ihre Staatsmacht als „Arbeiter- und Bauernstaat“ durch eine „Einheitspartei“ zu legitimieren, die auf dem Klassenbündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz beruhen sollte, sowie durch eine „Nationale Front“ von politischen Parteien, die über alle Klassengrenzen hinauszuweisen behauptete.
- 2 Ich gehe davon aus, daß daß die „Klassenkämpfe“ auch im Fordismus nicht „weniger“ geworden sind; mit der veränderten Artikulationsform der „sozialpartnerschaftlichen Interessenspolitik“ verändern sich allerdings die Kategorien, unter denen praktische Antworten auf die beiden Fragen formuliert werden, wer sich (in welchen praktischen Prozessen) überhaupt als „Klasse“ artikuliert und was „die Klasse tut, wenn sie kämpft“. „Streiken“ gehört in dieser Perspektive für die subalterne Klasse ebenso dazu wie „auf einem abgeschlossenen Tarifvertrag bestehen“ - und was jeweils „richtig“ ist (und was wirklich geschieht), ist nicht allgemein, unabhängig von der Erkenntnis der konkreten Lage, beantwortbar.
- 3 Raschke verweist dazu überzeugend auf die „zur Aufrechterhaltung des Parteiendualismus“ notwendigen (symbolischen) „Zusatzangebote“, die die Grenze für die „sonst richtig beobachtete Tendenz zum Einparteiensstaat“ bilden (1983, S. 55).
- 4 „Eine wesentliche Ursache für die Krise der Volkspartei ist die Wachstumskrise. Die Basis der Volkspartei war ja immer ein Tauschgeschäft: der Bürger gab der Partei seine Stimme für ein glaubwürdiges Versprechen auf Wohlstandssteigerung.“
- 5 Die Literatur zum „Parteiensstaat“ hat z.T. die Verwandlung der Parteien von gesellschaftlichen Organisationen in staatliche Institutionen überzeichnet. Es ist aber kaum zu bestreiten, daß die modernen Volksparteien in erster Linie „von oben“, aus Regierung und Parlament bestimmte Institutionen darstellen und erst in zweiter Linie immer noch als Kanäle für eine organisierte Selbstaktivierung gesellschaftlicher Kräfte fungieren.
- 6 Bei Trampert/Ebermann (1984) findet sich noch ausdrücklich die Hoffnung auf eine Ablösung zumindest der SPD durch die Grünen als neue führende Kraft gesellschaftlicher Opposition und politischer Alternative.
- 7 Die seit Inglehart geläufige Kennzeichnung dieser neuen Spaltungslinie durch die Terminologie „Materialistisch/Postmaterialistisch“ ist einigermaßen fordistisch borniert, da sie materialistische Interessen sich offenbar nur als Interesse am privaten Erwerb, Besitz und Verbrauch von materiellen Gütern vorstellen kann.
- 8 Bemerkenswert ist dabei, daß sich hier die marktvermittelte, tendenziell individualistisch angelegte Form des (u. U. auch gemeinnützigen) „Alternativbetriebs“ gegenüber allen explizit politisch oder ideologisch begründeten Formen der Institutionenbildung weit in den Vordergrund schob.
- 9 Dafür traten nicht nur die Realos als Koalitionsbefürworter ein, sondern auch die Anhängerinnen einer Programmtolerierung auf der Grundlage eines ausgehandelten Regierungsprogramms oder die Vertreter einer Installierungstolerierung ohne feste Vereinbarung (wie sie z.Zt. in Magdeburg von der PDS praktiziert wird).

Ladenschluß: Deregulierung statt notwendiger Strukturpolitik

von Liselotte Hinz*

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt frohlockt. Das gemeinsam mit seinem Kabinettskollegen Blüm in Auftrag gegebene ifo-Gutachten liefert Deutschlands oberstem Deregulierer eine „wissenschaftliche“ Grundlage für die in seiner Partei schon seit Jahren gehegte Absicht, das Ladenschlußgesetz abzuschaffen bzw. zu ändern.

Das Ladenschlußgesetz ist ernsthaft in Gefahr - und das nicht nur aufgrund des ifo-Gutachtens und des zunehmenden Druckes durch die Medien. Schon vor der Veröffentlichung des ifo-Gutachtens haben sich wichtige Unternehmensverbände des Einzelhandels (Bundesverband der Filialbetriebe und SB-Warenhäuser, Bundesverband der Mittel- und Großbetriebe), aber auch Spitzenmanager großer Handelskonzerne und der DIHT für eine Veränderung, ja sogar Abschaffung des Ladenschlußgesetzes ausgesprochen. Wettbewerbs- und ordnungspolitische Vorstellungen (Liberalisierung, Deregulierung, mehr Flexibilität) verbinden sich mit handfesten ökonomischen Interessen und Problemen: Es geht um die Verteilung des kleiner gewordenen Umsatzkuchens. Insbesondere die großen Handelskonzerne versprechen sich bei einer Veränderung der Ladenöffnungszeiten Wettbewerbsvorteile.

Nur noch die Tarifvertragsparteien - auf der einen Seite der (zerstrittene) Hauptverband des deutschen Einzelhandels, auf der anderen Seite die Gewerkschaften (hbv und DAG) sprechen sich mit guten Gründen für die Beibehaltung der jetzigen gesetzlichen Ladenöffnungszeiten aus.

I. Das ifo-Gutachten: Von Kauflust, Zeitpionieren, innovativen Unternehmen

Das im August vorgelegte Gutachten macht u.a. folgende Vorschläge:

- Verlängerung der Öffnungszeiten von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr von montags

* Liselotte Hinz, ist Gewerkschaftssekretärin beim hbv-Landesbezirk NRW

bis freitags. Dieses „erweiterte Zeitfenster“ verbessere, so das ifo, die Chancen für die „wettbewerbs- und öffnungsaktiven Unternehmen“, sich eine „individuelle Marktposition“ zu erarbeiten. Öffnungszeiten bis 22.00 Uhr sollen gesamtwirtschaftlich notwendige Innovationen stimulieren und mehr Möglichkeiten bieten, dem „erlebnisorientierten“ Verbraucher neue Waren und Dienstleistungen anzubieten.

- Verlängerung der Ladenöffnungszeiten von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr an jedem Samstag. Damit würde der „Dispositionsfreiheit von Einzelhandelsunternehmen und Verbrauchern mehr Rechnung getragen“.

- Verzicht auf eine zeitliche Beschränkung der wöchentlichen Öffnungszeiten, damit den Unternehmen die Chance gegeben wird, „im Rahmen eines sich über einen längeren Zeitraum hinweg ergebenden Such- und Optimierungsprozesses die für sie günstigsten Öffnungszeiten auszutesten“.

- Möglichkeit einer Mittelstandsempfehlung im Sinne des § 38 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für die Festlegung gemeinsamer Ladenöffnungszeiten in lokalen Absatzmärkten, um „die Attraktivität von gewachsenen Agglomerationen von größeren und kleineren Einzelhandelsgeschäften im Falle einer Liberalisierung nicht durch verschiedenartige abendliche Ladenschlußzeiten zu gefährden“.

- Möglichst weitgehender Abbau von Ausnahmeregelungen von den gesetzlichen Ladenöffnungszeiten für bestimmte Standorte, Gemeinden oder für verschiedene Anlässe (allerdings bei Beibehaltung der Regelungen für den Verkauf an Sonn- und Feiertagen!).

- Einführung von Nachtlizenzen. Bestimmte Geschäfte sollen auch nach 22.00 Uhr verkaufen dürfen.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen führt dann in eine für die Verbraucher und Einzelhändler paradiesische Zukunft. Das ifo-Institut verspricht 20 Mrd. DM mehr Umsatz im Einzelhandel und 50.000 bis 55.000 neue Arbeitsplätze. Wer könnte bei diesen Versprechungen noch ernsthaft gegen eine Verände-

rung des Gesetzes sein?

Für die Gewerkschaft hbv kommen die Empfehlungen des ifo-Gutachtens nicht überraschend. Allerdings überraschend ist, wie sich die Gutachter über die Ergebnisse ihrer eigenen Befragung hinwegsetzen, um die ordnungs- und wettbewerbspolitisch gewollte Beseitigung des Ladenschlußgesetzes zu begründen. Und genauso überraschend ist, wie schnell und populistisch Politiker bereit sind, zugunsten von vagen und bereits auf den ersten Blick unseriösen Versprechungen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von 3 Mio. Beschäftigten in Kauf zu nehmen.

II. „Von Dichtung und Wahrheit“: Anmerkungen zum ifo-Gutachten²

Was wollen die Verbraucher?

Das ifo-Institut stellt fest:

- 68% der Befragten sind mit den jetzigen Öffnungszeiten zufrieden. Das sind die sog. „Zeitkonformen“.
- 20% der Befragten haben häufig aufgrund ihrer zeitlichen Eingebundenheit durch Beruf, Familie und Freizeitaktivitäten Probleme mit den Einkaufszeiten. Diese „zeitgebundenen“ Verbraucher haben - so wird festgestellt - einen aufgestauten Konsumbedarf, den sie bisher nicht decken konnten.
- 11% der Befragten haben keine Probleme mit den Öffnungszeiten, fänden aber mehr Zeit zum Erlebniseinkauf schön! Sie würden aber nicht mehr Geld ausgeben.

79% aller Befragten geben also an, mehr oder weniger problemlos ihre Einkäufe während der bestehenden Öffnungszeiten erledigen zu können. Das ifo unterstellt, daß diese Verbraucher auf den Geschmack kämen, wenn die Läden länger geöffnet sind. Die Erfahrungen des langen Donnerstags werden dabei ignoriert: Nur 50% der Verbraucher nutzen diesen Spätöffnungstag, nur 16% der Läden haben überhaupt geöffnet.

Das ifo-Institut unterstellt weiter, daß wenn der Einzelhandel endlich

'innovative Marktpotentiale' entdecken würde - ein Teil der Verbraucher von ihrem verfügbaren Einkommen wieder mehr Geld in den Einzelhandel fließen lassen würde, ca. 2,5% mehr. Das sind dann insgesamt 20 Mrd. mehr Umsatz. Allerdings gibt das Gutachten selber zu, daß die Verbraucher heute weniger Geld im Einzelhandel lassen, weil sie sich „Verwendungsbereichen außerhalb des Waren- und Dienstleistungsangebots von Einzelhandelsgeschäften zugewandt haben“ (Urlaub!) und weil ein „überproportionaler Preisanstieg in einigen Verwendungsbereichen“ (Miete, Gebühren) Kaufkraft absorbiert habe.

Sie prognostizieren allerdings eine Trendwende, wenn der Einzelhandel „mit innovativen Leistungsangeboten ein neues Profil entwickeln würde“. Auf wessen Kosten der Einzelhandelsumsatz wieder ansteigen soll, wird allerdings nicht gesagt: Soll weniger gespart werden? Werden die Mieten und Abgaben geringer? Wird die Urlaubsreise für einen Erlebniseinkauf gestrichen?

Was wollen die Betriebe?

Dieser Teil der Befragungsergebnisse ist mit äußerster Vorsicht zu genießen. Verschiedene Konzernspitzen haben ihre Geschäftsführer vor Ort im Vorfeld der Studie angewiesen, im Falle einer Befragung für eine Ausweitung der Öffnungszeiten zu plädieren!

Die Befragung hat (trotzdem) ergeben:

- 56% der Betriebe sind für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes.
- 5% sind unentschieden.
- 26% sind für völlige Freigabe.
- 13% sind für Ausweitung am Abend und/oder am Samstag.

Und selbst bei den Anhängern längerer Öffnungszeiten ist das Interesse nicht so groß: Nur 20% aller Betriebe würden von sich aus länger öffnen, 20% erst einmal abwarten. Deutliche Umsatzzuwächse versprechen sich nur 15-20% der Betriebe, 10% befürchten sogar Umsatzrückgänge. Wie erwartet, sind die Kauf- und Warenhäuser, Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser und Fachmärkte an Veränderungen interessiert. Nicht aber mittelständische Läden, vor allem die Fachgeschäfte an Stadträndern. Sie befürchten Umsatzverluste.

Wie schafft es das ifo dann, daraus einen Gesamtzuwachs der Umsätze von 2-3% zu machen? Ganz einfach: Die oben genannten Vertriebslinien des Einzelhandels erhoffen sich natürlich Umsatzzuwächse, sie hoffen, im Kampf um Marktanteile auf Kosten anderer zu gewinnen. Die 'Hoffnungen' werden einfach addiert.

Dagegen sprechen die Erfahrungen mit dem langen Donnerstag:

- Es hat Umsatzverlagerungen von wohngebietsnahen Läden in den Kleinstädten und Stadtrandlagen hin zu den Zentren (Innenstädte, Einkaufszentren) gegeben.

● Umsätze wurden im Wochenverlauf vom Freitag/Samstag auf den Donnerstag verlagert.

Gewinner dieser Entwicklung sind die großen Einzelhandelskonzerne mit Filialen in attraktiven Innenstädten und Einkaufszentren. Verlierer sind mittelständische wohngebietsnahe Geschäfte. Bei verlängerten Öffnungszeiten wird sich der Kampf um die Umsätze verschärfen.

Und die Wünsche der Beschäftigten?

Nach den Ergebnissen des ifo-Instituts sind

- nur ca. 50% der Einzelhandelsbeschäftigten gegen eine Ausweitung der Arbeitszeit am Abend und am Samstag nachmittag.
- 27% würden ohne Vorbedingungen abends und samstags länger arbeiten,
- 23% dann, wenn sie besser bezahlt würden bzw. ihre Arbeitszeitwünsche besser einbringen könnten.

Unsere Erfahrungen und Befragungen sagen etwas anderes: Eine im Auftrag von hbv durchgeführte Repräsentativerhebung zu den Arbeitszeitwünschen der Einzelhandelsbeschäftigten kommt u.a. zu dem Ergebnis, daß 77% der Männer und 77% der Frauen im Westen und 77% der Männer und 86% der Frauen im Osten für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes sind. Arbeit an Samstagen und am langen Donnerstag wird nach wie vor als äußerst belastend empfunden.

55.000 neue Arbeitsplätze?

Das beschriebene Umsatzplus bringe - so das ifo-Institut - 50.000-55.000 neue Arbeitsplätze. Es wird aber festgestellt, daß

- die sog. 'Nischenläden' kaum mehr Personal einstellen würden. Die Ladenöffnungszeiten werden verschoben und die Arbeitszeit der Ladeninhaber und Familienangehörigen verlängert.
- die Mehrzahl der Einzelhandelsunternehmen plant, die erhofften Umsatzzuwächse über veränderte Personaleinsatzpläne (flexible Arbeitszeiten, Arbeit auf Abruf) zu mindestens 1/3 aufzufangen. Es soll jedoch aufgrund der jetzt schon dünnen Personaldecke auch neu eingestellt werden.

Und das ifo stellt fest, welche Art von Arbeitsplätzen dabei neu entstehen werden: „Etwa drei Viertel des zusätzlichen Personalbedarfs dürften durch Teilzeitkräfte, insbesondere geringfügig Beschäftigte, gedeckt werden.“ Es verschweigt, daß es auch Arbeitsplatzverluste bei den Verlierern beim Kampf um die Umverteilung des Umsatzes geben wird.

III. Was ist los im Einzelhandel

Die wirtschaftliche und strukturelle Situation im Einzelhandel ist äußerst brisant.³ Nach den Boom-Jahren der Vereinigung mit zweistelligen Umsatzzuwächsen verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage rapide. Die Umsatzeinbrüche sind auf die bekanntermaßen sinkenden Realeinkommen und auf veränderte Präferenzen beim privaten Verbrauch zurückzuführen. Überhitzte Flächenexpansion, vorwiegend in den neuen Bundesländern, regelrechte „Preis-schlachten“ und verschärfte Konzentration bei gleichzeitigem Ladensterben sind die eine Seite des Kampfes um den kleiner gewordenen Umsatzkuchen. Personalabbau, zwangsweise Arbeitszeitreduzierungen, Verschlechterung der Personalstruktur (Abbau der Stammbeschaften bei gleichzeitigem Ausweiten der Randbelegschaften) und immer mehr Leistungsdruck bei den ArbeitnehmerInnen sind die andere Seite. Nur einige Stichworte dazu:

- Der Einzelhandel ist eine äußerst heterogene Branche, gekennzeichnet durch unterschiedliche Vertriebskonzepte und damit verbundene Personalstrukturen. In den letzten 15 Jahren hat

es sehr starke Verschiebungen innerhalb dieser Vertriebslinien gegeben. Personalintensive Vertriebsformen haben an Gewicht verloren. So verringerten sich die Marktanteile der Warenhäuser seit 1980 von 7,2% auf 5,3%, die der traditionellen Fachgeschäfte von 55,4% auf 36,1%. Weniger personalintensive Vertriebslinien haben enorm an Boden gewonnen. Z.B. weisen filialisierte Fachgeschäfte einen Zuwachs von 18,0% auf 21,8% auf, SB-Warenhäuser von 11,9% auf 17,5% und Fachmärkte von 2,0% auf 13,8%. Hinter diesem Strukturwandel verbirgt sich ein starker „trading-down“-Prozeß - Bedienung und Beratung und damit Personal werden systematisch abgebaut.

- Der Konzentrationsprozeß schreitet rapide voran. Im letzten Jahr waren vor

Die Angriffe auf das Ladenschlußgesetz gehen einher mit dem Infragestellen der Tarifautonomie und mit der Forderung, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Arbeitszeitgestaltung abzuschaffen.

allein die Übernahmen im Warenhausbereich spektakulär: Zwei Warenhauskonzerne (Kaufhof mit Horten und Karstadt mit Hertie) beherrschen nunmehr dieses Marktsegment. Im Lebensmittel-einzelhandel vereinigen 1994 die 10 größten Unternehmen 78% des Umsatzes (1992 waren es noch 70%) auf sich. Riesige Konzerne beherrschen den Markt: so an erster Stelle der Metro-Konzern (mit dem Kaufhof, der Kaufhalle, Saturn, der ASKO-Gruppe mit den real-SB-Warenhäusern, Praktiker-Baumärkten, Lebensmittel-filialbetrieben unter den Namen Schätzelein, Extra usw.) mit 60,5 Mrd. DM jährlichem Umsatz. Ihm folgt die REWE-Gruppe mit 42,7 Mrd. Umsatz usw. Die Konzentrationsprozesse bedeuten immer auch Personalabbau, vorrangig in den Bereichen der Verwaltung und Logistik.

- Der hohe Konzentrationsgrad bedeutet aber (noch) keine Einschränkung der Wettbewerbsintensität. Im Gegenteil:

Zur Zeit wird insbesondere mit den Mitteln „Preis“ und „Fläche“ aggressiv um Marktanteile gekämpft. Derzeit spielen sich regelrechte „Preiskriege“ ab. Verkäufe unter dem Einstandspreis im Lebensmitteleinzelhandel, Preisverfall bei der Unterhaltungselektronik, Schnäppchen im Textilbereich usw. Diese für den/die VerbraucherIn erst einmal günstige Situation hat Folgen und ist auch nicht von Dauer. So wird diese Preispolitik u.a. den Konzentrationsprozeß über einen Verdrängungswettbewerb verstärken, zu sinkenden Renditen und damit zu mehr Druck auf die Personalkosten führen, den verschärften Druck auf Industrie und Großhandel mit entsprechenden Konsequenzen für die Beschäftigung verstärken.

Die Flächenkonzentration als ein Mittel im Konkurrenzkampf hat zu einer Überkapazität von ca. 6 Mio. qm, insbesondere in den neuen Bundesländern, geführt. Die Expansion geht dort zu Lasten der Innenstädte und der wohnortnahen Versorgung, die sog. „grüne Wiese“ expandiert. Und jede Woche öffnet ein neues Einkaufszentrum die Türen. Je Einwohner gibt es heute in den neuen Bundesländern bereits 2,5 mal soviel Verkaufsfläche wie in den alten Bundesländern, bei Realisierung aller Planungen lautet das Verhältnis 1 zu 10.

Fazit: In dieser so wichtigen Branche droht eine Strukturkrise, der Markt als alleiniges Lenkungsmittel droht zu versagen. Regulierende Eingriffe sind notwendig, z.B. die Beschränkung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen, mehr Fusionskontrolle usw. Aber das ist ordnungspolitisch nicht oder kaum gewünscht. Stattdessen ist Deregulierung durch die Veränderung des Ladenschlußgesetzes angesagt.

Die Arbeitsplatzsituation im Einzelhandel

Wirtschaftliche Risiken - und daran hat sich nichts geändert - werden auf dem Rücken von ArbeitnehmerInnen ausge-tragen. Nur - während in Männerbranchen der Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen (zurecht) einen Sturm der Entrüstung entfacht, wird der Abbau von zigtausend Frauenarbeitsplätzen von Politik und Öffentlichkeit weitestgehend ignoriert. Politiker aller Parteien haben sich in der Vergangenheit so gut wie überhaupt nicht um die Probleme des Einzelhandels mit seinen 3 Mio. Beschäftigten gekümmert. Vielleicht deshalb, weil es sich „nur um

Kongreß zum

marxistischen Denkens

Engels-Kongreß

Köln-Deutz, Gymnasium Thurnstraße



F. Engels

Aktualität

100. Geburtstag von Engels

Programme:

Stadtführung auf den Spuren von Engels und Marx in Köln

Kolossal von Peter von Soltan

Abendessen

Live-Konzert in der Mitternacht

Sonntag

Phil. B. (Gedächtnisfeier) 10.00 Uhr

Frank Schmidt (19.00 Uhr) 10.00 Uhr

11.00 Uhr

eine Frauenbranche“ (mit 70% Arbeitnehmerinnen) handelt, in der überwiegend „Dazuverdienerinnen“ arbeiten?

Seit 1992 sind in den alten Bundesländern weit über 120.000 Vollzeitbeschäftigte im Einzelhandel vernichtet worden, bei einem leichten Wachstum der Teilzeitarbeitsverhältnisse (10.000 bis 15.000). In den neuen Bundesländern hat sich die Beschäftigung von 600.000 (1991) auf rund 380.000 verringert! Wenn die Vermutung richtig ist, daß die Veränderung des Ladenschlußgesetzes zu einem noch härteren Ausleseprozeß im Einzelhandel führen wird, dann wird sich diese Arbeitsplatzsituation dramatisch zuspitzen.

Schon heute weist die Frauenbranche Einzelhandel einen

- sehr hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigung auf. 40% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ArbeitnehmerInnen haben Teilzeitarbeitsverhältnisse (mit zunehmender Tendenz). In einigen Vertriebslinien liegt der Teilzeitanteil inzwischen bei 80%.

- Zusätzlich arbeiten rund 500.000 Menschen als geringfügig Beschäftigte ohne Sozialversicherung. Es gibt Unternehmen, die bereits mit einem Anteil von 35% an der Gesamtbelegschaft fahren.

- Der Einzelhandel weist sich durch überdurchschnittlich viele Aushilfsarbeitsverhältnisse und befristete Arbeitsverträge aus.

Diese Personalstruktur ist äußerst flexibel

- bei konjunkturell bedingten Umsatzveränderungen. Die Anpassung läuft flexibel über die Arbeitszeit oder/und über die befristeten Arbeitsverhältnisse.

- bezogen auf Umsatzverlagerungen (Kundenfrequenzen) im Tages-, Wochen- und Jahresverlauf.

Eine Veränderung des Ladenschlußgesetzes wird keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, wie das ifo-Institut es behauptet. Es besteht vielmehr die Gefahr einer noch stärkeren Aufspaltung der Belegschaften in Stamm- und in Randbelegschaft. Die zusätzlichen Öffnungszeiten (abends und an Samstagen) werden mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen abgedeckt (s.o.).

Schon heute gibt es im Einzelhandel äußerst ungünstige Arbeitszeitlagen. Die Beschäftigten im Einzelhandel sind gegenüber den ArbeitnehmerInnen vieler anderer Branchen erheblich benachteiligt. Ein spätes Arbeitszeitende, regelmäßige Samstagsarbeit, regelmäßi-

ges Arbeiten an sog. Brückentagen usw.

Diese ungünstige Arbeitszeitlage wirft vor allem für die erwerbstätigen Frauen große Probleme auf. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Arbeiten und Leben ist für hunderttausende ein tagtägliches Kunststück. Dazu kommt der faktische Ausschuß von vielen sozialen und kulturellen Zusammenhängen. Es braucht nicht beschrieben zu werden, daß sich durch eine Veränderung des Ladenschlußgesetzes die Arbeitszeitsituation und damit die Lebensqualität für die Beschäftigten des Einzelhandels dramatisch verschlechtern wird.

Und auf für kollektive Prozesse - z. B. für Betriebsratsstätigkeit und Gewerkschaftsarbeit - wichtige Einschnitte sei noch verwiesen: Schon heute ist es kaum möglich, auf gemeinsame Zeiten im Betrieb zu orientieren, kollektive Zusammenhänge werden immer schwieriger herzustellen sein. Und es ist noch nichts gesagt worden über höhere Kosten, mehr Energieverbrauch, über veränderte Verkehrsströme und, und

IV. Gesamteinschätzung

Die „freie Fahrt für den Markt“, mehr Deregulierung und Flexibilisierung wird nicht zu dem erhofften Wachstum, zu mehr Arbeitsplätzen führen. Wenn die jetzt schon offensichtlichen Warnzeichen ernst genommen werden, dann kann durch die Veränderung der Ladenöffnungszeiten nur eine andere Entwicklung prognostiziert werden:

Existenzvernichtung vieler kleiner und mittlerer Einzelhandelsgeschäfte, ruinöser Wettbewerb auch bei großen Handelsketten, Arbeitsplatzverluste, eine weitere Segmentierung der Arbeitsverhältnisse und eine weitere Belastung der überwiegend weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel. Die Gewerkschaft hbv hat also genügend

Grund, für eine Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes zu kämpfen.

Und es geht nicht nur um das Ladenschlußgesetz. Die Angriffe auf dieses „Schutzgesetz“ für ArbeitnehmerInnen und Einzelhandelsstrukturen sind Teil der immer massiver werdenden Deregulierungsoffensive. Sie gehen einher mit dem Infragestellen der Tarifautonomie, dem massiven Verlangen von tariflichen Öffnungsklauseln, den neuen Plänen zur Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, der Umwandlung des freien Samstags zum Regelarbeitstag und nicht zuletzt mit der Forderung, das Herzstück des Betriebsverfassungsgesetzes, den § 87 - und damit das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Arbeitszeitgestaltung - abzuschaffen.

Ein Gutachter des ifo-Instituts macht dann auch den Vorschlag, mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes das leidige Problem der Mitbestimmung der Betriebsräte bei Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit gleich mit zu erledigen.

- 1 Vgl. ifo-Institut: Überprüfung des Ladenschlußgesetzes vor dem Hintergrund der Erfahrungen im In- und Ausland; Zusammenfassung, München im August 1995.
- 2 Entnommen aus hbv: Anmerkungen zum ifo-Kurzgutachten „Von Dichtung und Wahrheit“; Düsseldorf 1995.
- 3 Vgl. hbv-Positionspapier: Für einen arbeitnehmerorientierten und kundennahen Einzelhandel, Düsseldorf 1995.

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem sechsten Erscheinungsjahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

UTOPIE kreativ erscheint seit November 1994 wieder monatlich
 Einzelheft 7,50 DM
 Jahresabonnement
 Inland: 80 DM (incl. Porto)
 Ausland: 98 DM (incl. Porto)
 Förderabonnement: 120 DM
 Information und Bestellungen:
 Redaktion UTOPIE kreativ
 Weydingerstr. 14-16
 10178 Berlin
 Tel. 030-28409561

Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin
 Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 Plz, Ort: _____

Ich bezahle
 bargeldlos durch Bankeinzug
 Geldinstitut
 Kto-Nr. _____
 BLZ: _____
 auf Rechnung

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
 Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: _____ Unterschrift: _____

„Die Alterslüge“

von Josef Didier*

Rezension zu: Heidi Schüller: Die Alterslüge, Berlin 1995. Rowohlt Verlag, 208 S., DM 36,-

Der Rundumschlag der Olympionikin, Medizinerin, Journalistin und zuletzt Rudolf Scharpings Schattenministerin liegt im Trend unserer Zeit. Der Angriff auf die staatlichen Sozialsicherungen, angeführt von den Interessenverbänden des Kapitals und unterstützt von der Bundesregierung, hat nach der deutschen Vereinigung Ausmaße angenommen, die Rudolf Dressler veranlaßten, am 8. Juli d.J. mit resignierendem Unterton in einem Pressekommunikat festzustellen: „Der private Vorsorgezug steht unter Dampf und ratiert mit wachsender Geschwindigkeit durch die deutsche Nachkriegsgeschichte“. Ermuntert durch rechtsautoritäre Vordenker konnte der Generalinspekteur der Bundeswehr bereits 1992 in pathetischem Ton triumphieren: „Zu Ende geht eine Periode, die mit der Französischen Revolution ihren Anfang nahm“.

allseits Ablehnung und selbst bei der politischen Rechten Unmut erregend. Alle sozialen Sicherungssysteme unterliegen dem Verdikt der Kritikerin und wehe dem, der auf die Gebrechen kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Unordnung als Ursache unserer sozialen Defizite verweist. Dessen Argumente sind schnell als Klassenkampfpapier abgetan.

Von der nachlassenden Sterbefreudigkeit der Alten

Der Titel läßt ahnen: Sie hat es besonders auf die Alten abgesehen. Ihre Zahl wächst ständig, wohingegen die Zahl ihrer Ernährer schrumpft. Ihre apokalyptischen Prognosen können unbedarften Gemütern Alpträume beschweren. Denn wenn die Relation beschäftigter Beitragszahler in die gesetzliche Rentenkasse zu Rentenbeziehern (z.Z. 2,34:1) maßgeblich für Höhe und Sicherheit bzw. Unsicherheit der Renten ist, dann wäre die Endzeit der gesetzlichen Altersvorsorge, die mit dem juristi-

schungssysteme auf den Gesetzesweg kamen, muß es den Rentnern - folgt man der Logik Heidi Schüllers und anderer - blendend ergangen sein. Denn im Jahre 1900 verhielt sich die Zahl der Beschäftigten zu der der Rentner wie 42,7:1. Da reibt man sich die Augen und zweifelt. Um die Ursachen dieses zunächst kaum verständlichen Phänomens zu begreifen, bedarf es einiger demographischer Vergleiche. Das Deutsche Reich zählte zur Jahrhundertwende 598.927 Renten. Diesen standen 25.548.000 Beschäftigte gegenüber. Die Durchschnittsjahresrente betrug 143,-, das Durchschnittsjahreseinkommen der Beschäftigten 843,- Reichsmark.¹

Das erklärt allerdings noch nicht das scheinbar günstige Verhältnis Beitragszahler:Rentner. Es gründet sich auf die durchschnittliche Lebenserwartung von damals, die bei Männern 44,8 und bei Frauen 48,3 Jahre² betrug. Damit war die Möglichkeit „für den so unwahrscheinlichen Fall, daß man das auf das 70. Lebensjahr festgesetzt Rentenalter erreicht, ziemlich absurd, zudem waren die Renten zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel“.³ Wenn man dann noch erfährt, daß die Rentner, mit jährlich steigender Tendenz, jüngere, vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene Invaliden waren, wird auch die Unwahrscheinlichkeit eines höheren Alters bei der Arbeitsbevölkerung deutlich. Die Methusalems der damaligen Zeit stammten in aller Regel aus anderen sozialen Schichten. Zwar ist die Anzahl der Beschäftigten, einschließlich der ausländischen, inzwischen kräftig auf 34.826.000⁴ gestiegen, Rentnerinnen und Rentner haben sich jedoch um das fast fünfundzwanzigfache auf 14.916.293⁵ vermehrt; schon ist das böse Wort von der „nachlassenden Sterbefreudigkeit“ der Alten gefunden.

„Das Kapital ist ein scheues Reh“

Bei der Sachkenntnis, welche Frau Schüller in ihren vielfach zutreffenden Zustandsbeschreibungen, einschließlich des statistischen Materials offenbart, verwundert mich, das sie nicht auf die angeführten historischen Vergleiche zurückgreift. Zumal sie im ersten Teil ihrer



Sozialstaat Foto: Stephan Hoppe, Köln

Da schwimmt Heidi Schüller mit ihrem Buch „Die Alterslüge“ voll im Mainstream; doch offenbar psychisch durch citius, altius und fortius olympisch geprägt, hat sie unbedacht-ehrgeizig alle Rekorde gebrochen, damit auch

schen Etikett „Generationenvertrag“ geläufig ist, schon gekommen. Übrigens ist die Generation weder natürliche noch juristische Person, wohl auch kaum Rechtsobjekt.

Als vor Hundert Jahren durch direkten und indirekten Druck, nicht nur der Arbeiterbewegung, die sozialen Siche-

* Josef Didier, Schwarzenberg in Sachsen, Rentner

Schrift tiefsinnige Betrachtungen zur bedeutenden Rolle der Greisinnen und Greise prähistorischer Zeiten für das Überleben des frühen Homo sapiens anstellt. Beim Aufzählen der Kenntnisse und Erfahrungen vergaß sie die wichtigste der steinzeitlichen Überlebenskünste, den Jagdzauber, dessen Praktizierung ausschließlich den Geronten vorbehalten war. Wir älteren Zeitgenossen erfahren dies noch vor 60 Jahren so im Deutschen Volksschullesebuch.

Weil ihr bekannt sein dürfte, daß sich das Bruttozialprodukt der Bundesrepublik von 1955 bis 88 um das fünffache⁶ vermehrt hat, scheint ihr die Primärrolle der Produktivkraft für die Haltbarkeit des sozialen Netzes zwar bekannt, durch das Leitmotiv ihres Buches ist jedoch die Konsequenz daraus gestellt. Für eine sichere Altersversorgung sei aber die Zahl der Menschen gar nicht so wichtig, äußerte der scheinbar altersweise gewordene Norbert Blüm im vergangenen Frühjahr, entscheidend sei einzig und allein, wieviele Menschen Arbeit fänden und wie produktiv ihre Leistung sei. Sorge bereiten Heidi Schüller die kommenden 40 Jahre, obwohl dann der Pillenknick ins Rentenalter kommt. Für das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung ist aber der voraussichtlich nicht schrumpfende sondern unverändert hoch bleibende Arbeitslosensockel ursächlich, was folgerichtig zur zusätzlichen Alimentierung von Millionen Arbeitsloser führt.

Die Sorgen der Verfasserin sind nicht allzu neu. Schon um die Jahrhundertwende malten französische Chauvinisten das Horrorbild einer degenerierenden, aussterbenden Grande nation. Ihr deutsches Pendant wies unsere Altvorderen mit Häme auf das abschreckende, lasterhafte Exempel eines verbuhlten weinselig müßiggehenden, in diversen Abtreibungspraktiken wohlbewanderten und damit zum Aussterben verurteilten Pensionärsvolks hin. Gottlob, die Franzosen haben diese Prognosen bei steigenden Renten überlebt.

Es gilt die demographische Faustregel, nach der in fünfzig Jahren zwei Drittel der Heutigen nicht mehr leben. Das betrifft in unserem Fall in erster Linie die gegenwärtige Rentnergeneration und den noch etwas jüngeren, nicht mehr vermittelbaren Arbeitslosensockel. Aber selbst bei sehr mäßigen Wachstumsraten des Bruttozialprodukts wird es um das Jahr 2035 herum mindestens den doppelten Umfang des

gegenwärtigen erreichen. Wie die Verteilung desselben aber aussieht, wenn sich das Kapital aller gesellschaftlichen Bereich zur Verwertung annimmt und des Staates nur noch als Vollzugsbüttels bedarf, läßt sich leicht voraussehen. Die „Verschlankung“ des Staates ist ja der tiefere Sinn dieser Absicht und gehört zur Gesamtstrategie der Überwindung jener „Periode, die mit der Französischen Revolution ihren Anfang nahm“. Die Rentenbeiträge würden für den Durchschnittsverdiener zur erheblichen Belastung und den Kleinverdiener unerschwinglich. Und so betont die Verfasserin denn auch auf S. 184, daß die Privatisierung der Absicherung kein Lösungsansatz sein könne, um dann aber, im Zusammenhang mit Subventionsabbau, auf S. 186 zu fordern, der Staat soll

Geschäftsfähige Nichtzurechnungsfähige findet man in allen Altersgruppen und sozialen Bereichen.

le bis auf die hoheitlichen Aufgaben alle anderen Funktionen delegieren und privatisieren.

Für die Plusmacher ist dies die Wegweisung in die richtige Richtung. Wenn sie dann noch mit den Worten warnt: „Das Kapital ist ein scheues Reh“, werden die genannten dies zweifellos mit Kopfnicken quittieren. Doch hat sich mittlerweile herumgesprochen, liebe Frau Doktor, daß Rehe ihre Scheu verlieren, sich ungeniert vermehren und Wälder samt Fluren kahl fressen, so ihnen keine Gefahr dräut. Und an ihre Feststellung zur Thematik auf S. 9 darf ich auch noch erinnern: „Je besser es der Wirtschaft geht, um so schlechter geht es dem Sozialstaat, zumindest unter den heutigen Prämissen“. Wie wahr! Da ist doch die Gefahr, die von uns Rentnern für Wirtschaft und Sozialstaat ausgeht, recht gering zu veranschlagen. Sollten die Renten doch maß, wenn das Reh nichts übrig läßt, „wackeln, rast der Mob“ ganz gewiß nicht durch die Straßen (S. 81), sondern „die ewig zu kurz Gekommenen“ (S. 19) werden, wie oft in der Geschichte, Lebenserfahrung, Kraft und Fertigkeiten zum täglichen Durchwursteln aktivieren.

Die Alten: senil oder „Sozialraubritter“

Der ermüdende Räsionierton der Schrift wird gelegentlich von Wortkaskaden unterbrochen, die sich orgiastisch steigern, vor allem wenn es um Abqualifizierung körperlicher und geistiger Eigenheiten alter Männer geht. Sie, die Alten, haben soviel durchgemacht, sie waren angeblich unschuldig an allem, was im Namen Deutschlands verbrochen wurde. Aber jetzt, bei aufkommendem Rechtsextremismus, beginnt mancher die Tarnkappe zu lüften. Ihre Lebenslüge hat sie wieder (S. 42). Da kann man Frau Schüller leider nicht widersprechen. So räsioniert die Verfasserin denn weiter über die Affektlabilität und Unberechenbarkeit des Alters, den Gedächtnisschwund, den Altersstarrsinn, über die oft unerträgliche Mischung aus störrischer Rechthaberei und Wahrnehmungsdefiziten. Weil es sich abermals um Binsenweisheiten von Psychologie/Psychiatrie und Gerontologie/Geriatrie handelt, erübrigt sich auch hier Widerspruch, zumal meine eigene Wahrnehmungsfähigkeit noch nicht hinreichend defizitär ist. Spricht die Autorin aber voller Sympathie von den Alten mit erfülltem „prallen“ Leben, fit bis ins hohe, lebenswerte Alter, dann erfaßt mich stiller Ingrim. Denn die kommen in aller Regel nicht von dort, wo die „ewig zu kurz Gekommenen“ herkommen. Soweit, so ungut.

Hätte Frau Schüller doch lieber nicht ganz soviel Schmach über unser Alter ausgegossen; denn auf S. 192 scheint vergessen, was sie über Senilität, Demenz, Altersgeilheit, Defizite aller Art und diverse Altersmacken, gewiß nicht wahrheitswidrig, schrieb. Oder soll eine Alterselite her, zur Ehrenrettung des Alters sozusagen. Sie kann wahrhin noch eine leidlich große Gruppe zurechnungsfähiger „fitter“ Jungsenioren ausmachen, denen durchaus noch allerhand zuzumuten ist; nicht nur im Dienste der Hilflosen und Unzurechnungsfähigen, nein zum Wohle der Allgemeinheit. Deshalb sollen sie „im wahrsten Sinne des Wortes, anpacken, helfen, betreuen, bekochen, versorgen, Behördengänge abnehmen, Aufsicht führen auf den Schulhöfen oder in der U-Bahn“ (S. 192). Da empfiehlt es sich allerdings, zuvor in Altenheimen Selbstverteidigungskurse zu veranstalten. Auch fürchte ich, daß dabei nicht nur beim Bekochen manches anbrennen kann. Der rü-

stige Rentner auf dem Schulhof könnte durch den absolvierten Kurs hinreichend vorbereitet zum Affekttäter mutieren, im glimpflichsten Fall zum Pausenclohn werden. In der U-Bahn wären gegenseitige Rempelen, Verbal- und Realinjurien zwischen Rentnern und Schwarzfahrern mit ungewissem Ausgang denkbar.

Und noch etwas muß bedacht werden! Bei den dazu vorgesehenen Senioren dürfte es sich in der Regel um die handeln, welche noch bei Trost sind; damit ist wahrscheinlich, daß solche und ähnliche Projekte schon im Versuchsstadium scheitern. Indes scheint mir bei diesen noch besondere Vorsicht geboten. Weil sie sich nach menschlichem Ermessen zumindest partiell noch einige intellektuelle Substanz bewahren konnten, dämmert mir, daß sich die auf S. 45 erwähnten „raffigierigen Sozialraubritter“, die mit großer Cleverness unsere „kostbaren Sozialressourcen“ plündern, aus eben der in Rede stehenden geistigen Elite rekrutieren könnten.

Wahlrecht mit Verfallsdatum?

Doch nicht nur Wohl und Wehe der kostenträchtigen Rentner liegt der Autorin am Herzen sondern alles Leben, vom vorgeburtlichen bis zum sterbenden. Beide Pole werden an selektierten Extremfällen demonstriert. Da ist der moribunde Neunziger und das 330 Gramm leichte Frühchen, die Dank teurer Apparatemedizin, ohne Rücksicht auf menschliche und finanzielle Folgen nicht schleunigst aus einem qualvollen Leben entlassen wurden.

Die Verfasserin betont, daß sie keine Diskussion über Euthanasie führt. Solche Gedankenspiele kann man in der Tat nicht erkennen. Aber unter humanistischen Vorzeichen geht sie an die Grenzen, welche auch die deutsche Arbeiterbewegung vor 1933 erreichte, als sie unter dem nichtreflektierten Eindruck der Darwinschen Theorien von der natürlichen und geschlechtlichen Zuchtwahl stand. Doch von der Eugenik zur Euthanasie war es unter veränderten politischen Verhältnissen für die Nazis nur ein Schritt.

„Zugegeben - mein stakkatoartiger Rückblick auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist subjektiv, selektiv und zuweilen polemisch“ schreibt die Verfasserin gegen Ende ihres Buches (S. 173). Noch ein abrunden-

des Finale und sie hätte es damit belassen können. Aber dann überkommen sie die bösen Geister der Subjektivität, Selektion und Polemik vollends. Die vielen Alten werden endgültig als der Molloch geoutet, dem die Blüte der Jugend geopfert werden soll. Darum macht sie sich Gedanken, wie die Jugend vor solch grauenvollem Schicksal zu bewahren sei. Zunächst sei das Wahlrecht so zu revolutionieren, daß den Leistungserbringern mehr Gewicht verschafft werde. Würde da nicht schon mal mit dreierlei Maß gemessen? Von der Herabsetzung des Wahlalters zu den Discoelevens, hingegen Limitierung nach oben bei der Maramusgeneration reichen ihre Überlegungen. Schluß mit Klassenkampfpapieren! Leistungserbringer aller Stände, vereinigt euch gegen die alten Nichtsnutze! Damit auch den Kindlein Gerechtigkeit widerfähre, schlägt sie ein Elternwahlrecht vor, bei dem die Kinderschar der Zensus sein soll. Da muß ich aber zu bedenken geben, daß sich die etablierten Parteien mit Versprechungen für höheres Kindergeld wie bei der Auktion überbieten würden.

Doch zunächst sollen die Parteien erst mal frei werden von der Rücksichtnahme auf die egomanischen Ansprüche der Gerusia in den Altenheimen und Freizeitparks. Vor allem aber keine Tabus mehr. Wohlan, dann darf auch ich fragen, welche Rechte sie den funktionellen Analphabeten, Halb- und Volldebilen bei der Wahlrechtsreform zubilligen möchte. Geschäftsfähige Nichtzurechnungsfähige findet man in allen Altersgruppen und sozialen Bereichen. Ist doch z.B. jeder Notar gehalten, sich von der Zurechnungsfähigkeit seines Klienten zu überzeugen, ehe er für ihn tätig wird. Kein Wahlvorstand aber darf sich mit solchen Zweifeln plagen. Allerdings würde einem Altbundeskanzler oder -präsidenten, der sich aus mangelnder Gesetzeskenntnis ins Wahllokal verirrt, ganz schnell bedeutet, daß sein Verfallsdatum überschritten sei.

Prämissen teils richtig, Schlußfolgerungen falsch

Das „schrille Aufjaulen“, von Frau Schüller vorausgesagt, läßt auf sich warten. Nur die politische Klasse war kurz aufgeschreckt, vor allem der wahl(un)rechtlichen Überlegungen wegen. Die Presse brachte harsche bis spöttische Kommentare; fürs Sommerloch war es noch zu früh. Den Stammtisch

scheint das Buch nicht erreicht zu haben, was aber nicht viel besagen will, der liest sowieso kein Buch mit Fremdwörtern. Für das Gros der Senioren gilt ähnliches, auch wäre es für ältere Menschen - wie schon angemerkt - recht ermüdend. Denn der Sprachstil wechselt oft sprunghaft vom philosophisch-esoterischen zum Vulgärjargon, oder beide Ausdrucksformen finden sich im gleichen Satz (Sollenshypertrophie führt zu Seinsvermiesung, S. 165).

Mit nur teilweise richtigen, öfter aber abwegigen Prämissen und fast immer falschen Folgerungen bzw. Interpretationen hat sich die Verfasserin in ein Dilemma verrannt, für das sie zwangsläufig keine oder nur zweifelhafte bis absurde Lösungen parat hat. So wäre auch die Frage müßig, wie sie denn nun das von ihr projizierte Elend aus der Welt zu schaffen gedenkt. Doch sicher nicht indem man die Alten abschafft, aber vielleicht sozialverträglich human ausgrenzt, auf Sparflamme spartanisch versorgt und aus dem Blickfeld der Leistungserbringer entsorgt. In Nobelherbergen wurde mit Behinderten ja schon so verfahren.

Und die Moral für die SPD? G. Verheugen ließ uns durch den „Vorwärts“ wissen, die Autorin sei gar nicht in der SPD. Da können wir ja aufatmen. Vielleicht war die „Alterslüge“ am Ende nur „subjektive Polemik“ einer ambitionierten, aber als Politikerin verhinderten Journalistin gegen ihre vermuteten Verhinderer. Doch den Verfechtern einer Öffnung der SPD für dynamisch-pragmatische, unverbrauchte Kompetenzmonopolisten sollte der Reifall mit Frau Schüller zu denken geben.

- 1 Quelle: Ferich/Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Band 1, München, Wien 1993, S. 86 f., 106
- 2 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte, Band 1, 2. Aufl. München 1991, S. 13
- 3 Ebenda, S. 350
- 4 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Taschenbuch 1992, Bonn 1992, Tab. 2.4 und 2.5
- 5 Anzahl der Renten und der Rentenausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (ArV/AnV), Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Übersicht über das Sozialrecht, Bonn 1994, S. 214
- 6 Sigrid Skarpelis-Sperk: Erwerbsarbeit der Zukunft - Arbeit und Wirtschaft im demographischen Wandel, in: Bedeutung des demographischen Wandels, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 40, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 1994, S. 7

Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien eskalieren fortlaufend. Kroatien hat sich mit seinem Angriffskrieg auf die Krajina als aktiver Kriegsteilnehmer zurückgemeldet. Mit dem Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen ist nun auch die Bundesrepublik militärisch involviert. Nach über 50 Jahren zieht Deutschland damit wieder in den Krieg.

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit wird allgemein die Vorstellung verbreitet, bei dem deutschen Eingreifen handele sich um einen gerechten Krieg, bei dem die NATO lediglich bemüht sei, Menschenrechte und Humanität zu verteidigen. Nur ein hartes Durchgreifen ist angeblich in der Lage, den „Verbrechern“ ihr Handwerk zu legen. Daß bei dem Einsatz der deutschen Tornados der Deutsche Bundestag bewußt belogen wurde, löst keinen Sturm der Entrüstung aus. Weder war die Behauptung der Bundesregierung zutreffend, daß nur die BRD über Tornados verfügt, die in der Lage sind, gegnerische Luftabwehranlagen zu zerstören, noch war jemals geplant, die Kampfeinsätze ausschließlich auf den Fall eines Rückzugs der UN-Truppen zu beschränken.

Das Beharren auf Pazifismus und eine antimilitaristische Außenpolitik wird in der Öffentlichkeit gebrandmarkt. Damit würden nur faschistischen Kräften Vorschub geleistet. So gerechtfertigt die bellizistische Position im ersten Moment auch zu sein scheint, so wenig beruht sie auf einer objektiven Analyse der Lage und der Möglichkeiten, militärisch in diesen Konflikt einzugreifen. Wir wollen daher mit den nachfolgenden Artikeln einen Kontrapunkt in der Diskussion setzen.

Zunächst kommt Peter Glotz mit einer Betrachtung der Politik Kroatiens unter Führung von Staatspräsident Tudjman zu Wort. Er hinterfragt die Doppelmoral der bundesdeutschen Debatte, weist auf die unruhliche Verbindung zwischen Kroatien und Deutschland hin und gibt so eine Einblick in die tiefer liegenden Konfliktdimensionen. Die in einem Expertengespräch auf Initiative von dem Mitherausgeber der spw, Horst Peter, in Kassel diskutierten Thesen verweisen auf die tragische Rolle, die die auswärtigen Mächte in dem Konflikt einnehmen. Gleichzeitig wird versucht, mögliche Ansatzpunkte für eine Konfliktlösung aufzuzeigen. Abschließend veröffentlichen wir eine Beitrag von W.W.Schütz, der sich unter Bezug auf deutsche Kontinuitäten in der Außen- und Militärpolitik grundsätzlich mit der Frage befaßt, inwieweit im Atomzeitalter Krieg wieder ein Mittel der Politik sein kann.

Die spw-Redaktion

Herrn Tudjmans Verbrechen

Über doppelte Maßstäbe deutscher Politik am Balkan

von Peter Glotz*

Sind Vertriebene eigentlich Vertriebene? Ermordete Ermordete? Vergewaltigte Frauen vergewaltigte Frauen? Oder zählt es weniger, wenn die Vertriebenen, Ermordeten und Vergewaltigten „nur“ Serben sind? Diese Frage muß sich stellen, wer die Berichte der meisten deutschen Zeitungen über Franjo Tudjmans Angriffskrieg in der Krajina liest. Der Tenor der Meldungen wie der Kommentare konzidiert dem kroatischen Caudillo ausgesprochen oder unausgesprochen das Recht, Knin in Schutt und Asche zu legen; denn die Krajina ist ja „seins“, eben „Kroatien“, durch eine „serbische Aggression“ dem legitimen Besitzer entrissen. Ist es da wenn nicht recht und billig, so doch zumindest verständlich, wenn die Kroaten sich mit Gewalt holen, was ihnen zusteht?

Daß man die Sache auch anders sehen kann, bewies die „Neue Zürcher Zeitung“. Als Tudjman – inzwischen in eine weiße Marschalluniform gekleidet, die Gutwillige an Tito, Böswillige an Hermann Göring erinnert – seine Truppen an der Grenze der international nicht anerkannten „Serbischen Republik Krajina“

aufmarschieren ließ, rückte sie (am 31. Juli) einen Kasten mit dem Titel „Das Krajinaproblem als Wurzel des Kriegs“ ins Blatt. Dort konnte man dann lesen, was deutsche überregionale Zeitungen alles verdrängt haben, nämlich: „Durch die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens vom Sommer 1991 und die Schaffung des kroatischen Nationalstaats wurden die kroatischen Serben – nicht nur ihrem Empfinden, sondern auch nach dem Verfassungsbuchstaben – vom staatstragenden Volk zur Minderheitsbevölkerung zurückgestuft; sie waren nun plötzlich Bürger zweiter Klasse. (Erst auf ausländischen Druck hin wurden in einem Verfassungsgesetz Sonderrechte des Minderheitsvolks nach dem Südtiroler Modell festgeschrieben; aber da war der Krieg schon im Gange, und das Gesetz soll erst nach dessen Beendigung in Kraft treten.) In einem Gebiet, wo der Terror des faschistischen Ustascha-Staats noch in ziemlich frischer Erinnerung ist, mußte das forsche Auftreten des kroatischen Nationalismus heftige Reaktionen wecken.“

Die vielen Verbrechen der serbischen Soldateska seit der Bombardierung von Vukovar sind durch nichts zu rechtfertigen. Unbestreitbar aber ist: Die erste Ag-

gression war die Sezession. Die serbische Bevölkerungsmehrheit in der Krajina hat Tudjmans Staatsgründung nie akzeptiert. Das läßt sich auch durch juristische Haarspaltereien nicht aus der Welt schaffen. Schon richtig, daß die jugoslawische Verfassung ein „Recht auf Loslösung“ festlegte. Eine solche Loslösung kann aber nur dann friedlich verlaufen, wenn sie mit den Betroffenen verhandelt wird. Norwegen trennte sich 1905 von Schweden ohne einen Schuß; aber eben durch langwierige Gespräche. Wer konnte sich einbilden, daß sich die durch die Massenmorde der Ustascha-Diktatur geschockten Serben friedlich in einen kroatischen Nationalstaat unter dem Chauvinisten Franjo Tudjman eingliedern würden?

Kriegsherren und Wahnideen

Denn ein Chauvinist ist Tudjman. Selbst sein früherer Kampfgefährte (und heutiger Konkurrent) Stjepan Mesic sagt über ihn: „Er ist ein Diktator, der alles im Land allein entscheidet: vom Fernsehprogramm über die Kultur bis zur Frage, welche Kappen unsere Polizisten tragen. Das Parlament ist paralysiert.“

Vor allem aber ist Tudjman der Urheber der kroatischen Ausschwitzlüge. Seit 1981 versuchte er, die Zahl der im Ustascha-Todeslager Jasenovac getöteten Serben auf ein Zehntel der bisherigen Einschätzungen, also von 600 000 auf 60 000, zu korrigieren. Zur ersten großen Konferenz seiner Partei HDZ lud er 100 emigrierte Kriegsverbrecher aus der Ustascha-Zeit ein. Nach Mile Budak, Erziehungsminister unter dem Massenmörder Ante Pavelic, ließ er – laut „Defense And Foreign Affairs Handbook“ – eine Schule benennen. Wie konnte die vielzitierte „internationale Gemeinschaft“ glauben, daß sie durch internationale Anerkennung eines Tudjman-Staats die serbische Minderheit Kroatiens – alles in allem ein Sechstel der Bevölkerung – hätte beruhigen können? Nur eine international garantierte Autonomie für die kroatischen Serben hätte Krieg verhindern können. Daß man Tudjman diese Autonomie nicht auferlegte, ist die erste „Wurzel des Kriegs“ im früheren Jugoslawien.

Kein Zweifel: Es gibt keinerlei Grund, Slobodan Milosevic oder Alija Izetbegovic mehr zu trauen als Franjo Tudjman. Milosevic ist ein halsbrecherisch populistischer Machttechnokrat; in den nächsten Wochen könnte sich zeigen, daß die nationalistischen Geister, die er rief, ihn zum Teufel jagen. Er könnte sich aber, wenn er die Armee hinter sich hält, auch mit Tudjman einigen; dann auf Kosten der Muslime.

Izetbegovic wiederum hat seine Macht zwar gerade einmal wieder stabilisiert. Seine Idee eines islamischen Staats auf europäischem Boden aber wird nur mit viel Blut durchzusetzen sein. Das unbeschreibliche Leid der vertriebenen, gemarterten oder totgeschlagenen Zivilbevölkerung auf dem Balkan, das eine internationale Resolutions-Schickleria in seltsamer „Aufsehermentalität“ (Hans Magnus Enzensberger) Helmut Kohl, John Major oder François Mitterrand aufs Gewissen laden möchte, ist von diesen kleinen Kriegsherren, ihren Wahnideen oder ihrem Opportunismus, verschuldet. „Der Westen“ – wennes ihn denn gäbe – hätte gut daran getan, sich von diesen ethnopathischen Hysterikern nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Wurzeln der „kroatischen Option“

Genau dies aber ist geschehen; und hier liegt auch die deutsche Schuld. Der

Regierung Kohl ist nicht vorzuwerfen, daß sie sich mit militärischem Engagement auf dem Balkan zurückhält. Alles andere wäre ein Hasardspiel. Der Fehler dieser Regierung liegt in einer durch keinerlei objektive Interessen erzwungenen „kroatischen Option“, die eine gemeinsame Politik mit England und Frankreich unmöglich gemacht hat. Diese Liaison hat offensichtlich tiefreichende und alte Wurzeln:

● Die Kontakte des Bundesnachrichtendienstes mit kroatischen Nationalisten im dortigen Geheimdienst und der kroatischen Emigration reichen offenbar

Mag sein, daß Jugoslawien als Vielvölkerstaat auf die Dauer nicht zusammenzuhalten war. Daß man Tudjmans Staat (und kurz darauf Bosnien) international sanktionierte, ohne den Minderheiten Autonomie zu garantieren, war der wichtigste Grund für das Hin- und Hermorden seit 1991.

● Und jetzt, bei Tudjmans „Operation Gewittersturm“, verhindern die Deutschen, Schulter an Schulter mit denen zwischen Gingrich und Clinton hin und her taumelnden Amerikanern, eine Verteilung des kroatischen Angriffs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.



Foto: Thomas Diller, Köln

Jahrzehnte zurück. Der Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom hat diese Beziehungen im Frühjahr in seinem Buch „Der Schattenkrieger Klaus Kinkel und der BND“ akribisch nachgewiesen. Von irgendwelchen rechtlichen Schritten der Bundesregierung gegen seine Belege ist nichts bekannt.

● Immer klarer wird, daß die Mehrzahl der von Kroatien importierten Rüstungsgüter deutschen Ursprungs sind. Die meisten Waffen für Kroatien stammen nach detaillierten Angaben des „Bulletin of the Atomic Scientists“ aus ostdeutschen Depots. Wie wären sie ohne geheimdienstliche Unterstützung unter den Bedingungen eines UN-Embargos dorthin gelangt?

● Die spektakulärste Förderung des kroatischen Nationalismus leistete sich die deutsche Politik 1991 durch das Drängen auf eine verfrühte Anerkennung eines kroatischen Nationalstaats.

Wen darf es wundern, wenn in England und Frankreich erneut tiefe Zweifel an der europäischen Verlässlichkeit der Deutschen auftauchen?

Die Debatte um die Kriege in der Krajina, in Bosnien (und demnächst vielleicht im Süden, im Kosovo oder Mazedonien) reicht in ihrer Bedeutung weit über den Balkan hinaus. Die scheinheilige Klage über das „Versagen“ des Westens in Jugoslawien zielt auf die internationalen Organisationen. Was bleibt übrig, wenn man UN, Nato und Europäische Union als unfähig entlarvt hat? Der Nationalstaat. Karl Feldmeyer von Deutschlands wirksamster Zeitung, der „Frankfurter Allgemeinen“, hat die Katze aus dem Sack gelassen: „Die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik verliert an Realitätsgehalt.“ Quod erat demonstrandum.

Dr. Peter Glotz MdB. Der Artikel ist ein Nachdruck aus Die Woche vom 11.08.1995. Wir danken für die freundliche Genehmigung.

Militärintervention als Ausdruck strategischer Hilflosigkeit

Thesen zum Balkan-Konflikt

von Horst Peter und Joachim Schuster*

Mitte August hat in Kassel unter Beteiligung des ehemaligen Botschafters in Jugoslawien, Horst Grabert, ein Expertengespräch über die Entwicklung im Balkankonflikt mit Kasseler Vertretern der SPD, des DGB und des dortigen Friedensforums stattgefunden. Nachfolgend sind - leicht überarbeitete - Thesen dokumentiert, die im Mittelpunkt der dortigen Diskussion standen. Die Thesen versuchen, Auswege aus der gegenwärtigen Sackgasse, in die sich die westliche Politik hineinbegeben hat, aufzuzeigen. Sie beanspruchen nicht, ein umfassendes Alternativkonzept zur Lösung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien zu sein.

1. Eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Konfliktlösung im ehemaligen Jugoslawien besteht darin, den Krieg in Bosnien nicht länger als singulären Konflikt zu betrachten, sondern ihn in seiner Verwobenheit mit den gesamten Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien wie auch mit der europäischen Neuordnung nach 1989 zu begreifen. Dennoch entspricht die singuläre Betrachtungsweise der konservativen Regierungsstrategie und prägt maßgeblich das durch eine einseitige Medienberichterstattung beeinflusste öffentliche Bewußtsein. Die Betonung der Singularität dient der Regierung zudem als Vorwand, um ihre eigene, fehlgeschlagene Politik nicht kritisch hinterfragen zu müssen. In ähnlicher Weise verfährt die SPD und jüngst auch Joschka Fischer.

2. Die konservative Sichtweise hat bis in die Friedensbewegung hinein Verbreitung gefunden. Auch hier häufen sich die Stimmen, die aus ethischen und moralischen Erwägungen militärische Interventionen der NATO in Bosnien befürworten. Dem ist entgegenzuhalten: Krieg mit Moral zu rechtfertigen und Menschenrechte mit Gewalt durchset-

zen zu wollen, sind Ausdruck der eigenen strategischen Hilflosigkeit.

Völkerrechtliche Anerkennung als strategische Fehlentscheidung

3. Im Umgehen mit der Balkankrise zeigt sich zugleich eine gewandelte Politik des Nordens. Krieg wird wieder als geeignetes Mittel der Politik angesehen, Feindbilder werden neu entwickelt. Vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, daß die SPD laut Wahlkampfaußsage mit den Grundzügen der Außenpolitik der Bundesregierung übereinstimmt. Es droht eine "Außenpolitik der Opposition an der Nabelschnur des Auswärtigen Amtes".

4. Gegenwärtig zeigt sich die offizielle Politik unfähig, den durch falsche Grundentscheidungen in Gang gesetzten Eskalationsmechanismus zu durchbrechen und eine Richtungsänderung vorzunehmen. Die folgenreichste Fehlentscheidung auswärtiger Mächte war die von Kohl und Genscher zu verantwortende Strategie, als Reaktion auf die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, unter Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht die Auflösung der SFRJ und die Teilung des Staatsgebietes zu betreiben. Die Anerkennung einzelner Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien stellt einen entscheidenden Schritt zur Eskalation des Konfliktes dar.

5. Zur Durchsetzung dieser Position nahm es die Bundesregierung zugleich in Kauf, die Europäische Union und wichtige europäische Partner zu brüskieren und die rhetorisch immer wieder betonten Integrationsabsichten mit dem Ziel einer "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" zu konterkarieren. Die EU hielt damals lediglich Slowenien und Mazedonien für anerkanntenswert. Im Falle Kroatiens wollte sie eine Anerkennung wegen der ungeklärten Minderheitenfrage in Bezug auf die Serben in der Krajina verweigern. Im Falle Bo-

niens wurde bemängelt, daß über die Frage der Selbständigkeit keine Volksabstimmung durchgeführt worden war. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß 'Restjugoslawien' zwar der Sezession Sloweniens, aber wegen der ungeklärten Minderheitenfrage nicht der Kroatiens zugestimmt hatte. Die schließliche Anerkennung diente zugleich auch der Umgehung völkerrechtlicher Gepflogenheiten. Da es völkerrechtlich nicht üblich ist, in einem laufenden kriegerischen Sezessionsprozeß für den sich sezessionierenden Teil Partei zu ergreifen, wurde in der politischen Fiktion der Auflösung der SFRJ Zuflucht gesucht.

Verhängnisvolle Rolle der auswärtigen Mächte

6. Die derartige Internationalisierung des Konfliktes hatte nicht nur zur Folge, daß neue Völkerrechtssubjekte entstanden sind. Vielmehr war damit auch die Prämisse in der Außenpolitik verbunden, Kroatien in der Rolle des Opfers und Serbien in der des Aggressors zu betrachten. Dies wird an der stillschweigenden Duldung der Verletzung zweier zum Schutz serbischer Bevölkerungsteile eingerichteter UN-Schutzzonen in Kroatien - Westslawonien und Krajina - deutlich. Konsequenterweise verhinderte Deutschland an der Seite der USA eine Verurteilung Kroatiens im Weltsicherheitsrat, die angesichts des damit verbundenen Bruchs des Völkerrechtes angemessen gewesen wäre.

7. Trotz der ethnischen Vertreibungen ist der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien kein ethnischer Krieg. Nationalistische und religiöse Aspekte werden jedoch von allen Seiten instrumentalisiert. Es geht um Machterhalt bzw. Machterwerb unterschiedlicher Kräfte, die durchaus auch ökonomisch fundiert sind, sowie um konkurrierende Ordnungsvorstellungen auswärtiger Mächte.

8. Die Motive der auswärtigen Mächte für ihr Handeln im Balkankon-

flikt sind maßgeblich von raumfremden Interessen geprägt, die eine Konfliktlösung behindern. Deutschland ist in dem verhängnisvollen Fehler seiner Anerkennungsstrategie verhaftet. Der Beschluß des US-Kongresses zur Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien unter Berufung auf das Recht auf Selbstverteidigung deutet auf den fortschreitenden Isolationismus in der US-Außenpolitik hin. Die USA ist nur noch bereit, sich umfassend zu engagieren, wenn fundamentale amerikanische Interessen berührt sind. Rußland ist bestrebt, als Garantmacht auf dem Balkan eine Chance zu erhalten, an den "Tisch der Großen" zurückzukehren. Die Türkei hegt Ambitionen, auch als Ordnungsmacht in Südost-Europa zu fungieren.

Perspektiven

9. Bei einer Fortschreibung des gegenwärtigen politischen Umganges mit dem Balkankonflikt steht folgendes Szenario zu befürchten:

- Die Lenkung der Flüchtlingsströme aus der Krajina in das Kosovo führt zu einer weiteren ethnisch begründeten Konflikteskalation.

- Die immer mehr belegbare Vermutung, daß Milosovic und Tudjman 1992 in Graz eine Geheimvereinbarung über die Aufteilung Bosniens entlang der "Serviettenlinie Tudjmans" getroffen haben, läßt weitere Bevölkerungsumsiedlungen erwarten. Dies wird auch durch die neuen Verteilungspläne der USA untermauert.

- Bis zum Frühjahr 1996 dürfte wahrscheinlich ein Abzug der UN-Blauhelme erfolgen, wodurch der Krieg weiter eskalieren dürfte.

- Am Ende könnte schließlich aus einem Waffenstillstandsabkommen eine Lösung entstehen, in der sich Kroatien und ein föderatives Serbien das Staatsgebiet von Bosnien-Herzegowina aufteilen.

- Setzen sich zudem Überlegungen durch, Kroatien und Slowenien mit der EU zu assoziieren, wird es in Europa eine neue Trennlinie geben. Die nicht assoziierten Staaten des Balkans würden dabei politisch und ökonomisch auf Dauer abgehängt.

10. Eine notwendige Richtungsänderung könnte - nach einem Vorschlag von Horst Grabert - dagegen folgende Zielbestimmung beinhalten:

- Die Grenzen der Nachfolgestaaten der SFRJ werden bestätigt und garantiert.

- Wo ethnische Minderheiten Mehrheiten bilden, sind innerhalb der Staaten Autonomiegebiete einzurichten.

- Alle Sanktionen werden aufgehoben.

- Für Bosnien-Herzegowina wird eine Föderation aller Volksgruppen gebildet, wobei zum alten bosnischen Prinzip der Übereinstimmung zurückgekehrt wird. Die jetzigen Kampfhandlungen werden als Bürgerkrieg betrachtet, bei dem nach der UN-Charta keine Einmischung erfolgt. Zur Sicherung der Substanz des Staates werden in Bosnien das Gebiet Sarajewo unter UN-Verwaltung, in der Herzegowina das Gebiet Mostar unter EU-Verwaltung gestellt. Die Dauer dieser Verwaltung ist zu vereinbaren. Militärische Verbände der Streitparteien sind dort nicht zugelassen.

- Das Waffenembargo bleibt bestehen und wird durchgesetzt.

- Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Förderung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung wird analog den Grundgedanken der Römi-

schen Verträge von 1957 eine Süd-Ost-EG in Aussicht genommen. Mitglieder einer solchen Süd-Ost-EG sollten die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sowie die Anrainerstaaten Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn sein. Die EU müßte die Süd-Ost-EG als Ganzes assoziieren. In einem solchen Assoziierungsabkommen müßte zugleich die Aufbau- und Entwicklungshilfe der EU festgelegt werden.

- Die Staaten der neuen Wirtschaftsgemeinschaft erkennen sich gegenseitig an und fordern die aus ihren Herkunftsgebieten Vertriebenen zur Rückkehr auf.

- Auf dieser Basis wäre eine neues, realistisches UN-Mandat zu entwickeln. Ein solches Mandat käme nach der Überwindung der akuten Krise, die wohl vorübergehend eine Verstärkung der Blauhelmskräfte erfordert, mit einer geringeren Zahl von Blauhelmen aus. Das zivile UN-Personal müßte im Laufe der Zeit verstärkt werden.

Internationalisierung: Aktuelle Entwicklungen - Alternativen

Gemeinsame Tagung von IMSF e.V., Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt a.M., und Arbeitskreis Kapitalismusforschung, Berlin, 25./26. November 1995, Frankfurt am Main

INTERNATIONALISIERUNG UND FINANZKAPITAL

mit Beiträgen zum internationalen Finanzsystem, zum Europäischen Währungssystem, zum Verhältnis von Globalisierung und Nationalstaat, zu internationale Konzerne und Finanzgruppen heute, Börse und internationale Finanzmärkte sowie Hilferding, Keynes und das Finanzkapital heute von J. Bischoff, SOST/Hamburg; G. Binus, AG Kapitalismusforschung, Berlin; Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Marburg/Lahn; L. Mayer, isw/München; M. Szameitat, Frankfurt/M. und R. Hickel, Universität Bremen. Verschiedene Diskussionsbeiträge sind angekündigt.

EUROPÄISCHE INTEGRATION VOR MAASTRICHT II

mit Beiträgen zu Integration und/oder Hegemonie - EG-Strategien des BRD-Kapitals, zu internationalen Positionen vor Maastricht II, zu EG und Osterweiterung, zu EG-Erweiterung und Mittelschichten, zu Außenwirtschaftsbeziehungen und Alternativkonzepten u.a. von H.J. Höhme, AG Kapitalismusforschung, Berlin; F. Deppe, FEG/Marburg; H. Heining, AG Kapitalismusforschung, Berlin; J. Huffschmid, Memo-Gruppe, Bremen; L. Maier, AG Kapitalismusforschung, Berlin; W. Ersil, Potsdam und J. Schuster, spw/Bremen

Samstag, 11 - 18 Uhr, Sonntag, 9 - 16 Uhr, Frankfurt a.M., Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12, Tagungsbeitrag 30,- DM (15,- DM)

Wer Unterkunft benötigt, wendet sich direkt an das Haus der Jugend, Tel. 069/619058.

Hiermit melde ich mich zur Tagung "Internationalisierung" am 25./26.11.95 an.

Name _____ Anschrift _____

Den Teilnahmebeitrag habe ich unter dem Stichwort "Internationalisierung" auf das IMSF-Konto 196346-604 bei der Postbank Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60) überwiesen, liegt per Verrechnungsscheck bei, zahle ich vor Ort. (Zutreffendes unterstreichen) Einsenden an: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. (Tel. 069/739 29 34)

*Horst Peter, Kassel, Mitherausgeber der spw, Joachim Schuster, Bremen, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaften, spw-Redaktion

Irrungen und Verwirrungen deutscher Außenpolitik

von Wilhelm Wolfgang Schütz *

Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts reiht sich Rückschlag an Rückschlag deutscher Außenpolitik. So der gescheiterte Somalia-Einsatz der Bundeswehr, so das Fiasko auf dem Balkan. Fragt sich, ob in der Bejahung der neuen Europapolitik eine Jahrhundertleistung knospt. Diese Europapolitik erwächst in einer Geschichtsphase, die weit über den Europa-Standpunkt hinausragt. In Wirklichkeit bedarf es einer Globalpolitik. Oder verdrängen wir selbst die in der deutschen Zeitentwicklung erfahrbare Erdausdehnung, die im 20. Jahrhundert massiv geworden ist?

Bereits im Sprachlichen: Werden die beiden kriegerischen Auseinandersetzungen von 1914/18 und 1939/45 nicht als „Weltkriege“ gekennzeichnet? Waren sie es denn nicht? Haben weltweit sich ausdehnende Supergebilde nicht die Entscheidungen gegen Deutschland erzwungen? Ist somit der kämpferische Versuch, eine deutsche Großmachtstellung zu erringen, in zwei Anläufen niedergekämpft worden? Es bedarf schon eines bedrückenden Mangels an Einsicht, wenn die Erdausdehnung dieser Zurückstufung verkannt oder verschleiert wird.

Dieses bedeutet freilich nicht, daß dies nicht geschieht. Und zwar aus einem gewichtigen Grund. Weder einzelnen Historikern, noch Politikern gelingt es, die globale Reichweite dieser gebrochenen Stufenrangordnung bewußt zu machen. Zu nahe, zu griffbereit lockt der Machtgedanke. Zu empfindlich ist das Großmachtstreben im Bürgertum verwurzelt. Zu beharrlich hat die rechtsbür-

gerliche Wählerschicht die pausenlose Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses vom 19. bis ans Ende des 20. Jahrhunderts mit Erneuerungen ihrer Machtgelüste überstimmt. Oder hätte es nach der „Reichsgründung“ Bismarcks 1870/71 eine geschichtsmächtige Wiederherstellung des Höhenweges zwischen Berlin und Wien gegeben? Wäre das noch immer intakte Bürgertum nach dem Verlust des 1. Weltkrieges 1918 bereit gewesen, die Weimarer Republik zu festigen? Wurden im nachfolgenden Jahrzehnt die menschlichen und geistigen Werte gegen den Nationalsozialismus verteidigt? Entpuppte sich nicht anschließend nach 1945 die nach Westen neigende Bundesrepublik in immer deutlicher werdender Hegemonialbereitschaft als Restaurator vorheriger Bürgerphantasien?

Personelle und inhaltliche Kontinuitäten

Erwähnen wir als Beispiel den Entschluß von Konrad Adenauer, Globke „zur Schlüsselperson für den Aufbau des Bonner Staatsapparats zu machen“ (Hans Peter Schwarz), obgleich dieser im Reichsinnenministerium an dem Kommentar zu den Nürnberger Rasse-Gesetzen mitgewirkt hatte. Anschließend übernahm er einen weiteren Mann mit Vergangenheit in sein Kabinett, nämlich Theodor Oberländer, ehemaliger SA-Hauptsturmführer und Gauamtsleiter der NSDAP. Wobei nicht allein diese Dokumentation einer ungebrochenen Fortsetzung, sondern die eben von Staatssekretär Globke veranlaßte unveränderte Erhaltung des Staatsapparats die instrumentelle Weiterführung deutscher Außenpolitik garantierte. Es mutet demzufolge als geschichtslogisch an, wenn auch das Aktionsbild wie mehrere Male zuvor Merkmale einer Großmachtphantasie enthält. Nur daß diese sich von vornherein dieses Mal nicht national oder gar nationalistisch, sondern europäisch, also kontinental einkleidete.

Dieser darin sichtbar werden Europa wird eine daraus entstandene innere

Gesetzmäßigkeit zwar auch weiterhin entsprechen, aber unter diesem Mantel bleiben nationale Strukturen und Dispositionen bestimmend.

Das heißt, ob nun nationalistisch oder kontinental orientiert, werden die europäischen Staaten sich nach klassischen Modellen einander zuordnen. Ob gewollt oder nicht bilden die inzwischen territorial verringerten Deutschen nach wie vor eine starke Einheit. So wirkt sich die Struktur der deutschen Innenpolitik auf deutsche Außenpolitik aus. Der im Volk herrschende Geist färbt ab. Dieses gilt insbesondere im Zeitalter der Medienkultur. Alle öffentlichen Meinungen wissen sozusagen von Tag zu Tag Erhebliches nicht nur über sich selbst, sondern auch von anderen Völkern und Staaten. Insofern wurde der deutschen Außenpolitik durch den Neo-Nazismus heftiger Schaden zugefügt. Die Nachwehen des mörderischen Regimes sind aber von denen verursacht worden, die fortführen, wo die damalige Regierung zusammengebrochen war. Was daher keineswegs vertretbar ist, das ist der Versuch, die Urheber des Neo-Nazismus bei der jungen Generation zu orten. Sache der jetzigen Regierungen wäre es, tiefer zu greifen und weiter zu sehen.

Vor allem ist es Aufgabe der deutschen Außenpolitik, die Wahrheit über das militärische Denken ins Licht zu rücken. Dazu gehört die Rückbesinnung auf die unverfälschte Gültigkeit der grundlegenden Schriften von Clausewitz. Hier wird erkennbar, daß der Krieg ein Instrument der Politik ist, und nicht - was die militante Reaktion vertritt - der Krieg das eigentlich Zentrale. „Der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs, also durchaus nichts Selbständiges.“ Clausewitz folgert: „Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel... Um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr selbst nicht aufhört, nicht in etwas ganz anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und daß die Hauptlinien, an

welchen die kriegerischen Ereignisse fortlaufen, und an welche sie gebunden sind, nur seine Lineamente, die sich zwischen den Krieg durch bis zum Frieden fortziehen.“

Menschlichkeit und Frieden

Clausewitz geht sogar noch einen Schritt weiter. Er nennt nicht nur den Frieden. Er hebt die Menschlichkeit hervor. Ziehen wir die Erfahrungen unseres Zeitalters heran, dann wird mehr als deutlich, daß dieses politische Ziel wieder einmal ins Ungewisse rückt, weil die politischen Handelnden sich dessen nicht gewissenhaft genug bewußt sind. Oder wäre erkennbar, welches politische Ziel bei dem Einsatz deutscher Truppen in Somalia vorausgesetzt wurde? Herrscht Klarheit, welche Gestaltung Jugoslawiens den politisch Verantwortlichen vorschwebte, als sie militärisches Eingreifen vorbereiteten? Läßt sich Handeln in einem Bündnisrahmen verantworten, wenn nicht Wesen und Sinn der Bündnis-Strategie vorliegt? Sich als Bündnispartner betätigen, nun gut. Wären dieses jene „Lineamente“, die Clausewitz voraussetzt? Oder wären es Durchgangsstadien, vorwiegend um die eigenen Streitkräfte zu begründen und letzten Endes zu beschäftigen, ohne als eigenständiger Militant hervorzutreten?

Hier zeichnen sich traditionsbezogene Motive auf, die nicht allein in Deutschland selbst an der Jahrhundertwende noch immer wirksam sind. Hier wirkt auch das Prinzip des Gleichgewichts, das sich jetzt erneut fortsetzt. Bei aller Berücksichtigung freundschaftlicher Verbrüderung flackert in östlicher Richtung imperiale Absicht mit herein. Waren die Kroaten nicht Bündnispartner früherer Epochen? Schwappte dem damaligen deutschen Außenminister Genschel nicht solche Erinnerung nach, als er hastig die Eigenstaatlichkeit für Zagreb verfügte, die an die Rolle Kroatiens zunächst im Habsburger, am Ende im Hitler-Imperium nachdenken ließ? Zu den Bauelementen der Zukunftsgestaltung gehört jedenfalls das nach wie vor weiterwirkende Strukturgebilde, das in der Vergangenheit stand.

Inzwischen ist allerdings ein entscheidender Faktor des neuen Jahrhunderts hinzugekommen. Es ist die totale nukleare Vernichtungsgewalt, die seit 1945 zu einem Mittel der Politik geworden ist. Mit den Atom-Bomben auf

Hiroshima und Nagasaki beginnt ein Zeitalter, in dem das Ende menschlicher Kultur vorstellbar geworden ist. Daß Deutschland als Besiegter seinen ständigen Verzicht besiegeln mußte, bleibt zwar ein Element deutscher Außenpolitik, das nach menschlichem Ermessen unantastbar, sogar unüberwindbar bleiben muß. Daß dieses Tabu aber nicht unberührbar geworden ist, das läßt sich bewußt machen. Die Unklarheiten, die dem inzwischen notorisch gewordenen Schwarzhandel mit Nuklearmaterial anhaften! Lauert hier nicht der Versuch, sich solcher Nuklear-Instrumente zu bemächtigen? Rumort es nicht in Frankreichs Nukleardokten, seit Präsident Chirac seine Amtszeit mit solchen Experimenten beginnt? Bewegt sich das westliche Bündnis am Rande dieser Totalzerstörungsgewalt, wenn man gemeinsame Aktionen vorsieht?

Läßt sich Handeln in einem Bündnisrahmen verantworten, wenn nicht Wesen und Sinn der Bündnis-Strategie vorliegt?

Gewiß, die Nuklearmanöver des Chirac enthalten auch und gerade inner-europäische Gewichtselemente. Wird nicht auch auf östlicher Seite an einem Nuklear-Gleichgewicht gegenüber der amerikanischen, seither aber auch der chinesischen Supermacht festgehalten? Also Total-Instrumente hier wie dort. Im Laufe der vierziger Jahre beschäftigten sich viele führende Physiker mit der Entwicklung einer nuklearen Totalwaffe. Auf deutscher Seite geriet diese Berufselite in den gleichen Sog. Der überragende Mann war Heisenberg in Göttingen. Auch Otto Hahn schloß sich an. Carl Friedrich von Weizsäcker rückte in den Kreis jener, die zugunsten der Wehrmacht zum Bau bereit gewesen wären. Und zwar im Gegensatz zu Heisenberg, dessen „Stellung zum Nationalsozialismus noch schärfer negativ“ war als seine, wie er am 3. August 1995 schrieb. Weizsäcker wähte, sogar mit Hitler sprechen zu können, um eine andere Politik zu machen. Ende 1941 wußten die deutschen Forscher jedoch, daß sie in einer überschaubaren Zeit die Bombe nicht mehr machen konnten.

Krieg nicht mehr anwendbar

Quintessenz: Die Atombombe, später die Wasserstoffbombe, wurde anderswo gebaut. Eine wirksame Verteidigung dagegen ist nirgends und nie erreicht worden. Für Deutschland besteht wie für alle europäischen Staaten keine Überlebenschance gegenüber einem Nuklearangriff. Somit bleibt nur die Überlebenschance, wenn die Garantie der Vereinigten Staaten erhalten bleibt. Eine zuverlässige, durch nichts zu beseitigende Sicherheitsgarantie ist unerläßlich. Was ein inzwischen ebenfalls zweitrangiger Staat wie Frankreich anbieten könnte, reicht nicht aus.

Der Weiterentwicklung der Geschichte ist unausweichlich der Grundgedanke von Clausewitz ausgeliefert, und zwar insofern als daß „der Krieg als Teil des politischen Verkehrs“ weder außen- noch innenpolitisch in äußerster Verwirklichung noch anwendbar ist. Denn zu den von Clausewitz erkannten und analysierbaren Bestandteilen des Krieges ist inzwischen das extremste Mittel der Totalvernichtung hinzugekommen. Und zwar eben nicht in der von Clausewitz formulierten „Polarität“, sondern in der Extremität absoluter Vernichtung von Angreifer und Verteidiger. Die Unzulänglichkeit der deutschen Außenpolitik entspringt dem Mangel an dieser Grunderkenntnis. Die Fragwürdigkeit dieser jüngsten Fehlbeurteilung hat menschliche Gründe. Wie ließe sich sonst die von Anfang an beschlossene Tradition der Fortsetzung des Armeegedankens nach 1945 rechtfertigen? Wie könnte die jetzige Offiziersschicht die Selbstvernichtung des Ehrbegriffs ertragen, die in dem zynischen Schaukelspiel zwischen Militanz und Mörderhandwerk der vorher gehenden Periode obwaltete? Nein, in der Verwischung traditionsgeformter Militärbereitschaft mit der für Deutschland erforderlichen Unverzichtbarkeit auf Friedenserhalt liegt die neue Entschlossenheit zum Nicht-Krieg. Um mit Clausewitz zu schließen: „Der Krieg ist ein Instrument der Politik. Er muß notwendig ihren Charakter tragen, er muß mit ihrem Maße messen“. Also ist - was den Vertretern der alten Schule zuwiderläuft - die Macht zum Nicht-Krieg zu gebrauchen.

Die Absage an Staatsgewalt früherer Ordnung, eine unumstülpbare Friedenspolitik, eine Entscheidung gegen Kriegsgewalt, dieses sind die Voraussetzungen für die Bewahrung des Lebens.

Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz, Marmagen (Eifel), Schriftsteller, Journalist und Politiker. 1940-1951 Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in London, 1951-1957 politischer Berater des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, 1957-1972 Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, seit 1972 Mitglied der SPD. Wichtigste Veröffentlichungen: German Home Front (1943), Deutschland am Rande zweier Welten (1952), Die Stunde Deutschlands (1954), Das Gesetz des Handelns (1958), Reform der Deutschlandpolitik (1965), Deutschlandsmemorandum (1968), in den siebziger und achtziger Jahren vor allem Dramen.

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

spw gibt gute Bücher für neue spw-Abonnements!
(Bitte die Buchstaben auf der spw-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein spw-Abo:

Elmar Altwater

Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung
Ladenpreis: DM 29,80

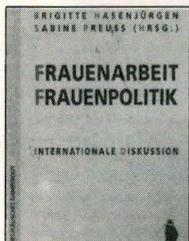


B

Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß

Frauenarbeit - Frauenpolitik

Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion
Ladenpreis: DM 29,80

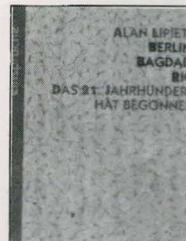


A

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung
von Ökonomie, Politik und Ökologie
Ladenpreis: DM 25,-



D

Hermannus Pfeiffer

Grün Anlagen

Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung
Ladenpreis: DM 19,80



C

MEMORANDUM 95

Stärkung des Sozialstaates –
Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau
Ladenpreis: DM 29,80



F

Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hg.)

Die PDS

Empirische Befunde und kontroverse Analysen
Ladenpreis: DM 24,80



E

Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.

Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein
dickes
Buch
für
zwei
spw-Abos

X